

AI



Studien

Das Online-Journal der Sektion
Arbeits- und Industriesoziologie in der
Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)

2021

Jahrgang

Heft

14

02

AIS-Studien – Das Online-Journal
der Sektion Arbeits- und Industriesoziologie
in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)
ISSN 1866-9549 | www.ais-studien.de

Kreis der Herausgeber/-innen

Prof. Dr. Karina Becker, Duale Hochschule Gera-Eisenach
Dr. Wolfgang Dunkel, Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. (ISF München)
Dr. Natalie Grimm, Georg-August-Universität Göttingen/SOFI
Prof. Dr. Hajo Holst, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Heike Jacobsen, BTU Cottbus-Senftenberg (Sprecherin des Hg.-Kreises)
Prof. Dr. Frank Kleemann, Universität Duisburg-Essen
Prof. Dr. Nick Kratzer, Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. (ISF München)
Prof. Dr. Martin Krzywdzinski, WZB Berlin und Weizenbaum Institut Berlin
Prof. Dr. Nicole Mayer-Ahuja, Georg-August-Universität Göttingen/SOFI
Prof. Dr. Sabine Pfeiffer, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Redaktion

Die Textarbeiter – Freies Lektorat
Franziska Engelmann & Ronny Reißmüller GbR
Further Straße 7
D-09113 Chemnitz
www.die-textarbeiter.de

streitBAR: Positionsbestimmungen (in) der Arbeits- und Industriesoziologie – Editorial

Sabine Pfeiffer , *Mascha Will-Zocholl* , *Natalie Grimm*¹

Die Maßnahmen zur Eindämmung von SARS-CoV-2 stellen weiterhin alle wissenschaftlichen Fachdisziplinen vor die Herausforderung, ihren Austausch in neuen Formaten zu organisieren und sich auf die veränderten Rahmenbedingungen einzustellen. So fand auch die Frühjahrstagung der Sektion Arbeits- und Industriesoziologie wieder als Online-Veranstaltung statt. Dabei war – dem vielfältig geäußerten Wunsch danach folgend – die Idee, ein Format zu finden, das den Austausch und die Diskussion innerhalb unserer Sektion in den Mittelpunkt stellt.

Für provokante Thesen, vertiefte Reflexion und kontroverse Diskussion bieten die Zeiten ohne Frage ausreichend Anlass: So lässt sich in der aktuellen Krise allerorten ein verstärktes Nachdenken über gesellschaftliche Zusammenhänge beobachten; auch kapitalismuskritische Fragestellungen treten gehäuft auf. Arbeit steht – noch stärker als im Digitalisierungsdiskurs – im Zentrum vieler Diskussionszusammenhänge: z.B. in Bezug auf eine sich schon jetzt abzeichnende gravierende ökonomische Krisenerfahrung (branchenübergreifend und international) oder ebenso in Hinblick auf eine Verstärkung ohnehin vorhandener Fragmentierungen sowie neuer Spaltungs- und Konfliktlinien in der Arbeitswelt, die durch die Corona-Pandemie noch sichtbarer wurden und weiterhin werden. Gleichfalls stellt sich die Frage nach der Integrationskraft der Vergesellschaftungsinstanz Erwerbsarbeit – und somit auch die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt – derzeit neu. Der gesellschaftliche Wert der Arbeit und konkreter beruflicher Tätigkeiten ist zum Gegenstand öffentlicher Verhandlungen geworden: Es werden die Bedeutung von Arbeit für Beschäftigte und in der Gesellschaft neu verhandelt, die „Systemrelevanz“ (als neue zentrale Differenzlinie) bestimmter Beschäftigtengruppen diskutiert, die Erhaltung von Arbeitsplätzen über staatliche Zuschüsse versucht sowie vor allem und immer wieder: die Verlagerung von Arbeit nach Hause und die daraus folgenden Konsequenzen ausgiebig debattiert und erforscht. Es handelt sich hierbei um einen Wandel, der möglicherweise die Zukunft des Betriebs als Sozialform – als Lernort der Konfliktaustragung

¹ Prof. Dr. Sabine Pfeiffer, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, E-Mail: sabine.pfeiffer@fau.de; Prof. Dr. Mascha Will-Zocholl, Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung, E-Mail: mascha.will-zocholl@hfpv-hessen.de; Dr. Natalie Grimm, SOFI Göttingen, E-Mail: natalie.grimm@sofi.uni-goettingen.de

und Mitbestimmung – grundlegend tangiert. Lebens- und arbeitsweltliche, unbezahlte und bezahlte Sorgearbeit tritt aus dem Schatten; ihre Bedeutung und Bewertung wird breiter diskutiert als jemals zuvor.

Aus diesem Grund erschienen Positionsbestimmungen (aus) der Arbeits- und Industriesoziologie dringend erforderlich und angebracht. Der Titel der Tagung und damit auch des vorliegenden Heftes war dabei durchaus ernst gemeint: „streitBAR“ – im Zentrum stand die Absicht, den innerdisziplinären Diskurs zu ermöglichen. Eingeladen wurde in diesem Sinne zu einem Selbstverständigungsprozess in der Sektion mit folgenden Leitfragen:

- Wo steht die Arbeits- und Industriesoziologie derzeit innerhalb der Forschungslandschaft und innerhalb der Soziologie?
- Wo stehen wir inhaltlich und im aktuellen Diskurs? Wie und wo kann bzw. sollte sich die Arbeits- und Industriesoziologie stärker in die gesellschaftliche Debatte einbringen?
- Welche Fragestellungen müssen dringend bearbeitet werden?
- Gibt es Themen, zu denen wir gemeinsam eine Position entwickeln und dementsprechend auch in der Öffentlichkeit die Expertise der Arbeits- und Industriesoziologie wieder verstärkt sichtbar machen können?
- Welche methodischen Herausforderungen ergeben sich in der aktuellen Krise?
- Welche theoretischen Konzepte erscheinen in diesem Kontext sinnvoll?
- Auf welche gesellschaftlichen Herausforderungen sollte die Arbeits- und Industriesoziologie deutlicher (oder auch lauter bzw. streitbarer?) reagieren als bislang?

Um diese Standortbestimmung realisieren zu können, hatten wir für die Tagung zur Einreichung mutiger Thesenpapiere aufgefordert und den ausgewählten Beiträgen kritische Kommentare oder thematisch provokante andere Thesenpapiere zugeordnet.

Selbstreflexion und eine – teils auch inszenierte – auf die eigene Disziplin gewandte Krisendiagnostik haben bekanntermaßen durchaus Tradition in der Arbeits- und Industriesoziologie (vgl. etwa den Krisendiskurs von Jürgens (2005), Kühl (2004) und Maurer (2004) sowie kritisch dazu Pfeiffer/Jäger (2006) und schließlich noch die nachfolgende Bearbeitung in einem von Huchler 2008 herausgegebenen Band). Nicht aber die Krise der Disziplin stand im Zentrum der zur Tagung eingereichten und hier überwiegend versammelten Thesenpapiere und Kommentare. Im Gegenteil: War die Standortbestimmung zwar auf krisenhafte Entwicklungen des Feldes und Gegenstandes gerichtet und die Selbstreflexion kritisch auf der Suche nach blinden Flecken sowie unzureichender theoretischer Durchdringung, so waren die Diskussionen doch weitgehend nach vorne orientiert und getrieben von einem zwar auch hier und da kontroversen, immer aber auf konstruktive Lösung und Antwort gerichteten Ausblick. Das verdeutlichte sich beispielsweise an den – trotz virtuellem Format – sehr interaktiven Diskussionen, die nicht nur zwischen den Vortragenden der Thesen und den jeweils Kommentierenden, sondern ebenso vonseiten des Publikums erfolgten. Das zeigt sich nun auch in den verschriftlichten und hier versammelten Beiträgen, wobei teils zwei unterschiedlich ansetzende Thesenvorträge in einem gemeinsamen Artikel mündeten (etwa Haubner/Pongratz in diesem Heft) und durchgängig die Diskussionen der Tagung ernsthaft aufnahmen und einarbeiteten. Somit entstand aus mutigen, kurzen Thesen ein beeindruckender Fächer an tiefgehenden Beiträgen, der sicher

keine umfassende disziplinäre Standortbestimmung leisten kann und will. Er stellt jedoch eine situativ-selektive innerdisziplinäre Selbstverständigung dar, die nicht nur Zeitdokument ist, sondern ebenfalls neue Impulse für die arbeits- und industriesoziologische Theorie- und Empirie-Arbeit zusammenstellt, die über den Tag – wie über die Sondersituation der Corona-Krise – hinauswirken dürfte.

Vielleicht auch deswegen, weil – und das, so meinen wir, lässt sich für alle hier versammelten Beiträge sagen – der arbeits- und industriesoziologische Blick gerade das nicht vermissen lässt, was Stephan Lessenich der Soziologie insgesamt in Hinblick auf ihre Rolle in der Corona-Krise kritisch attestiert: nämlich „ihre unvermeidlich in gesellschaftspolitische Gestaltungsprozesse involvierte Praxis als eine ‚unideologische‘, ‚wertfreie‘ und politisch ‚neutrale‘ zu verkenne“ (2020: 215). Insbesondere das Ringen um die eigene Rolle innerhalb der von Machtstrukturen geprägten Felder von Betrieb und Erwerbsarbeit war den Debatten in den verschiedenen „streitBARs“ der Tagung ebenso anzumerken, wie es für die Beiträge dieses Heftes der Fall ist. Und dass eben diese Felder auch und gerade empirische Bedeutung in der Corona-Krise hatten und haben, zeigt die andauernde öffentliche Debatte zur sehr unterschiedlichen Betroffenheit verschiedener Berufsgruppen oder zur endlosen Frage, ob das Homeoffice bleibt oder wieder verschwinden wird. Während also der öffentliche Diskurs die Arbeitswelt sehr wohl als eine zentrale Arena nicht nur der aktuellen Transformationsprozesse, sondern ebenfalls der Corona-Krise adressiert, scheinen dies manche soziologische Publikationen kaum bis gar nicht zu tun (vgl. etwa die auffällige Abwesenheit arbeitssoziologischer Betrachtungen in einem der ersten zum Thema erschienenen, 2020 von Volkmer/Werner herausgegebenen Bände).

Unsere Frühjahrstagung 2021 umfasste fünf thematische „streitBARs“²: *Beyond Lohnarbeit* (Hans Pongratz und Tine Haubner), *Leerstelle Struktur* (Florian Butollo, Patrick Feuerstein, Christine Gerber, Robert Koepf und Martin Krzywdzinski; Kommentare von Frank Kleemann und Sabine Pfeiffer), *Interesse und Europa* (Martin Seeliger; Kommentar von Stefan Rüb), *Migration und Klasse* (Peter Birke und Johanna Neuhauser sowie Maria Lorena Cook, Madhumita Dutta, Alexander Gallas, Jörg Nowak und Ben Scully; Kommentar von Hajo Holst) sowie *Norm und Wissen* (Eva-Maria Walker; Kommentare von Jürgen Howaldt und Norbert Huchler). Ein Blick in dieses Heft zeigt: Alle Thesenpapiere und ein Kommentar wurden zu ausformulierten Artikeln weiterentwickelt, die ihren thesenhaften und streitbaren Charakter dabei nicht verloren haben.

Tine Haubner und Hans J. Pongratz beginnen den Reigen der Beiträge mit einem Plädoyer für eine transversale Arbeitssoziologie und somit für eine Überwindung der Zentrierung auf Lohnarbeit, für die Anerkennung der Pluralität von Arbeitsformen und deren Interdependenzen. Im Kern geht es ihnen um mehr als in der bekannten Debatte zur Anerkennung (unbezahlter) Sorgearbeit, nämlich um die Analyse der gesamtgesellschaftlichen Organisation von Arbeit.

Eine andere Leerstelle nehmen sich *Florian Butollo, Patrick Feuerstein und Martin Krzywdzinski* vor. Sie vermissen den strukturellen Blick in der Arbeits- und Industriesoziologie, der mit einer

² Ergänzt um einen abendlichen „BARTalk“ unter der Überschrift „Früher war alles besser?“, bei dem Brigitte Aulenbacher, Martin Kuhlmann, Dieter Sauer und Günter G. Voß zum Stand der Arbeits- und Industriesoziologie heute miteinander und mit dem Publikum höchst lebendig diskutierten.

verstärkten Subjekt- und Handlungsorientierung in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten Einzug gehalten hätte. Mit dem Verschwinden der Strukturdimension habe die Arbeits- und Industriesoziologie an Deutungshoheit verloren. Gründe verorten sie sowohl in einer theoretisch-konzeptionellen Schwäche als auch in einer forschungspragmatisch bedingten Selbstbeschränkung.

Martin Seeliger beschäftigt sich in seinem Artikel mit der europäischen Tarifpolitik und diagnostiziert dabei Mythenbildung suggestive Tendenzen. Er ruft in der Wissenschaft und damit in der Arbeits- und Industriesoziologie zu mehr Reflexion auf, um Fehlschlüsse zu vermeiden. Nur so könne die Diskrepanz zwischen (internationalistischer) Haltung und institutionalistischen Prämissen überwunden werden.

Johanna Neubauer und Peter Birke zeigen anhand von Corona, wie sehr migrantische Arbeit (immer noch) eine Leerstelle in der Arbeits- und Industriesoziologie darstellt und der Tatsache des Zusammenhangs von Prekarisierung und Staatsbürgerschaft zu wenig Rechnung getragen wird. Sie plädieren auf Basis dieses Befundes für einen systematischen wie verstärkten Brückenschlag zwischen Migrationsforschung und Arbeits- und Industriesoziologie.

Alexander Gallas Maria Lorena Cook, Madhumita Dutta, Jörg Nowak und Ben Scully starten ihre Betrachtung vor dem Hintergrund der Corona-Krise und verschreiben der Arbeits- und Industriesoziologie ein systematisch auf globale Zusammenhänge gerichtetes Forschungsprogramm. Sie müsse präzise zwischen formellem und informellem Sektor, zwischen Ungleichheiten und Klassenspaltungen, zwischen politischen Verschiebungen, Digitalisierung und dem Arbeitsprozess unterscheiden sowie die ökologische Krise und Arbeit im Hochschulbereich integrieren.

Hajo Holst, Agnes Fessler und Steffen Niehoff blicken in ihrem Beitrag schließlich empirisch und aus einer Perspektive sozialer Klassen auf die jüngsten Auswirkungen der Corona-Krise. Es geht ihnen nicht nur darum, diese auf Basis qualitativer und quantitativer Daten nachzuzeichnen, sondern damit die Notwendigkeit einer analytischen Perspektive aufzuzeigen, die Klassenanalyse, Ungleichheitseffekte und Subjekterfahrungen integrativ in den Blick nimmt.

Eva-Maria Walker fragt nach dem Verhältnis von arbeitssoziologischer Forschung und Praxisgestaltung und verortet die arbeitssoziologische Forschung somit innerhalb der Diskurse um das Transformative in der Wissenschaft. Sie sieht die Rolle der Arbeits- und Industriesoziologie nicht als kritische Aufklärerin, sondern als normative Gestalterin betrieblicher Praxis – oft genug aber ließe die Disziplin dabei im Dunkeln, was genau mit Gestaltung gemeint ist.

In der Gesamtschau zeigen die Beiträge erstens (nicht ganz neue, aber aktualisierte) Plädoyers für eine Erweiterung des disziplinären Blicks (Nicht-Erwerbsarbeit, migrantische Arbeit, globale Zusammenhänge). Zweitens fordern sie eine verstärkte Betonung von Strukturen und Klassenlagen ein. Drittens – so ließe sich ergänzen – soll dies erfolgen, ohne hierbei Gestaltungspraxis, Subjekterfahrungen oder klassische Erwerbsarbeit sozusagen über Bord zu werfen. Statt einer Konfrontation oder einem Streit der Perspektiven scheint Integration und Komplementarität vorzuherrschen. Also doch kein Streit? Zumindest kein unversöhnlicher. Aber wie all das unter realen Forschungsbedingungen zu integrieren und gemeinsam zu leisten wäre, ist damit natürlich noch lange nicht gesagt – und eröffnet neue Gelegenheiten für Reibung, Ringen und eben vielleicht auch hier und da kollegialen Streit. Denn: wenn sich nicht

alles gleichermaßen, auf allen Ebenen und integrativ tun lässt, weil Restriktionen in Zeit, Ressourcen, Strukturen des Wissenschaftssystems oder durch Erwartungen von Fördergebern und Praxisakteuren dem entgegenstehen, wenn es also gilt, sich zu entscheiden und das eine zu lassen, damit sich (wenigstens) das andere ordentlich tun lässt – dann ist man als Forschende/r in der Arbeits- und Industriesoziologie im Streit (mindestens mit sich selbst).

Georg Simmel sah den Streit noch als ein „vererbliche[s] Inventar unsrer Gattung“ (1996: 240); Claus Leggewie diagnostizierte in den Zeiten der deutschen Wiedervereinigung unter der Überschrift „Bloß kein Streit!“ eine „deutsche Sehnsucht nach Harmonie“ mit „anhaltenden Schwierigkeiten demokratischer Streitkultur“, an die sich manche angesichts des Gleichklangs der Corona-Krisendeutung erinnern fühlen mögen. Dabei kann Streit auch Chance sein, ein „schöner und spannender Zeitvertreib, bei dem man [...] auch sich selbst deutlich besser kennenlernt“ (Haaf 2018: 14). In diesem Sinne hat die Arbeits- und Industriesoziologie, deren Gegenstand sich weiterhin – neben all den anderen stattfindenden Gegensätzen, Verschiebungen und Ungleichheiten – durch einen grundsätzlichen Interessensgegensatz auszeichnet, viel Lust an einem derart spannenden wie produktiven Zeitvertreib; eine Lust, die sich hoffentlich im Lesen der nachfolgenden Beiträge reproduziert und vielleicht zu weiteren Repliken und Argumenten in einem der nächsten Hefte der AIS-Studien anregt.

Literatur

- Haaf, Meredith (2018): *Streit! Eine Aufforderung*. München: dtv.
- Huchler, Norbert (Hg.) (2008): *Ein Fach wird vermessen. Positionen zur Zukunft der Disziplin Arbeits- und Industriesoziologie*. Berlin: Edition Sigma.
- Jürgens, Kerstin (2005): Perspektiverweiterung statt Kriseninszenierung. Ein Beitrag zum Diskurs über die Zukunft der Arbeits- und Industriesoziologie. *Arbeit (Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik* 14 (3): 173–190.
- Kühl, Stefan (2004): Von der Krise, dem Elend und dem Ende der Arbeits- und Industriesoziologie. *Soziologie* 33 (2): 7–16.
- Leggewie, Claus (1990): Bloß kein Streit! In: Sarcinelli, Ulrich (Hg.): *Demokratische Streitkultur*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 52–62.
- Lessenich, Stephan (2020): Soziologie – Corona – Kritik. *Berliner Journal für Soziologie* 30: 215–230. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11609-020-00417-3>.
- Maurer, Andrea (2004): Von der Krise, dem Elend und dem Ende der Arbeits- und Industriesoziologie. Einige Anmerkungen zu Erkenntnisprogrammen, Theorietraditionen und Bindestrich-Soziologien. *Soziologie* 33 (4): 7–19.
- Pfeiffer, Sabine; Jäger, Wieland (2006): Ende des Elends. Marxsche Reformulierung, handlungstheoretischer Beitrag und dialektische Reanimation der Arbeits- und Industriesoziologie. *Soziologie* 35 (1): 7–25.
- Simmel, Georg (1996) [1908]: Der Streit. In: Bonacker, Thorsten (Hg.): *Konflikttheorien. Eine sozialwissenschaftliche Einführung mit Quellen*. Band 2. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 240–262.
- Volkmer, Michael; Werner, Karin (Hg.) (2020): *Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft*. Bielefeld: Transcript.

Die ganze Arbeit! Für eine transversale Arbeitssoziologie

Tine Haubner, Hans J. Pongratz¹

Zusammenfassung: In der Arbeitssoziologie wird Arbeit überwiegend mit formell regulierter, betrieblicher Lohnarbeit gleichgesetzt. Dieser Umstand ist auf den historischen Kontext des Faches zurückzuführen, hat aber auch theoretische und politische Gründe. So erfolgreich die Arbeitssoziologie damit gewesen ist, so sehr steht dieser Fokus in Spannung zur faktischen Pluralität von Arbeit. Diese rückt seit den 1970er Jahren und der Forschung zu unbezahlter (Sorge-)Arbeit und informeller Arbeit immer mehr ins Blickfeld der internationalen Arbeitsforschung. Vor diesem Hintergrund plädiert der Beitrag für eine transversale Arbeitssoziologie, die die Pluralität von Arbeitsformen systematisch in den Blick nimmt. Dabei werden verschiedene Arbeitsformen als analytisch gleichrangige und gesellschaftlich hierarchisierte Tätigkeiten in einem Spektrum erfasst und ihre Interdependenzen und konstitutiven Wechselwirkungen zentral berücksichtigt. Anregungen für einen solchen Perspektivwechsel liefert der Ansatz einer ‚Total Social Organization of Labour‘.

Abstract: In the sociology of work, work is predominantly equated with paid, formally regulated work. This is due to the historical context of the discipline but has also theoretical and political reasons. As successful as the discipline has been with this focus, it contradicts the factual plurality of work. Since the 1970s and research on unpaid (care) work and informal work, this has become the focus of international research. Against this background, the article argues for a ‘transversal sociology of work’ which systematically considers the plurality of work. In doing so, different forms of work are captured in a spectrum as analytically equal but socially hierarchized, and their interdependencies are centrally considered. Suggestions for such a change of perspective are provided by the approach of a ‘Total Social Organization of Labour’.

¹ Dr. Tine Haubner, Institut für Soziologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena, E-Mail: tine.haubner@uni-jena.de; Prof. Dr. Hans J. Pongratz, Institut für Soziologie, Ludwig-Maximilians-Universität München, E-Mail: hans.pongratz@lmu.de

1 Einleitung

Die Auffassung, wonach moderne Gesellschaften primär als Industriegesellschaften gelten, die sich – mehr oder weniger modernisierungstheoretisch oder teleologisch akzentuiert – durch die sukzessive Expansion und Verallgemeinerung formal regulierter Lohnarbeit auszeichnen, stellt eine historische Prämisse soziologischen Denkens allgemein und der Arbeitssoziologie im Besonderen dar. Die Tatsache, dass sich Lohnarbeit in den Industrieländern des globalen Nordens seit Mitte des 19. Jahrhunderts zur dominanten Erwerbsform und im 20. Jahrhundert zum Hauptbezugspunkt der Arbeits- und Sozialpolitik entwickelt hat, hat den Arbeitsbegriff des sich in diesem Zeitrahmen etablierenden Faches nachhaltig geprägt: „Arbeit“ wurde in der Arbeits- und Industriesoziologie meist unhinterfragt mit bezahlter und formal regulierter Erwerbsarbeit gleichgesetzt.

Diese Sichtweise findet ihre Berechtigung in der Tatsache, dass auch gegenwärtig – und in Zeiten eines historischen Höchststandes der globalen Erwerbsbeteiligung – gesellschaftlicher Wandel, Sozialstruktur und Wohlfahrt zentral von und durch Erwerbsarbeit strukturiert werden. Zugleich ist die Praxis, formal regulierte Lohnarbeit zum Ausgangspunkt arbeitssoziologischer Forschung zu nehmen, stets mit der Gefahr verbunden, die sozialen Prozesse außer Acht zu lassen, die jene Vorrangstellung erst ermöglicht haben. Vernachlässigt werden unbezahlte oder informelle Arbeitsformen, die im Schatten formell regulierter Lohnarbeit in beträchtlichem Umfang fortbestehen und strukturelle Voraussetzungen der Dominanz der Lohnarbeit bilden. Diese lange Zeit abgewerteten und marginalisierten Arbeitsformen wie unbezahlte und informelle Sorge-, Haus- und Subsistenzarbeiten ziehen seit dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts im Kontext tiefgreifender Wandlungsprozesse in der globalisierten Arbeitswelt und der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses wachsendes Forschungsinteresse auf sich. Alte Gewissheiten der Hegemonie formal regulierter Erwerbsarbeit sehen sich so von Perspektiven auf „das Ganze der Arbeit“ zunehmend herausgefordert.

Vor diesem Hintergrund plädieren wir für einen arbeitssoziologischen Perspektivwechsel und eine transversale Arbeitssoziologie. Transversalität stammt vom lateinischen Wortursprung *transversus* und bedeutet „quer“. In der Medizin bezeichnet der Begriff etwa die horizontale anatomische Körperebene und so die Körperachse, die quer zur Längsachse des Körpers liegt. Mit dem Anspruch der Transversalität ist eine perspektivische Grenzverschiebung für die Arbeitssoziologie verbunden, die das breite Spektrum existierender Arbeitsformen und darin sowohl deren Unterschiedlichkeiten und Inkommensurabilitäten als auch deren Interdependenzen und Wechselwirkungen systematisch berücksichtigt. Dabei werden Arbeitsformen nicht im Rahmen dichotomer Unterscheidungen zwischen zentralen und residualen Kategorien, sondern als *analytisch gleichrangige* wenngleich *gesellschaftlich hierarchisierte* Tätigkeiten in einem Spektrum oder Kontinuum erfasst. Es geht einer transversalen Arbeitssoziologie folglich nicht darum, die reale Hierarchisierung der verschiedenen Arbeitsformen in kapitalistischen Gesellschaften zu leugnen oder die Unterordnung der Reproduktionssphäre unter die Produktionssphäre infrage zu stellen (vgl. Kleemann et al. 2019: 137). Es geht darum, reale Hierarchisierungen nicht in analytische Blickverengungen zu übersetzen und sie so arbeitssoziologisch zu reproduzieren.

Dass Stimmen lauter werden, Arbeit im Plural auszubuchstabieren, ist in erster Linie der feministischen Arbeitsforschung zu verdanken, die schon seit langem darauf hinweist, dass die Ausweitung und Regulierung von Lohnarbeit immer schon zur Voraussetzung hatten, dass große Teile der gesellschaftlich notwendigen Arbeit außerhalb dieser institutionellen Rahmung geleistet werden. Das gilt zuvorderst für die nach wie vor überwiegend unbezahlte Haus- und Sorgearbeit, mit der zumeist Frauen in privaten Haushalten die Reproduktion von Arbeitskraft sichern – für sich selbst wie für die anderen Mitglieder des Haushalts. Ihre Arbeit steht in einer langen Tradition der androzentrischen Unsichtbarmachung, wurde sie doch als vermeintlich unbezahlbarer und moralisch aufgeladener „Liebesdienst“ auf den Sozialcharakter von Frauen bezogen und selbst in ihren verberuflichten Formen (wie etwa der Krankenpflege) als „weibliche Berufung“ ihres Arbeitscharakters entkleidet (Klinger 2012; Bischoff 1992). Dies gilt in ähnlicher Weise für die ehrenamtliche politische wie soziale Arbeit in Parteien, Verbänden, Sozialeinrichtungen und Gewerkschaften, ohne die sozialstaatlich befriedete Lohnarbeit und Wohlfahrtspflege bis hin zu Leistungen der sozialen Daseinsvorsorge unvorstellbar wären (Haubner 2021a; Böhle/Kratzer 1999).

Mit Blick auf die globale Arbeitsteilung ist der arbeitssoziologische Fokus auf die formal regulierte Erwerbsform als „eurozentrische Meistererzählung“ kritisiert worden (Komlosy 2015: 12ff.), die eine im globalen Maßstab minoritäre Arbeitsrealität um den Preis einer chronischen Ausblendung von anderen Arbeitsverhältnissen universalisiert. Eine weitere Kritik speist sich aus Arbeiten zum Bedeutungsverlust der Industriearbeit, des Normalarbeitsverhältnisses und der Zunahme prekärer, atypischer und deregulierter Arbeits- und Beschäftigungsformen in den Industrieländern des globalen Nordens (Dörre et al. 2012; Castel/Dörre 2009). Auch große Bereiche der beruflichen Selbstständigkeit weisen prekäre Erwerbsbedingungen auf, die in zunehmendem Maße freiberufliche Tätigkeiten auf hohem Qualifikationsniveau betreffen (Bührmann/Pongratz 2010). Im Verhältnis verschiedener Arbeits- und Erwerbsformen zueinander, beobachten wir in den Industrieländern des globalen Nordens außerdem eine wachsende Hybridisierung von Arbeit, Kombinationen, Verflechtungen und Rekonfigurationen, denen das hinsichtlich Lohnarbeit bewährte arbeitssoziologische Analyseinstrumentarium zunehmend schwerer gerecht wird. Last but not least wird nicht nur im Kontext der Corona-Pandemie und der Zunahme digital gestützter Arbeit im Home-Office deutlich, dass sich tradierte Grenzziehungen zwischen den Arbeitsformen, aber auch im Verhältnis von öffentlicher und privater Sphäre verflüssigen.

Der gesellschaftliche Wandel von Arbeit macht eine Arbeitssoziologie erforderlich, die Arbeit innerhalb eines Spektrums denkt und so auch Arbeitsformen außerhalb des Betriebs systematisch in den Blick nimmt. Mit dem Plädoyer für eine transversale Arbeitssoziologie geht es uns darum, die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Formen von Arbeit und Erwerb sichtbar und systematisch zum Gegenstand der arbeitssoziologischen Analyse zu machen. Es genügt nicht, im Sinne eines erweiterten Arbeitsbegriffs anzuerkennen, dass neben Lohnarbeit noch andere Tätigkeitsfelder legitimer Fokus arbeitssoziologischer Forschung sein können. Es reicht auch nicht aus, gelegentlich das Verhältnis verschiedener Arbeitsformen in den Blick zu nehmen und den transversalen Anspruch als ein spezifisches Segment der Disziplin zu kultivieren: Die verschiedenen Arbeits- und Erwerbsformen stehen in permanenter und vor allem

konstitutiver Wechselwirkung zueinander und lassen sich daher immer nur in ihrem Zusammenhang angemessen verstehen. Es geht uns entsprechend darum, dass die Arbeitssoziologie generell transversal denkt und forscht. Der methodologische Anspruch der Transversalität lässt sich vergleichen mit dem der Intersektionalität in der Ungleichheitsforschung: Wechselwirkungen sind der Normalfall. Selbst wenn aus forschungspragmatischen Gründen einzelne Dimensionen in den Vordergrund gerückt werden, bleiben die Zusammenhänge systematisch zu berücksichtigen.

Dafür bildet der erweiterte Arbeitsbegriff einen wichtigen Ausgangspunkt. Der Anspruch muss aus unserer Sicht jedoch noch weiter in eine Richtung reichen, in die britische Kolleginnen mit dem bisher im deutschsprachigen Raum wenig rezipierten Konzept der „Total Social Organization of Labour“ gewiesen haben. Im Folgenden möchten wir fruchtbare Anknüpfungspunkte für eine transversale Arbeitssoziologie skizzieren und ihr Potenzial veranschaulichen. Dafür soll zunächst ein kritischer Blick auf mögliche Ursachen eines erwerbszentrierten arbeitssoziologischen Reduktionismus einerseits aber auch auf Gegenbewegungen eines erweiterten Arbeitsbegriffs andererseits geworfen werden. Anschließend umreißen wir mithilfe des Konzepts einer „Total Social Organization of Labour“ und eigener Forschungsarbeiten exemplarische Analyseperspektiven einer transversalen Arbeitssoziologie.

2 Erwerbszentrierter Reduktionismus der Arbeitssoziologie

Die soziologische Arbeitsforschung, als eine der ältesten soziologischen Disziplinen, hat sich historisch in Auseinandersetzung mit den sozialen Bedingungen der kapitalistisch-industriellen Lohnarbeit entwickelt. Vor allem seit Mitte des 20. Jahrhunderts konzentrierte sie sich als „industrial sociology“ auf die den gesellschaftlichen Wandel in den fortgeschrittenen Industrieländern maßgeblich prägende Erwerbsform der industriellen Lohnarbeit und deren arbeits- und sozialpolitische Rahmensetzungen in betrieblichen Kontexten. Dementsprechend nannte sich die erste und lange Zeit einflussreichste Sektion der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) ursprünglich „Industrie- und Betriebssoziologie“ (klassisch: Dahrendorf 1955). Die „sociology of work“ (hierzulande eher eingeordnet als Arbeits- und Berufssoziologie, vgl. Beck et al. 1980) erfasste demgegenüber ein breiteres Spektrum, widmete sich früh der Dienstleistungsarbeit außerhalb der Fabriken und war auch offen für Formen selbstständiger Arbeit. Dennoch blieb in beiden Strängen die Analyseperspektive gleichermaßen erwerbsbezogen: Es interessierte nur die Arbeit gegen Bezahlung – und im Grunde auch nur im formell regulierten betrieblichen Rahmen. Das änderte sich nicht wesentlich mit der Umbenennung der DGS-Sektion in „Arbeits- und Industriesoziologie“.

Rückblickend können mindestens drei Gründe für den Fokus auf die industrielle und formell betrieblich regulierte Erwerbsarbeit identifiziert werden: Die Arbeits- und Industriesoziologie ist erstens ein Kind der Industriegesellschaft und damit auch einer spezifisch modernen Sphärentrennung und Herausbildung einer „entbetteten“ industriekapitalistischen Marktgesellschaft. Dass sich die deutsche Arbeitssoziologie als „Betriebs-“ oder „Arbeits- und Industriesoziologie“ verstand und versteht, verdankt sie demnach der historischen Herausbildung eines aus vorherigen ökonomischen und sozial-räumlichen Zusammenhängen herausgelösten Systems bezahlter Industriearbeit. Unter Bezug auf die Frauen- und Geschlechterforschung

muss dieses System daher stets in Wechselwirkung mit parallel laufenden Prozessen der Abspaltung, Abwertung und ökonomischen Unsichtbarmachung anderer Arbeitsformen gedacht werden, die grundlegende Voraussetzungen für Berufs- und Erwerbsarbeit in einem selbstregulierten Marktsystem schaffen. Der arbeitssoziologische Fokus auf Lohnarbeit als eine reale hierarchische Trennungsprozesse widerspiegelnde Perspektivverengung wurde mit den Beiträgen der feministischen Arbeitsforschung, dem sukzessiven Bedeutungsverlust der industriellen Massenproduktion und dem wachsenden Interesse für Dienstleistungsarbeiten ab den 1970er Jahren zwar grundlegend herausgefordert, eine systematische Perspektiverweiterung hin zu unbezahlten oder informellen Arbeitsformen ging damit aber nicht einher.

Einen weiteren Grund stellt zweitens die zentrale Stellung der Marxschen Gesellschaftstheorie innerhalb der Arbeits- und Industriosozilogie dar, die mehr oder weniger explizit die Hintergrundfolie und den normativen Bezugsrahmen für theoretische Auseinandersetzungen im Fach darstellt (Deutschmann 2002: 20). Die Marxsche Theorie liefert nicht nur wesentliche theoretische Einsichten und begriffliche Analyseinstrumente für das Verständnis und die Kritik von Lohnarbeit in kapitalistischen Gesellschaften. Sie führt tendenziell auch, mit Polanyi gesprochen, die blinden Flecken der Waren-Fiktion (1978: 111) im Schlepptau. Der vom konkreten Nutzen von Arbeit und ihren Produkten abstrahierende Tauschwert beherrscht für Marx Produktion und Reproduktion in kapitalistischen Gesellschaften. Zu den „Reduktionen“ des Kapitals, wie Marx die reale Abstraktion von den konkreten Qualitäten menschlicher Arbeit bezeichnet (vgl. Marx 1962: 59), gehört auch die ökonomische Unsichtbarkeit unbezahlter Arbeit. Unbezahlte Arbeiten wie die Hausarbeit gelten vom Standpunkt des Kapitals als „unproduktiv“, werden von der Werttheorie nicht direkt erfasst und entgleiten damit tendenziell der polit-ökonomischen Perspektive. Marx' wegweisende Analyse kapitalistischer Akkumulation und die an sie anschließende arbeitssoziologische Forschung reproduzierten infolge mitunter die „Reduktionen“ des Kapitals, die sie kritisch enthüllen wollten.

Schließlich kann drittens die Frage der gesellschaftlichen Widerstandspotentiale und Machtressourcen im Kontext des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit als ein Grund für die Erwerbszentrierung der Arbeits- und Industriosozilogie gelten. Lohnarbeit stellt die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und soziale Sicherung in modernen wohlfahrtsstaatlich verfassten Arbeitsgesellschaften dar. Zugleich gilt sie in der Tradition der Arbeiterbewegung als prädestinierter Ort politischen Widerstands gegen die Zumutungen kapitalistischer Ausbeutung. Als formal institutionalisierte Quelle kapitalistischer Wertschöpfung verfügt sie (unter bestimmten Umständen) im Unterschied zu unbezahlter, aber auch informeller und solo-selbstständiger Arbeit potenziell über gesteigerte Macht-, Organisations- und gesellschaftspolitische Mitgestaltungsressourcen. Die Nähe arbeitssoziologischer Forschung zu gewerkschaftspolitischen Fragen und die relative Dominanz industriegewerkschaftlicher Interessenpolitik liegen in dieser sozialen Vorrangstellung nachvollziehbar begründet. Dass sich eine „kritische Industriosozilogie“ mit dem Anliegen, „das politische Verhaltenspotenzial der Arbeiter für Systemveränderung bzw. Systemüberwindung einzuschätzen“ (Schumann 2003: 138), zuvorderst der industriellen Lohnarbeit zuwendet, liegt damit auf der Hand.

Mit dieser auch arbeitspolitisch motivierten Erwerbszentrierung (vgl. Jürgens 2006) ist die Arbeitssoziologie im Feld anwendungsorientierter Forschung bis heute sehr erfolgreich geblieben. Gerade aufgrund der Spezifik der Perspektive ist sie in Deutschland (wie in anderen

europäischen Ländern) bei arbeits- und sozialpolitischen Akteuren hoch anerkannt und wird mit ihrer Expertise für die Entwicklungen der Lohnarbeit stark nachgefragt. Im Zuge des Ausbaus der Universitäten und mit der Konjunktur kritischer Sozialwissenschaften in den 1970er Jahren erlangte die Teildisziplin vorübergehend eine starke Stellung innerhalb der sozialwissenschaftlichen Fakultäten, die jedoch um die Jahrtausendwende wieder verloren ging. Die Projekterfolge verschiedener Forschungsgruppen (allen voran: SOFI Göttingen, ISF München, SFS Dortmund, IfS Frankfurt, IAQ Duisburg) konnten den späteren Bedeutungsverlust des Fachgebiets an den Universitäten zum guten Teil kompensieren – allerdings um den Preis verstärkter Abhängigkeit von politisch motivierter Forschungsförderung. Insbesondere aufgrund der Prominenz gewerkschaftlicher Fragestellungen werden über die formelle Lohnarbeit hinausweisende Themenfelder und Interessenlagen nach wie vor wenig erforscht.

Die zu Beginn der 2000er Jahre geführte Debatte zur Krise des Fachs (zusammenfassend: Huchler 2008; siehe auch Pongratz 2005) erscheint aus dieser Sicht als Ausdruck der Bewältigung des langwierigen Übergangs vom Leitanspruch der theoretisch fundierten Erklärung der Entwicklung kapitalistischer (Industrie-)Gesellschaften hin zur Akzeptanz der Kernfunktion als wissenschaftliche Beratungsinstanz zur humanen Gestaltung von Lohnarbeit. Unter Wahrung ihrer prinzipiellen Kritikfähigkeit hat die Arbeits- und Industriesoziologie so zunehmend eine ähnliche und ähnlich wichtige Rolle auf Arbeitnehmerseite übernommen, wie sie die Betriebswirtschaftslehre seit langem – und mit noch größerem Erfolg – für die Arbeitgeberseite wahrnimmt. Diese Spezialisierungserfolge sind Ausdruck einer nachfrageorientierten Professionalisierung, die dem berechtigten Interesse vieler Kolleg*innen an gesellschaftskritischer Sozialforschung entgegenkommt. Allerdings stellt sich zunehmend die Frage, inwieweit damit auch eine Preisgabe von zusätzlichem Innovations- und Kritikpotenzial verbunden ist: Brauchen Gewerkschaften und Gesellschaft nicht ein eigenständigeres, herausfordernderes und streitbareres Gegenüber im sozialwissenschaftlichen Forschungsbetrieb?

Die meisten im Fachgebiet aktiven Kolleg*innen hatten vermutlich immer schon ein breiteres Verständnis von Arbeit und viele haben das in ihren Forschungsbeiträgen kenntlich gemacht. Vergewenigt man sich aber den Stand des Fachs anhand seiner Lehrbücher und Gesamtdarstellungen, ist dies kaum ersichtlich. Auch in den seit 2000 erschienenen deutschsprachigen Einführungen wird fast ausschließlich betrieblich verfasste Lohnarbeit behandelt, manche Felder finden kaum Erwähnung (ehrenamtliche, unbezahlte, informelle, selbstständige Arbeit), andere werden zwar thematisiert (zuletzt verstärkt Haus- und Sorgearbeit), aber kaum in einen systematischen Zusammenhang eingeordnet oder zueinander ins Verhältnis gesetzt.² Zwar lässt sich mit einiger Berechtigung anführen, dass die Überblicksdarstellungen damit den Stand der Disziplin angemessen widerspiegeln, doch stellt sich auch dann die Frage, warum die Forschungslage und ihre Desiderate so wenig (selbst-)kritisch reflektiert werden. Die britische Arbeitssoziologin Rebecca Taylor, die die Diversität von Arbeitsformen untersucht, kommt in Bezug auf die internationale Arbeitsforschung zu einer ähnlichen Diagnose:

² Siehe exemplarisch die Beiträge im „Lexikon der Arbeits- und Industriesoziologie“ (Hirsch-Kreinsen/Minssen 2017). Bezeichnend für die Entwicklung des Fachs ist das „Handbuch Arbeitssoziologie“ (Böhle et al. 2018), das – im Bewusstsein der Problematik – Sorgearbeit und Hausarbeit eigene Kapitel widmet und Selbstständigkeit in der Kreativbranche behandelt (aber nicht informelle Arbeit); die übrigen der mehr als 30 Beiträge beschäftigen sich dann wieder fast uneingeschränkt mit Lohnarbeit im Betrieb.

„The problem with examining people’s paid and unpaid work is, as several authors have observed, that for most of the 20th century the concept of work within sociological definitions and empirical studies has been synonymous with paid employment.” (Taylor 2004: 31)³.

3 Ein erweiterter Arbeitsbegriff oder der ganze Arbeitszusammenhang?

Für eine transversale Arbeitssoziologie sind insbesondere die Kritiken der feministischen Arbeits-, Frauen- und Geschlechterforschung wegweisend, hat doch zuerst die feministische Kritik der 1960er bis 1980er Jahre im Rahmen der sog. „Hausarbeitsdebatte“ die theoretische wie empirische Vernachlässigung von Arbeitsformen jenseits betrieblicher Lohnarbeit attackiert und herausgefordert (Haubner 2017: 75ff.). Mit ihrer Thematisierung global vorherrschender, aber häufig soziologisch wie ökonomisch ausgeblendeter Arbeits- und Ausbeutungsformen hat die feministische Arbeitsforschung den Blick auf das ganze Spektrum der Arbeits- und Erwerbsformen freigegeben. Und sie hat unter Rückgriff auf marxistische Begriffe deutlich gemacht, dass es sich bei der Ware Arbeitskraft auch insofern um eine ganz besondere Ware handelt, als diese nicht in, sondern außerhalb der Produktion „(wieder-)hergestellt“ wird (Bhattacharya 2017: 7). Damit hat sie auf die essenzielle ökonomische Bedeutung der häuslichen Sphäre und der Haus- und Sorgearbeit hingewiesen, ohne die kapitalistische Produktion und Arbeitskraftnutzung unmöglich sind. Dass der feministischen Arbeitsforschung ein grundlegender Perspektivwechsel gelang, der wegweisende theoretische wie empirische Innovationen zutage förderte, verdankt sie einer „Erfahrung des ‚Fremden‘“, wie die Vertreter*innen des „Bielefelder Subsistenzansatzes“ mit Blick auf ihre Forschung zum globalen Süden formulierten. Ihre anfängliche „Sicht von außen“ führte mit der Erkenntnis global interdependenter Ausbeutungsverhältnisse von Frauen schließlich zu einer „Sicht von innen und unten“ (Werthof et al. 1983: 5), die Zusammenhänge inter- und intranationaler Arbeits- und Diskriminierungsformen adressiert.

Daran hat die interdisziplinäre und sich seit den 1980er Jahren sukzessive international etablierende Forschung zu Care und Sorgearbeit angeknüpft. Entstanden unter anderem aus der feministischen Marx-Kritik (im Überblick: Scheele/Wöhl 2018), hat sie mittlerweile verschiedene Forschungsfelder erschlossen und umfangreiche Wissensstände erarbeitet (Aulenbacher/Décieux/Riegraf 2018). Dabei hat sie die ganze Bandbreite von bezahlter und unbezahlter, informeller und formell regulierter Sorgearbeiten – von technisch gestützter, hochqualifizierter Berufsarbeit bis hin zu informeller Sorgearbeit an den Grenzen zu moderner Versklavung (etwa im Fall der sog. „Live-in-Care“) – empirisch ausgeleuchtet. Die Haushaltswissenschaft (Häußler et al. 2018) und die feministische Ökonomie haben zudem den Umfang unbezahlter Sorgearbeiten, ihren Anteil an der Bruttowertschöpfung und ihren Beitrag zum Lebensstandard in Volkswirtschaften bestimmt (vgl. Knobloch 2019).

³ Auch Jürgens stellt in ihrem Beitrag zur Krisen-Diskussion fest: „Alle Beiträge – mit Ausnahme der Stellungnahme von Lohr [...] – klammern Arbeit jenseits ihrer Erwerbsvermittlung aus dem Gegenstandsbereich der Teildisziplin aus. Familien- und Hausarbeit, private Sorgearbeit, Eigenarbeit oder ehrenamtliches Engagement gelten den Vertretern der Teildisziplin weder als bisherige noch als potenzielle Forschungsthemen.“ (2008: 50f.)

Die Kritik der feministischen Arbeitsforschung am Dualismus von Erwerbsarbeit (welche mit Arbeit allgemein identifiziert wird) und sonstigen Arbeitsformen (als davon abgespaltenen, unbezahlter oder informeller Arbeit) liefert entscheidende theoretische und methodologische Impulse für eine transversale Arbeitssoziologie. Für den deutschsprachigen Kontext hat insbesondere Regina Becker-Schmidt dichotome Unterscheidungen zwischen privaten Lebens- und öffentlichen Funktionszusammenhängen sowie unbezahlter Haus- und bezahlter Erwerbsarbeit dafür kritisiert, die Vermittlung der damit separierten Welten nicht mehr denken zu können.⁴ Dualistische Konstruktionen wie die Polarisierungen zwischen bezahlter und unbezahlter, formeller und informeller Arbeit sind für Becker-Schmidt ideologieverdächtig, weil sie auf beiden Seiten Wechselwirkungen und Vermittlungen ausblenden: „Im Horizont dualistischer Denkmuster bleibt in einer identitätslogischen Perspektive ausgeklammert, dass das Ausgegrenzte zur Bestimmung des Eingegrenzten dazugehört.“ (Becker-Schmidt 2017: 121). Wenn Dualismen und Dichotomien dagegen durch eine Perspektive von Spektren und Kontinuen ersetzt werden, läuft man weniger Gefahr, Extremen durch wechselseitige Isolierung einen überschüssigen Sinn zuzuweisen und ihre Relativierung durch Zwischenglieder zu ignorieren (ebd.: 122).⁵

Ausgehend von diesen Kritiken hat die feministische Forschung eigene begrifflich-theoretische Zugänge entwickelt, um der Vielfalt von Arbeits- und Erwerbsformen gerecht zu werden. So wird im Kontext aktueller materialistisch-feministischer Ansätze einer „Social Reproduction Theory“ (SRT) der Begriff der „sozialen Reproduktion“ gewählt, um ‚das Ganze der Arbeit‘ zu fassen (Bhattacharya 2017). Im Kontext der internationalen feministischen Politischen Ökonomie gilt Erwerbsarbeit zudem nicht als dominante Form, sondern wird als eine Ausprägung von Arbeit betrachtet. Dabei wird die „work-labour-distinction“ zugunsten einer Perspektive auf Arbeit innerhalb eines Kontinuums von Arbeitsformen verschiedener Kommodifizierungsgrade methodologisch aufgegeben (Bakker 2007: 548f.).

Auch in der Arbeitssoziologie hat die feministische Kritik mit der Zeit Wirkung gezeigt. Seit den späten 1980er Jahren ist mit dem Begriffspaar „Arbeit und Leben“ das Wechselverhältnis zwischen Erwerbsarbeit und Privatleben in den Fokus gerückt (Kleemann et al. 2019: 135) und ein „erweiterter Arbeitsbegriff“ gilt inzwischen als weitgehend akzeptiert (Menz 2021). Gemeint ist mit Letzterem in der Regel zweierlei: Zum einen wird auch nicht-bezahltes Arbeiten als Gegenstand der Arbeitssoziologie anerkannt, zum anderen wird die Tatsache, dass Lohnarbeit auf unbezahlte Reproduktionsarbeit im privaten Haushalt angewiesen ist, ausdrücklich gewürdigt. In der empirischen Forschung zeigt sich das vor allem in der Ausweitung der Untersuchungsfelder auf Grenzbereiche zu Hausarbeit, Freiwilligenarbeit oder selbstständiger Tätigkeit, beispielsweise in der interessenpolitischen Organisation von Sorgearbeit (Artus

⁴ „Entzweites lässt sich nicht verknüpfen; was auseinandergetreten ist, entzieht sich der Vermittlung. Nehmen wir unsere Erfahrungen ernst, so lehren sie uns etwas anderes. Dichotomien zeichnen sich durch fiktive Überschüsse aus, die der Faktizität nicht entsprechen. Polarisierungen legen nahe, Übergänge und Verflechtungen zu übersehen.“ (Becker-Schmidt 2017: 119)

⁵ Nicole Mayer-Ahuja weist in Bezug auf die Zunahme informeller Arbeit in den westlichen Industrienationen darauf hin, die arbeitssoziologische Analyse „über den (korrekten) Befund einer Dichotomie zwischen formeller und informeller Arbeit hinaus[zutreiben]“, um Verschiebungen in diesem dynamischen Verhältnis relationaler Kategorien und Phänomene zu erfassen (2012: 291f.).

et al. 2017) oder der digitalisierten Vermittlung von Arbeitsaufträgen im Crowdfunding (Pongratz/Bormann 2017). Diese Grenzüberschreitungen sind arbeitssoziologisch in gewisser Hinsicht mit dem Begriff der „Entgrenzung“ vorbereitet worden (vgl. Minssen 2000; Kratzer/Sauer 2003), werden aber erst in jüngster Zeit mit Blick auf außerbetriebliche Arbeitskontexte auch forschungsmethodisch berücksichtigt.

Daneben lassen sich weitere fruchtbare Entwicklungen hin zu einer theoretisch-systematischen Neuausrichtung der deutschsprachigen arbeitssoziologischen Analyse beobachten, die – angeregt von der feministischen Kritik am erwerbssoziologischen Reduktionismus – versuchen, das Analyseinstrumentarium zu erweitern. Dazu gehören frühe Analysen zu den „Formen der Eigenarbeit“ (Heinze/Offe 1990), zu Schattenwirtschaft und informeller Ökonomie (Jessen et al. 1988). Alltagstheoretische Überlegungen bildeten die Grundlage der Forschungen zur „alltäglichen Lebensführung“ (Projektgruppe 1995), die in den 1990er Jahren unter maßgeblicher Beteiligung namhafter Frauenforscherinnen, wie Karin Jurczyk und Maria Rerrich, entstanden und von Günter Voß kontinuierlich in der Arbeitssoziologie vertreten wurden (Kudera/Voß 2013). Vor diesem Hintergrund hat auch die Kategorie des Reproduktionshandelns durch Kerstin Jürgens (2006) eine theoretische Einbettung in das arbeitssoziologische Analyseinstrumentarium erfahren. Außerdem haben Analysen zu Prekarität und Exklusion (Castel/Dörre 2009), informeller Arbeit (Mayer-Ahuja 2012; Pfau-Effinger/Geissler 2005), „Mischarbeit“ (Brandl/Hildebrandt 2002), prekärer Dienstleistungsarbeit (Bahl/Staab 2010) sowie die Unterscheidung von primärer und sekundärer Ausbeutung im Rahmen des Landnahmetheorems (Dörre 2013) den Bedeutungsverlust des Normalarbeitsverhältnisses adressiert und den arbeitssoziologischen Blick auf diverse Arbeits- und Ausbeutungsformen sowie die Rückkehr vermeintlich überholter Unsicherheiten gelenkt.⁶

Obwohl die genannten Ansätze Aufmerksamkeit in der Disziplin fanden, haben sie das Grundverständnis des Zusammenhangs der Arbeits- und Erwerbsformen bislang nicht verändern können. Für eine transversale Arbeitssoziologie bilden sie maßgebliche Bezugspunkte, werden diesem Anspruch aus unserer Sicht aber jeweils nur teilweise gerecht. Wechselwirkungen verschiedener Arbeits- und Erwerbsformen werden in produktiver Weise bearbeitet, aber nicht als Gesamtzusammenhang theoretisch abgebildet oder in methodologische Forschungsdesigns überführt.⁷ Die Konsequenzen der durch die feministische Kritik angeregten Erweiterung des Arbeitsbegriffs sind somit überschaubar geblieben: Weder hatte sie eine systematische Ausweitung arbeitssoziologischer Forschung auf „das Ganze der Arbeit“ zur Folge, noch wird bei Analysen von Lohnarbeit die Reproduktionsdimension konsequent berücksichtigt.

⁶ Die Liste an Projekten und Beiträgen, die über eine Analyse betrieblich regulierter Lohnarbeit hinausweisen, ließe sich natürlich erweitern. Einen aufschlussreichen Fall bildet die Einrichtung der Arbeitsgruppe „Die Arbeit der Selbstständigen“ innerhalb der Sektion „Arbeits- und Industriesoziologie“, an welcher der Co-Autor maßgeblich beteiligt war: Die Forschung zu selbstständiger Arbeit erhielt damit einen anerkannten Ort innerhalb des Fachs, ohne dass größere Auswirkungen auf Begriffsverständnis und Forschungskonzepte außerhalb dieses Themenfeldes daraus resultierten.

⁷ Hier ist nicht der Ort, um das für jeden Ansatz im Einzelnen zu diskutieren. Bezeichnend mit Blick auf die Entwicklung der Disziplin ist, dass es bisher nur wenige Bemühungen gegeben hat, Verbindungen zwischen den genannten Ansätzen herzustellen. Ausnahmen bestätigen hier wie so oft die Regel, etwa die von der Arbeits- und Wirtschaftsgeographie angeregten Analysen von Stefanie Hürtgen (2021) zur „Feminisierung und Krise von (Lohn-)Arbeit im transnationalen Raum“.

Innerhalb der Disziplin, so unser Eindruck, hat der erweiterte Arbeitsbegriff stattdessen vielfach eine legitimatorische Funktion angenommen und beruhigende Wirkung entfaltet: Indem sich die Arbeitssoziologie selbst ein breites Arbeitsverständnis bescheinigt und in den Randbereichen vielfältige Forschung zulässt, kann sie im Kern weitermachen wie bisher.

Zugleich kann eingewandt werden, dass von der bloßen Erweiterung des Begriffsverständnisses ohnehin nicht allzu viel zu erwarten ist: In Verbindung mit der impliziten Unterstellung zentraler und „weiterer“ peripherer und damit meist residual bleibender Arbeitsformen bringt sie letztlich nur die Selbstverständlichkeit zum Ausdruck, dass jede Form von Arbeit Arbeit ist – und als solche der näheren Untersuchung wert. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass Begriffserweiterungen den Untersuchungsgegenstand inflationär verundeutlichen: Die Forderung nach einem erweiterten Arbeitsbegriff riskiert so, jede menschliche Aktivität – von der Beziehungspflege bis hin zu Freizeittätigkeiten – als Arbeit im Sinne von „gezielter Anstrengung“ zu verstehen. Die Herausforderung besteht folglich darin, einen Weg jenseits dualistischer Konstruktionen, unreflektierter Dominanzannahmen und begriffsinflationärer Erweiterungen zu finden. Diesen Anspruch verfolgt ein Theoriekonzept, das in der britischen feministischen Arbeitsforschung als „Total Social Organization of Labour“ (TSOL) bekannt ist und das im deutschsprachigen Raum (mit Ausnahme des Lehrbuchs von Jörg Flecker 2017) bisher kaum rezipiert wurde. Wir wollen es im Folgenden kurz vorstellen.

Mitte der 1990er Jahre entwickelte die britische Soziologin Miriam Glucksmann (1995) ein Konzept für eine neue Arbeitssoziologie mit dem Ziel, verschiedene Formen von Arbeit in ihrer wechselseitigen Vermittlung zu erfassen. Dieses Anliegen einer „relationalen Organisation der ganzen Arbeit“ wird vom Umstand herausgefordert, wonach Arbeit nicht nur in verschiedenen gesellschaftlichen Sphären (wie der Familie, Ökonomie oder Politik) verrichtet wird, sondern darin zugleich immer auch mehrfach eingebettet ist (Lohnarbeit wird auch im Haushalt verrichtet; Arbeit im Betrieb wiederum kann fürsorgliche Komponenten aufweisen). Ihr Vorschlag einer „Total Social Organization of Labour“ zielt entsprechend darauf ab, das Spektrum von Arbeitstätigkeiten und ihre wechselseitigen Interdependenzen (auch in Bezug auf dabei entstehende Ungleichheiten) ernst zu nehmen, ohne einem ökonomischen Reduktionismus zu verfallen oder den Arbeitsbegriff inflationär zu verallgemeinern. Arbeit bestimmt sie als „activity necessary for the production and reproduction of economic relations and structures“, wobei es sich um sozial notwendige („necessary only in a social and not in an absolute sense“, Glucksmann 1995: 69) Tätigkeiten handelt. Nach Glucksmann gibt es keinen notwendigen Zusammenhang zwischen Arbeit und Bezahlung; stattdessen bestimmt sie Arbeit über ihre jeweilige soziale Einbettung (Taylor 2004: 31).

In den Folgejahren haben Glucksmann und mehrere britische Kolleginnen dieses Konzept im Rahmen empirischer Untersuchungen weiter ausdifferenziert (Pettinger et al. 2005). Dabei unterscheidet Glucksmann verschiedene Arbeitsformen entlang eines Kontinuums einerseits auf einer Makro-, Meso-, Haushalts- und Individual-Ebene und andererseits mithilfe der Verknüpfung von „four dimensions of interconnectedness of work activities: across economic processes, modes of provision, the interfaces of work and non-work, and the temporalities of each of these three.“ (Glucksmann 2005: 35). Taylor (2004) entwickelt im Anschluss wiederum einen konzeptuellen Rahmen entlang der Differenzierungskriterien von bezahlter und unbezahlter, öffentlicher und privater, formalisierter und informeller Arbeit. Empirisch zeigt sie am

Beispiel des Gesundheitssektors, wie Freiwilligenarbeit mit beruflicher Karriere, informeller Arbeit und Anforderungen im privaten Haushalt verknüpft ist. Das Konzept der „Total Social Organization of Labour“ stellt einen folgerichtigen Versuch dar, sich nicht bei Appellen an einen erweiterten Arbeitsbegriff aufzuhalten, sondern das Spektrum von Arbeit jenseits dichotomer Aufteilungen systematisch zum Ausgangspunkt empirischer Forschung und theoretischer Reflektion zu nehmen. Der TSOL-Ansatz bewährt sich auch in neueren empirischen Studien zu digitalisierten Formen der Arbeit, etwa im Falle von Telecaring (Wilson et al. 2017) oder bei „work-related blogging“ (Parry/Hracs 2020).

4 Für eine transversale Arbeitssoziologie

Unser Plädoyer für eine transversale Arbeitssoziologie (Haubner 2021b) nimmt sich diese Vorschläge der britischen Kolleginnen zum Vorbild. Transversalität adressiert demnach die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Welten formeller und informeller, bezahlter und unbezahlter Produktions- und Reproduktionsarbeiten, getreu der Devise: „The important point is that in mapping activities onto a *framework*, rather than *positioning them in opposition to one another* in a dichotomy, the interconnections between different forms of work become visible.“ (Taylor 2004: 39; Herv. durch die Autor*innen).

Dieser Anspruch leitet sich nicht nur aus der theoretischen Einsicht ab, wonach der Zusammenhang von Arbeit und Lohneinkommen kontingent und kapitalistische Arbeitsgesellschaften mit Blick auf die Grenzen der Kommodifizierung von Arbeitskraft (Polanyi 1978) sowie divergierende Rationalitätsprinzipien und Arbeitsformen schon immer „gemischte Wirtschaften“ darstellten (Dörre 2009: 40). Es gibt auch in empirischer Hinsicht gute Gründe für eine transversale Arbeitssoziologie. Aus der internationalen Forschung zum globalen Süden aber auch aus der Forschung zu unbezahlter (Sorge-)Arbeit in den Industrienationen des globalen Nordens wissen wir, wie verbreitet und ökonomisch bedeutsam informelle und auch unbezahlte Haus-, Subsistenz- und Sorgearbeit sind (Burchardt/Weinmann 2013). Formen informeller Arbeit (darunter auch unfreie Arbeit, siehe Carstensen 2019) existieren im Kontext des globalen Finanzmarktkapitalismus nicht nur in relevantem Umfang fort, sondern gewinnen auch in den Ländern des Nordens in Gestalt von Outsourcing und Flexibilisierung der Arbeitskraftnutzung sowie als Überlebensökonomie ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen an Bedeutung (Komlosy 2015).⁸

Eigene Forschungsarbeiten weisen für Deutschland auf einen sozialpolitisch forcierten und staatlich regulierten Bedeutungszuwachs informeller Arbeit im Kontext sozialstaatlichen Strukturwandels, prekärer Arbeitsverhältnisse und abnehmender familialer Sorgkapazitäten im Kontext des demografischen Wandels hin. Dabei lässt sich eine zunehmende Informalisierung sozialer Daseinsvorsorge exemplarisch am staatlich geförderten Ausbau von Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement im Bereich sozialer Daseinsvorsorge beobachten

⁸ „Heute wird die Annahme, Informalität sei mit Unterentwicklung gleichzusetzen, als widerlegt betrachtet. Flashsammler in Berlin, nicht registrierte Hausangestellte in Wien und Clickworker [...] in New York zeigen nur allzu deutlich, dass es nach Jahrzehnten eines regulierten Kapitalismus zu einem massiven Einbruch, ja zu einer historischen Rückkehr des Informellen in die Metropolen des Nordens gekommen ist.“ (Cerde-Becker/Sittel/Schmalz 2015: 4).

(Dyk/Haubner 2019; Dyk 2018). Im Kontext kommunaler Sparpolitiken, von Fachkräftemangel und verfestigter Arbeitslosigkeit entsteht mithilfe der Monetarisierung und Semi-Professionalisierung bürgerschaftlichen Engagements ein Regime gemeinwohldienlicher Schattenarbeit mit fließenden Grenzen zwischen Engagement, Niedriglohnsektor und zweitem Arbeitsmarkt (Haubner 2019a). Im Sozial- und Pflegesektor füllt informelle Arbeit (in Gestalt Angehöriger, Freiwilliger, migrantischer Arbeitskräfte und rechtswidrig beschäftigter Ungelernter) die Lücken, die das überforderte Fachpersonal hinterlässt und Freiwilligenarbeit wird mitunter strategisch als Konkurrenzvorteil in den von Rationalisierungs- und Kostendruck betroffenen Sozialdienstleistungen genutzt (Haubner 2019b).

Die Corona-Pandemie hat zudem die Relevanz unbezahlter und informeller Arbeit und die damit verbundenen Verteilungskonflikte noch einmal deutlich gemacht: So ist mit dem Versorgungsmangel an informellen migrantischen Pflegekräften und Haushaltshilfen im Zusammenhang mit verschärften Grenzkontrollen zu Beginn der Pandemie der „Graumarkt Pflege“ (Lutz/Palenga-Möllnbeck 2014) in den gesellschaftspolitischen Fokus gerückt. Laut Berichten der International Labour Organisation (ILO 2020) wird davon ausgegangen, dass der informelle Sektor durch die Pandemie (insbesondere im globalen Süden) weiter wachsen wird. Dies dürfte vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosenzahlen infolge der Pandemie auch für viele (süd-)europäische Länder gelten, die bereits infolge der Weltwirtschaftskrise 2008ff. von einem starken Anstieg atypischer Beschäftigung und Armut betroffen waren. Die Schutzmaßnahmen während der Pandemie haben daneben nicht nur die Entgrenzung von Arbeit und eine Verflüssigung tradierter Grenzen von Privat- und Erwerbssphäre verstärkt sichtbar gemacht. Die Zunahme an Home-Office-Arbeit hat auch auf die Interdependenzen der verschiedenen Arbeitsformen und -sphären hingewiesen und wieder einmal offenbart, dass der Privathaushalt ein Arbeitsplatz mit dazugehörigen Interessenkonflikten (nebst Tendenzen zur Retraditionalisierung geschlechtsspezifischer Sorgearbeitsteilung zu Lasten von Frauen) ist.

Die genannten Entwicklungen zeigen, dass die vermeintlichen Ränder der Erwerbsgesellschaft auch in Zukunft nicht an Bedeutung für die Teilung, Organisation und Gestaltung von Arbeit verlieren werden. Im Gegenteil weisen etwa die Herausforderungen des demografischen Wandels in der alternden Arbeitsgesellschaft auf die Dringlichkeit betrieblicher Konzepte zur Vereinbarkeit von Arbeit und Pflege und damit erneut auf die Bedeutung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft hin. Der Blick auf „die ganze Arbeit“ rückt dabei immer auch Prozesse der Informalisierung, Deprofessionalisierung und Retraditionalisierung von Arbeit in den Fokus arbeitssoziologischer Analysen und weist auf die Kontingenz arbeitspolitischer Standards und die konstitutiven Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Formen der Arbeit hin.

In der empirischen Analyse der Interdependenzen verschiedener Arbeits- und Erwerbsformen tritt eine gesellschaftliche Institution in den Vordergrund, die in der Arbeitssoziologie weithin unterschätzt wird: der private Haushalt (Meier-Gräwe 2014). Im Rahmen beruflicher Selbstständigkeit zeigt sich seine Relevanz für die Erwerbsorganisation besonders deutlich: Im gewerblichen oder landwirtschaftlichen Kleinbetrieb ist der Privathaushalt über vorindustrielle Zeiten hinaus eine maßgebliche Kontextbedingung geblieben für die Kollaboration selbstständiger Betriebsleiter*innen mit ihren formellen Angestellten und den informell „mithelfenden

Familienangehörigen“ (wie sie in der Statistik bis heute geführt werden). Obwohl er Arbeitsstätte und Organisationsbasis für unbezahlte wie bezahlte Arbeit ist, wird der Privathaushalt selten als spezifische ökonomische Institution behandelt.⁹

In der Forschung zur Solo-Selbstständigkeit bestätigt sich aktuell, welche bedeutsamen Ressourcen Haushalt und private Netzwerke ohne den formalisierten Rahmen einer Betriebsstruktur für die Erwerbsorganisation sind, etwa für die Vermittlung von Aufträgen, in der Planung und Durchführung der Arbeit oder zur Finanzierung der Betriebsmittel (Pongratz 2020). Bei Selbstständigen wird besonders deutlich, was vielfach auch für abhängige Beschäftigung gilt: Erwerbsentscheidungen werden nicht nur im Hinblick auf die eigenen individuellen Fähigkeiten und Neigungen getroffen, sondern unter Berücksichtigung von Erwerbsinteressen und Einkommenschancen, Zeitressourcen und Konsumbedürfnissen aller Haushaltsmitglieder. Atypische und informelle Erwerbsformen werden trotz der prekären Begleitumstände auch deshalb gewählt, weil sie sich in die Erwerbsplanung des Haushalts unter den Bedingungen einer zunehmend krisenhaften Reproduktion (vgl. Jürgens 2010) einfügen. Die typischen Muster geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung hängen aufs engste mit der sozialen Konstruktion des Zusammenhangs von Familie, Reproduktion und Privathaushalt zusammen.

5 Schluss

Erwachsene in Deutschland, Erwerbstätige und Nicht-Erwerbstätige zusammengerechnet, verbringen im Durchschnitt etwa genauso viel Zeit mit Haus- und Sorgearbeit wie mit Erwerbsarbeit; erwerbstätige Frauen leisten mehr Arbeit im Haushalt als im Betrieb.¹⁰ 28,8 Millionen arbeiten laut aktuellem Freiwilligensurvey zusätzlich im Ehrenamt, etwa in Vereinen, NGOs oder im Rahmen von Nachbarschaftshilfe (Simonson et al. 2021). Der Großteil der Erwerbsarbeit erfolgt im Anstellungsverhältnis, aber mehr als zehn Prozent sind Selbstständige; die Schätzungen zum Anteil informeller Arbeit schwanken um Werte von ähnlicher Größenordnung. Es sind nicht solche Zahlen, die uns zu einem Plädoyer für eine transversale Arbeitssoziologie bewegen. Aber sie veranschaulichen das Ausmaß der Pluralität der Arbeits- und Erwerbsformen in einer der führenden kapitalistischen Ökonomien des globalen Nordens. Zur Bestimmung der charakteristischen Strukturmerkmale des modernen Kapitalismus bleibt die Analyse der Bedingungen der formell regulierten Lohnarbeit essenziell. Wer die Entwicklung kapitalistischer Arbeitsgesellschaften verstehen will, sollte sich aber gleichermaßen mit ihrem Zusammenhang mit allen anderen Formen von Arbeit beschäftigen.

Mit einer transversalen Arbeitssoziologie geht es uns darum, „das Ganze der Arbeit“ systematisch in den Blick zu nehmen und die verschiedenen Arbeitsformen analytisch gleichrangig zu behandeln. Ziel der Analyse ist weniger die Dokumentation von Vielfalt als die Identifizierung und Klärung der in je spezifischer Weise relevanten, konstitutiven Wechselwirkungen zwischen den Arbeits- und Erwerbsformen. Unter Berücksichtigung ihrer gesellschaftlichen

⁹ Eine nennenswerte Ausnahme stellen neuere Arbeiten am Göttinger SOFI dar, die sich dem Privathaushalt als arbeitssoziologisch relevanter Untersuchungsebene zuwenden und so die Betriebsfixierung der Industriesoziologie methodologisch zu überwinden versuchen (Grimm et al. 2020); zur Haus- und Sorgearbeit siehe Geissler 2018.

¹⁰ Das weist die Zeitverwendungserhebung von 2012/2013 des Statistischen Bundesamtes (2015) aus (siehe auch Meier-Gräwe/Klünder 2015).

Hierarchisierung bleibt die Dominanz von Lohnarbeit ein zentrales Forschungsthema. Dennoch konstituiert sich die moderne Arbeitswelt nicht über eine Ansammlung von Tätigkeiten, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Notwendigkeit und der dafür aufgebrauchten Mühe als Arbeit gelten (Pongratz 2014), sondern über deren interdependentes Zusammenwirken unter den sozioökonomischen Bedingungen des fortgeschrittenen Kapitalismus. Die Vorteile einer transversalen Arbeitssoziologie bestehen aus unserer Sicht darin, den Arbeitsverhältnissen marginalisierter Gruppen, der real existierenden und auch expandierenden Pluralität von Arbeitsformen und ihren Wechselwirkungen Rechnung zu tragen. Sie birgt außerdem das Potential, den Horizont der Arbeitssoziologie im Lichte internationaler Anschlussfähigkeit zu erweitern und stellt fruchtbare disziplinäre Anschlussfähigkeiten, etwa an die feministische Politische Ökonomie, her.

Ein solcher ganzheitlicher Analyseanspruch stößt auf eine Reihe von theoretischen, methodologischen und nicht zuletzt forschungspraktischen Herausforderungen. Es ist schon schwierig genug, einzelne Felder von Arbeit und Erwerb zu erforschen, wie soll das im Zusammenhang der „ganzen Arbeit“ möglich sein? Deshalb braucht auch eine transversale Arbeitssoziologie weiterhin ihre Schwerpunktsetzungen auf einzelne Arbeits- und Erwerbsformen, von denen die Lohnarbeit die strukturell dominierende bleibt. In den Fragestellungen lassen sich jedoch Interdependenzen mit anderen Arten des Arbeitens sehr wohl systematisch berücksichtigen. Auch die vorgestellten Modelle einer „Total Social Organization of Labour“ erzwingen keineswegs, in jeder empirischen Untersuchung alle Arbeitsformen gleichermaßen berücksichtigen zu müssen. Sie lassen sich im Rahmen verschiedener empirischer Untersuchungssettings vielmehr flexibel adaptieren und erweitern heuristisch die Perspektive auf Arbeitszusammenhänge, ohne diese pauschal zu verallgemeinern oder umgekehrt für ausschließlich „produktive“ Arbeitsformen zu reservieren.

Unser Plädoyer birgt zugleich methodische Herausforderungen, etwa weil die Zugänge zum Haushalt und zum Betrieb ganz unterschiedlich sind, weil sich informelle Arbeit dem formalisierenden Blick offizieller Instanzen entzieht und für ihre Analyse besondere methodische Verfahren (wie etwa Ethnografien) zur Anwendung kommen müssen. Wieso also nicht zurückgreifen auf langjährige und umfangreiche Erfahrungen mit derartigen Herausforderungen in der Erforschung des Arbeitens in Ökonomien, die weit weniger formalisiert und institutionell reguliert sind? Im theoretischen Zugriff stehen wir vor der Problematik, dass sich die plurale Arbeit über verschiedene gesellschaftliche Sphären mit jeweils spezifischen Analysezugängen erstreckt – Wirtschaft, Familie, Nonprofit-Sektor, um nur die wichtigsten zu nennen.¹¹ Aber ist es nicht der Anspruch der Gesellschaftstheorie, solche übergreifenden Zusammenhänge zu erfassen – und war es nicht gerade die Arbeitssoziologie, die dazu einen substanziellen Beitrag leisten wollte?

Transversal wird die arbeitssoziologische Forschung, indem sie zwei grundlegende Anforderungen zu erfüllen versucht: Bei jeder Fragestellung zunächst prinzipiell zu prüfen, inwieweit verschiedene Arbeits- und Erwerbsformen zu ihrer Beantwortung relevant sind, und dann in der Analyse die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen ihnen systematisch zu berücksichtigen. Das bedeutet nicht, dass immer „die ganze Arbeit“ untersucht wird, aber es ist

¹¹ Zum Verständnis der Arbeitssoziologie als einer „Querschnittssoziologie“ siehe Voswinkel 2021.

nötig, ihre Pluralität beständig im Blick zu behalten. Ein solches Vorgehen ist ungewohnt und erfordert neue Grundlegungen für das Fach, vor allem die verstärkte Erforschung bisher vernachlässigter Formen von Arbeit und Erwerb und insbesondere von Feldern, in denen ihre Wechselwirkungen besonders ausgeprägt sind. Gezielte Vergleiche der Bedingungen und Folgen einzelner Arbeits- und Erwerbsformen können den Blick für Differenzierungen weiter schärfen. Langfristig ist eine „Theorie der ganzen Arbeit“ unerlässlich, welche einen analytisch-konzeptionellen Rahmen zur institutionellen Einbettung pluralen Arbeitens schafft. Folgerungen methodologischer Art sind noch schwer absehbar, die Forderung nach geeigneter Forschungsförderung ist naheliegend, ist aber auch auf eine gesteigerte thematische Offenheit von Projektträgern angewiesen. Der Weg zu einer transversalen Arbeitssoziologie mag noch weit sein, aber es gibt genügend geeignete Ausgangs- und Orientierungspunkte, um nicht länger damit zu warten, ihn zu beschreiten.

Wir befürchten für unser Plädoyer weniger größeren Widerspruch aus der Arbeitssoziologie, als dass es hinsichtlich seiner Übersetzung in Forschungsfragen und Analysekonzepte – wieder einmal – folgenlos bleibt. Unsere Botschaft lautet deshalb: Lippenbekenntnisse zu einem erweiterten Arbeitsbegriff bringen das Fach in dieser Hinsicht nicht weiter. Vielfalt und Zusammenhang des Arbeitens müssen sich in Untersuchungsansätzen, theoretischen Begriffen und Forschungsmethodologien abbilden. Die Arbeits- und Industriesoziologie hat mit ihrem Fokus auf Lohn- und Industriearbeit erfolgreich die Grundlagen gelegt und umfassende Kenntnisstände zur dominanten Arbeitsform entwickelter Industrieländer, ihrer Sozialstruktur und Wandlungsprozesse geliefert. In der gegenwärtigen Phase, in der sich die Welt der Arbeit zunehmend ausdifferenziert, global vernetzt, hybridisiert und nicht zuletzt fragmentiert, ist es jedoch höchste Zeit für einen Perspektivwechsel.

Dieser Perspektivwechsel stellt nicht die Expertise des Faches infrage oder unterminiert wie in einem Nullsummenspiel die Errungenschaften bisheriger Kenntnisstände. Mit einer transversalen Arbeitssoziologie ist aus unserer Sicht vielmehr das verbunden, was Mayer-Ahuja in Bezug auf das Verhältnis von Informalisierung und Arbeitssoziologie formuliert hat: Es „eröffnet [...] ein weites Feld für arbeitssoziologische Forschung“ und stellt ein „Experimentierfeld für eine insgesamt überfällige Neujustierung arbeitssoziologischer Forschung“ dar (2012: 299). Unser Plädoyer für eine transversale Arbeitssoziologie darf daher gerne als Einladung gelesen werden. Wir erleben in unserer eigenen Forschung, wie bewegend und lohnend die Beschäftigung mit selbstständiger oder informeller, sorgender oder ehrenamtlicher Arbeit ist. Dabei fühlen wir uns herausgefordert von der Diversität und Heterogenität im Feld – und gleichzeitig ermutigt, nach passenden gesellschaftstheoretischen Perspektiven und gesellschaftspolitischen Lösungen zu suchen. Sehr gerne würden wir solche Erfahrungen mit vielen Kolleg*innen in der Arbeitssoziologie teilen.

Literatur

Artus, Ingrid et al. (Hg.) (2017): *Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen*. Hamburg: VSA.

- Aulenbacher, Brigitte et al. (2018): *Capitalism Goes Care. Elder and Child Care between Market, State, Profession, and Family and Questions of Justice and Inequality. Equality, Diversity and Inclusion* 37 (4): 347–360.
- Bahl, Friederike; Staab, Philipp (2010): *Das Dienstleistungsproletariat. Theorie auf kaltem Entzug. Mittelweg* 36 (6): 66–93.
- Bakker, Isabella (2007): *Social Reproduction and the Constitution of a Gendered Political economy. New Political Economy* 12 (4): 541–556.
- Beck, Ulrich et al. (1980): *Soziologie der Arbeit und der Berufe: Grundlagen, Problemfelder, Forschungsergebnisse*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Becker-Schmidt, Regina (2017): *Trennung, Verknüpfung, Vermittlung. Zum feministischen Umgang mit Dichotomien (1998)*. In: Becker-Schmidt, Regina (Hg.): *Pendelbewegungen – Annäherungen an eine feministische Gesellschafts- und Subjekttheorie. Aufsätze aus den Jahren 1991 bis 2015*. Opladen: Barbara Budrich, 119–157.
- Bhattacharya, Tithi (Hg.) (2017): *Social Reproduction Theory. Remapping Class, Recentring Oppression*. London: Pluto Press.
- Bischoff, Claudia (1992): *Frauen in der Krankenpflege. Zur Entwicklung von Frauenrolle und Frauenberufstätigkeit im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Böhle, Fritz et al. (Hg.) (2018): *Handbuch Arbeitssoziologie*. 2 Bände. Wiesbaden: Springer VS.
- Böhle, Fritz; Kratzer, Nick (1999): *Ehrenamt als Arbeit. Eine Betrachtung ehrenamtlicher Tätigkeit aus arbeitssoziologischer Sicht*. In: Kistler, Ernst; Noll, Heinz-Herbert; Priller, Eckhard (Hg.): *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts: empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte*. Berlin: Edition Sigma, 275–290.
- Brandl, Sebastian; Hildebrandt, Eckart (2002): *Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit. Zur Transformation der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte*. Opladen: Leske+Budrich.
- Burchardt, Hans-Jürgen et al. (Hg.) (2013): *Arbeit in globaler Perspektive. Facetten informeller Beschäftigung*. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Bührmann, Andrea D.; Pongratz, Hans J. (Hg.) (2010): *Prekäres Unternehmertum: Unsicherheiten von selbstständiger Erwerbstätigkeit und Unternehmensgründung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Carstensen, Lisa (2019): *Das Dispositiv Moderne Sklavenarbeit. Umkämpfte Arbeitsverhältnisse in Brasilien*. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Castel, Robert; Dörre, Klaus (2009): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Cerda-Becker et al. (Hg.) (2015): *Grauzonen der Arbeit. Journal für Entwicklungspolitik* 4: 4–11.
- Dahrendorf, Ralf (1955): *Industrie- und Betriebssoziologie*. Berlin, Boston: De Gruyter.
- Deutschmann, Christoph (2002): *Postindustrielle Industriesoziologie. Theoretische Grundlagen, Arbeitsverhältnisse und soziale Identitäten*. Weinheim, München: Juventa.
- Dörre, Klaus (2013): *Landnahme. Triebkräfte, Wirkungen und Grenzen kapitalistischer Wachstumsdynamik*. In: Backhouse, Maria; Gerlach, Olaf; Kalming, Stefan; Nowak, Andreas (Hg.): *Die globale Einhegung. Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 112–140.
- Dörre, Klaus et al. (Hg.) (2012): *Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik*. Frankfurt/M., New York: Campus.

- Dörre, Klaus (2009): Prekariat im Finanzmarktkapitalismus. In: Castel, Robert; Dörre, Klaus (Hg.): Prekariat, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt/M., New York: Campus, 35–64.
- Dyk, Silke v.; Haubner, Tine (2019): Gemeinschaft als Ressource? Engagement und Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats. In: Baumgartner, Doris; Fux, Beate (Hg.): Sozialstaat unter Zugzwang? Zwischen Reform und radikaler Neuorientierung. Wiesbaden: Springer VS, 259–279.
- Dyk, Silke v. (2018): Post-Wage Politics and the Rise of Community Capitalism. *Work, Employment and Society* 32 (3): 528–545. DOI: 10.1177/0950017018755663.
- Flecker, Jörg (2017): Arbeit und Beschäftigung. Eine soziologische Einführung. Wien: Facultas.
- Geissler, Birgit (2018): Haushaltsarbeit und Haushaltsdienstleistungen. In: Böhle, Fritz; Voß, Günter G.; Wachtler, Günther (Hg.): Handbuch Arbeitssoziologie. Band 2. Wiesbaden: Springer VS, 767–799.
- Glucksman, Miriam A. (1995): Why 'Work'? Gender and the 'Total Social Organization of Labour'. *Gender, Work & Organization* 2 (2): 63–75.
- Glucksman, Miriam A. (2005): Shifting boundaries and interconnections: Extending the 'total social organisation of labour'. In: Pettinger, Lynne; Parry, Jane; Taylor, Rebecca; Glucksman, Miriam (Hg.): *A New Sociology of Work?* Malden/USA: Blackwell Publishing, 19–36.
- Grimm, Natalie et al. (2020): Die Praxis des Zusammenhalts in Zeiten gesellschaftlicher Verwundbarkeit. Soziologische Perspektiven auf Arbeit, Haushalt und öffentliche Güter. In: Deitelhoff, Nicole et al. (Hg.): *Gesellschaftlicher Zusammenhalt - Ein interdisziplinärer Dialog*. Frankfurt/M., New York: Campus, 316–332.
- Haubner, Tine (2021a): Ehrenamt als Arbeit? Zur Aktualisierung einer arbeitssoziologischen Analyse. In: Emunds, Bernhard et al. (Hg.): *Freiheit – Gleichheit – Selbstausbeutung. Zur Zukunft der Sorgearbeit in der Dienstleistungsgesellschaft*. Marburg: Metropolis-Verlag, 239–264.
- Haubner, Tine (2021b): Für eine transversale und inter-sektionale Arbeits- und Industriesoziologie! Thesenpapier für die Online-Frühjahrstagung der Sektion Arbeits- und Industriesoziologie am 10.–11. März 2021.
- Haubner, Tine (2019a): Das soziale Band neu knüpfen? Bürgerschaftliche Sorge-Dienstleistungen im Schatten von Arbeitsmarkt und Sozialstaat. In: Dörre, Klaus et al. (Hg.): *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*. Wiesbaden: Springer VS, 197–209.
- Haubner, Tine (2019b): Grauzonen der Sorgearbeit: Informelle Pflegearbeit im Kontext des Pflegenotstands. *Sorgearbeit und Industrielle Beziehungen. Industrielle Beziehungen* 26 (4): 425–444.
- Haubner, Tine (2017): Die Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft. *Laienpflege in Deutschland*. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Häußler, Angela et al. (Hg.) (2018): *Care und die Wissenschaft vom Haushalt. Aktuelle Perspektiven der Haushaltswissenschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Heinze, Rolf G.; Offe, Claus (1990): *Formen der Eigenarbeit. Theorie, Empirie, Vorschläge*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut; Minssen, Heiner (Hg.) (2017): *Lexikon der Arbeits- und Industriesoziologie*. Baden-Baden: Nomos. DOI: 10.5771/9783845276021.
- Huchler, Norbert (2008): *Ein Fach wird vermessen*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Hürtgen, Stefanie (2021): Glokalisierung und Feminisierung: Zur strukturellen Krise von Lohnarbeit im europäischen Raum. *Geographica Helvetica* 76: 261–273, DOI: /10.5194/gh-76-261-2021, 2021.

- International Labour Organisation (2020): Impact of lockdown measures on the informal economy. ILO brief April 2020. Genf. URL: https://www.ilo.org/africa/information-resources/publications/WCMS_741864/lang--en/index.htm (Zugriff: 21. Juni 2021).
- Jessen, Johann et al. (Hg.) (1988): Arbeit nach der Arbeit. Schattenwirtschaft, Wertewandel und Industriearbeit. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jürgens, Kerstin (2010): Deutschland in der Reproduktionskrise. *Leviathan* 38: 559–587.
- Jürgens, Kerstin (2008): Perspektiverweiterung statt Kriseninszenierung. Ein Beitrag zum Diskurs über die Zukunft der Arbeits- und Industriesoziologie. In: Huchler, Norbert (Hg.): Ein Fach wird vermessen. Baden-Baden: Nomos: 45–68.
- Jürgens, Kerstin (2006): Arbeits- und Lebenskraft: Reproduktion als eigensinnige Grenzziehung. Wiesbaden: Springer VS.
- Kleemann, Frank et al. (2019): Arbeit und Subjekt. Aktuelle Debatten der Arbeitssoziologie. Wiesbaden: Springer VS.
- Klinger, Cornelia (2012): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. In: Sauer, Dieter; Wittke, Volker; Dörre, Klaus (Hg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt/M., New York: Campus, 258–272.
- Knobloch, Ulrike (2019): Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum. Weinheim: Beltz-Juventa.
- Komlosy, Andrea (2015): Informalität aus globalhistorischer Perspektive. *Journal für Entwicklungspolitik* 31 (4): 36–57.
- Kratzer, Nick; Sauer, Dieter (2003): Entgrenzung von Arbeit – Konzept, Thesen, Befunde. In: Gottschall, Karin; Voß, Günter G. (Hg.): Entgrenzung von Arbeit und Leben: zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag. München: Hampp, 87–123.
- Kudera, Werner; Voß, Günter G. (Hg.) (2013): Lebensführung und Gesellschaft: Beiträge zu Konzept und Empirie alltäglicher Lebensführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Lutz, Helma; Palenga-Möllnbeck, Ewa (2014): Care-Migrantinnen im geteilten Europa – Verbindungen und Widersprüche in einem transnationalen Raum. In: Aulenbacher, Brigitte; Riegraf, Birgit; Theobald, Hildegard (Hg.): Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Baden-Baden: Nomos, 217–231.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2012): Arbeit, Unsicherheit, Informalität. In: Dörre, Klaus; Sauer, Dieter; Wittke, Volker (Hg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt/M., New York: Campus, 289–301.
- Marx, Karl (1962): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band: Der Produktionsprozess des Kapitals. Marx-Engels-Werke (MEW), Band 23. Berlin: Dietz.
- Meier-Gräwe, Uta (2014): Hauswirtschaftliche Tätigkeiten als produktive Arbeit – Eine kurze Geschichte aus haushaltswissenschaftlicher Perspektive. In: Scheiwe, Kirsten; Krawietz, Johanna (Hg.): (K)Eine Arbeit wie jede andere? Die Regulierung von Arbeit im Privathaushalt. Berlin, Boston: de Gruyter, 135–164.
- Meier-Gräwe, Uta; Klünder, Nina (2015): Ausgewählte Ergebnisse der Zeitbudgeterhebungen 1991/92, 2001/02 und 2012/13. Eine Studie im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung. Gießen.
- Menz, Wolfgang (2021): Arbeitsanalyse und Zeitdiagnose. Perspektiven einer subjektorientierten Arbeitssoziologie mit gesellschaftsdiagnostischem Anspruch. IfS Working Paper #13. Frankfurt/M.: Institut für Sozialforschung.

- Minssen, Heiner (Hg.) (2000): *Begrenzte Entgrenzungen: Wandlungen von Organisation und Arbeit*. Berlin: edition sigma.
- Parry, Jane; Hracs, Brian J. (2020): From Leisure to Labour: Towards a Typology of the Motivations, Structures and Experiences of Work - Related Blogging. *New Technology, Work and Employment* 35 (3): 314–335.
- Pettinger, Lynne et al. (Hg.) (2006): *A New Sociology of Work?* Oxford: Wiley-Blackwell.
- Pfau-Effinger, Birgit; Geissler, Birgit (Hg.) (2005): *Care and Social integration in European Societies*. Bristol: Policy Press.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Pongratz, Hans J. (2020): Solo-Selbstständige – was sie trennt und verbindet. In: *WISO – Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift* 43 (2): 12–34.
- Pongratz, Hans J.; Bormann, Sarah (2017): Online-Arbeit auf Internet-Plattformen: empirische Befunde zum ‚Crowdworking‘ in Deutschland. *AIS-Studien* 10 (2): 158–181. DOI: 10.21241/ssor.64850.
- Pongratz, Hans J. (2014): Arbeit als gesellschaftliche Institution. In: Braun, Norman et al. (Hg.): *Begriffe – Positionen – Debatten. Eine Relektüre von 65 Jahren Soziale Welt*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 77–87. DOI: 10.5771/9783845258171_82.
- Pongratz, Hans J. (2005): Industriesoziologie als Institution. Eine organisationstheoretische Deutung ihrer organisationstheoretischen Defizite. In: Faust, Michael; Funder, Maria; Moldaschl, Manfred (Hg.): *Die „Organisation“ der Arbeit*. München: Hampp Verlag, 21–41.
- Projektgruppe „Alltägliche Lebensführung“ (Hg.) (1995): *„Alltägliche Lebensführung.“ Arrangements zwischen Traditionalität und Modernisierung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Scheele, Alexandra; Wöhl, Stefanie (Hg.) (2018): *Feminismus und Marxismus*. Weinheim: Beltz-Juventa.
- Schumann, Michael (2003): *Metamorphosen von Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein. Kritische Industriesoziologie zwischen Taylorismusanalyse und Mitgestaltung innovativer Arbeitspolitik*. Hamburg: VSA: 136–174.
- Simonson, Julia et al. (Hg.) (2021): *Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.
- Statistisches Bundesamt (2015): *Zeitverwendungserhebung. Aktivitäten in Stunden und Minuten für ausgewählte Personengruppen 2012/2013*. Wiesbaden.
- Taylor, Rebecca (2004): Extending Conceptual Boundaries: Work, Voluntary Work and Employment. *Work, Employment and Society* 18 (1): 29–49.
- Voswinkel, Stephan (2021): *Arbeitssoziologie und Gesellschaftstheorie. IfS Working Paper #14*. Frankfurt/M.: Institut für Sozialforschung.
- Werlhof, Claudia v. et al. (1983): *Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit*. Reinbek: Rowohlt.
- Wilson, Rob et al. (2017): Who is Telecaring Whom? Exploring the Total Social Organisation of Care Work in an Italian Municipality. *New Technology, Work and Employment* 32 (3): 268–282.

Was zeichnet die digitale Transformation der Arbeitswelt aus?

Ein Deutungsangebot jenseits von Großtheorien und disparater Empirie

Florian Butollo , Patrick Feuerstein, Martin Krzywdzinski ¹

Zusammenfassung: Die Digitalisierung stellt wohl den zentralen Debattenstrang über gegenwärtige Veränderungen der Arbeitswelt dar. Dystopische Prognosen stehen dabei optimistischen Vorhersagen recht unvermittelt gegenüber. Die Deutung jener Veränderungen, die durch die Digitalisierung auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene ausgelöst werden, stellt für die empirische arbeitssoziologische Forschung aufgrund der Vielzahl und der Varianz der Entwicklungen eine Herausforderung dar. Eine übermäßige Fokussierung auf einzelne, vermeintlich paradigmatische Aspekte der digitalen Transformation birgt die Gefahr einseitiger Generalprognosen. Die bloße Feststellung empirischer Varianz auf betrieblicher Ebene droht hingegen in Bezug auf die theoretische Deutung und die zeitdiagnostische Einordnung der Veränderungen sprachlos zu bleiben. Der Beitrag versucht, in kritischer Auseinandersetzung mit vorliegenden Deutungen, mit dem Begriff des Produktionsmodells einen Ansatz zu umreißen, der synthetisierende Deutungen auf sektoraler Ebene erlaubt. Dies ist als Plädoyer dafür zu verstehen, Veränderungen auf den Ebenen der Produktpolitik und Prozessorganisation systematisch in die Analyse der Veränderungen der Arbeitsprozesse miteinzubeziehen.

Abstract: Digitalisation is at the core of debates about current changes of work today. Dystopian forecasts clash sharply with optimistic predictions. An empirically-grounded identification of major shifts related to the digital transformation of work is a challenging endeavour. Grand theories that extrapolate from phenomena, such as platform business models, entail one-sided accounts and are deficient in their interpretation of the changes of work. Most empirical research, however, has so far only pointed to the variance of trends at company level, largely refraining from synthesising statements and theoretical interpretations. This paper attempts, in a critical discussion of existing contributions, to outline an approach that makes use of the

¹ Dr. Florian Butollo, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, E-Mail: florian.butollo@wzb.eu; Dr. Patrick Feuerstein, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, E-Mail: patrick.feuerstein@wzb.eu; Prof. Dr. Martin Krzywdzinski, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, E-Mail: martin.krzywdzinski@wzb.eu

concept of the production model in order to generate synthesising statements at sectoral level. The merit of such an approach is that changes through digitalisation at the levels of product policy and process organisation can systematically be integrated in the analysis of the labour process, thus providing a holistic perspective on its current transformation.

1 Digitalisierung zwischen Megatrend und Flickenteppich

Im öffentlichen Diskurs mangelt es derzeit nicht an Generaldiagnosen zur Zukunft der Arbeit. Dystopische Projektionen einer weitreichenden Substitution von Arbeit erfreuen sich trotz der Existenz gegenteiliger empirischer Befunde einer anhaltenden Beliebtheit. Ähnlich verhält es sich mit der Erwartung panoptischer Leistungskontrolle und durch Technik vermittelter Fremdsteuerung. Die Antipoden stellen technikfixierte Utopien dar, die von der Tendenz einer allgemeinen Aufwertung von Arbeit 4.0 und der Demokratisierung von Unternehmen ausgehen und damit Interessenskonflikte unterschlagen (vgl. Hirsch-Kreinsen 2020: 11–20).

Die Arbeitssoziologie steht solchen – wesentlich auf die technische Entwicklung fixierten – Spekulationen zu Recht ablehnend gegenüber. Zu offensichtlich ist schließlich ihr theoretischer Reduktionismus. Es scheint fast schon unvermeidlich zu sein, dass jeder neue Technologieschub mit einer Fetischisierung der Technik einhergeht und der Technikdeterminismus mal mehr, mal weniger offensichtlich eine Wiederauferstehung feiert. Unvermeidlich ist auch ein Déjà-vu-Effekt: Angesichts ähnlicher Phasen technikfixierter Aufgeregtheit in der Vergangenheit, die die kollektive Phantasie bezüglich möglicher Wirkungen auf die Arbeitswelt anregten (Hefler 2016; Menez u. a. 2016), scheint ein Habitus der demonstrativen Gelassenheit angesichts des Digitalisierungsdiskurses beinahe unabdingbar. Die Antwort der Arbeits- und Industriesoziologie auf Technikfixierung und -determinismus besteht meist im fast schon kanonisierten Verweis auf die Wechselwirkungen von Arbeit, Organisation und Technik in soziotechnischen Systemen. Dem Kult der Disruption wird mit Verweisen auf Kontinuität und Pfadabhängigkeiten begegnet, die den soziotechnischen Wandel – zumindest in den allermeisten Fällen – zu einer graduellen Angelegenheit machen (Baethge-Kinsky u. a. 2018; Butollo u. a. 2018b; Hirsch-Kreinsen 2020; Krzywdzinski 2021), der bestehende Trends der Arbeitswelt fortschreibt bzw. möglicherweise verschärft (Kuhlmann 2020) und höchstens als kontextabhängige sowie „strukturierte Vielfalt“ unterschiedlicher Entwicklungen zu interpretieren ist (Buss u. a. 2021). Diese Befunde, die inzwischen auf umfangreiche empirische Daten rekurrieren, leisten einen wichtigen Beitrag der theoretischen Deutung *ex negativo*: „Die Digitalisierung“ kann keineswegs als monolithische Transformation mit klar umrissenen und unidirektionalen Effekten interpretiert werden, sondern repräsentiert eben ein Technologiebündel (Butollo u. a. 2018b) bzw. eine Vielzahl von Digitalisierungen (Buss u. a. 2021) mit vielfältigen Gestaltungsoptionen und Einsatzformen.

Dennoch – dies ist der Kern unserer Intervention – halten wir es für unbefriedigend, bei dieser Feststellung stehenzubleiben. Wir stellen uns die Frage, wie wir über die Dekonstruktion der technikgetriebenen und unidirektionalen Zeitdiagnosen hinauskommen und *ex positivo* klarer fassen, welche Veränderungen in Ökonomie und Arbeitswelt im Zusammenhang mit der digitalen Transformation stattfinden und welche Tendenzen sich möglicherweise als dominant herausstellen. Andernfalls droht nicht nur eine Sprachlosigkeit gegenüber wichtigen Fragen

gesellschaftlicher Ungleichheit, die im offiziellen Diskurs verhandelt werden, sondern auch ein gewisser Konservatismus: Aus der richtigen Skepsis gegenüber dem Kult der Disruption und einer Fokussierung darauf, das Alte im Neuen wiederzuerkennen, bleiben die Form und das Ausmaß des Wandels unbestimmt.²

Die Debatte über solche Deutungen ist in vollem Gange und viele AutorInnen haben jeweils Überlegungen zu einer solchen Bündelung der empirischen Befunde vorgelegt (Baethge-Kinsky u. a. 2018; Buss u. a. 2021; Butollo u. a. 2018b; Hirsch-Kreinsen 2018a; Kirchner u. a. 2020). Aus unserer Sicht sollten diese Versuche darauf abzielen, die mit der Digitalisierung verbundenen Veränderungen auf Ebene der Produktionsmodelle von Unternehmen systematisch in die Analyse der Arbeitsebene miteinzubeziehen. Digitalisierung betrifft nicht nur Arbeitsmittel und -medien (Robotik, Assistenzsysteme etc.), sondern insbesondere die unternehmensinterne und -übergreifende Vernetzung von Prozessen sowie Transformationen auf Ebene von Produkten und Geschäftsmodellen. Die Mikropolitik der Gestaltung der Arbeitsprozesse sollte im Kontext des Wandels von Märkten und Sektoren sowie der Veränderung von Unternehmensstrategien reflektiert und gedeutet werden.

2 Die Schwierigkeiten der theoretischen Bündelung

Die Aufgabe, empirisch fundierte Deutungen zu den „großen Fragen“ der Digitalisierungsdebatte beizusteuern, ist allerdings nicht leicht zu lösen. Wenig vielversprechend erscheinen Ansätze, die disparaten Effekte des soziotechnischen Wandels über einen Kamm zu scheren, indem aktuelle Formen der Digitalisierung etwa zu *einem* spezifischen Rationalisierungsparadigma oder *dem einen* Ausdruck reeller Subsumtion erklärt werden. Auch die bisherigen Versuche, das Digitale als eine neue Spielart des Kapitalismus zu fassen bzw. sie darin einzuordnen (Pfeiffer 2021; Srnicek 2017; Staab 2019), bleiben unserer Ansicht nach unzureichend – wenngleich sie die theoretische Debatte dadurch inspirieren, dass sie Deutungen zu wichtigen Kernelementen aktueller Transformationen vorlegen. Diese Theorieentwürfe fokussieren auf bestimmte Teilaspekte (Plattformen, algorithmische Steuerung, Distributivkräfte) der Digitalisierung, ohne solche Gegenstandsbereiche ausreichend empirisch zu kontextualisieren.

Konzepte des „Plattformkapitalismus“ bzw. des „Digitalen Kapitalismus“ (Srnicek 2017; Staab 2019) stellen unseres Erachtens primär die Analyse digitaler Geschäftsmodelle eines spezifischen Unternehmenstypus – vor allem der Plattform- und Tech-Unternehmen – dar. Sie thematisieren zwar weitreichende makroökonomische Effekte, beschäftigen sich aber kaum mit Veränderungen der Wertschöpfung jenseits der Plattformökonomie. Pfeiffers theoretische Deutung „des Neuen“ der Digitalisierung als die Entfaltung der Distributivkräfte ist diesbezüglich ambitionierter, da sie am ehesten den Anspruch formuliert, das Verhältnis von Veränderungen in der Distributionssphäre mit bestehenden Akkumulationsmustern zu bestimmen. Ihre Analyse bleibt jedoch ebenfalls bei einer Deutung der Phänomene, die als neu ausgemacht

² Beispielsweise indem übersehen wird, dass auch radikale Transformationen einen graduellen Charakter aufweisen können (Dolata 2011a) bzw. schon das Vergangene deutliche Effekte auf Arbeit zeitigen kann, die nun zwar inkrementell, aber nicht weniger wirkmächtig fortgeführt werden (Tullius 2020).

werden, stehen und liefert keine Synthese in Bezug auf Verschiebungen in den Produktionsmodellen verschiedener Industriezweige. Das Neue wird zudem ausschließlich auf Ebene der Distributivkräfte verortet, wobei die Abgrenzung zum klassischen Begriff der „Produktivkräfte“ nicht immer einleuchtet (es gilt beispielsweise jede Technologie zur Steuerung von Produktionsprozessen als Teil der Distributivkräfte). Bei allen genannten Theorien liegt die Aufmerksamkeit außerdem auf der Ebene der Geschäftsmodelle bzw. Unternehmensstrategien. Die Veränderungen der Arbeitswelt sind eher randständig und die Befunde hierzu bleiben selektiv. Pfeiffer postuliert die zunehmende Bedeutung von Tätigkeiten, die mit der Entwicklung der Distributivkräfte zusammenhängen. Ihre Analyse zeigt aber indirekt auch, dass deren Anteile an der Gesamtbeschäftigung seit den 1990er Jahren relativ konstant sind, was die eigene These etwas relativiert (2021: 254–265).

Ansätze, in denen die digital vermittelte Steuerung von Arbeit mit Begriffen wie „digitaler Taylorismus“ (Altenried 2017; Butollo u. a. 2018a), „algorithmisches Management“ (Kellogg u. a. 2020) oder „Kontingenzarbeitskraft“ (Nachtwey/Staab 2020) umrissen wird, wollen aus durchaus relevanten Phänomenen ein Epochenmerkmal machen, ohne sich systematisch um die Verallgemeinerbarkeit der Befunde zu kümmern. Offen bleibt, wie solche Diagnosen zu existierenden Forschungsbefunden passen, in denen beispielsweise herausgearbeitet wurde, dass in den letzten Jahrzehnten eher Formen indirekter Leistungskontrolle (also nicht direkter Überwachung individueller Arbeitsleistung) an Bedeutung gewonnen haben (Kirchner u. a. 2020; Menz u. a. 2019).

Angesichts dieser Schwierigkeiten verfolgen viele Studien eine andere Strategie: Sie verharren auf der betrieblichen Ebene und analysieren dort Folgen und Belastungen für Beschäftigte durch erweiterten Technikeinsatz. Diese häufig als Fallstudien durchgeführten Untersuchungen bleiben aber gegenüber Entwicklungen bzw. Verschiebungen auf der überbetrieblichen Ebene weitgehend stumm. Eine theoretische Deutung oder Interpretation gesellschaftlicher Entwicklung findet sich oft nur in Ansätzen.

Wir sehen gegenwärtig einen Mangel an theoretischen Deutungen „mittlerer Reichweite“, die nicht versuchen, aus Einzelbefunden gleich gesellschaftliche Formationsbegriffe zu bilden, die aber über die Feststellung der prinzipiellen Gestaltungsoffenheit oder Nicht-Determiniertheit von soziotechnischen Systemen hinausgehen. Es bedarf unserer Ansicht nach jedoch genau solcher Ansätze, um die aktuelle Transformation der Arbeitswelt und die Rolle digitaler Technologien darin, angemessen zu erfassen: Gesucht sind Perspektiven, die es ermöglichen, digital vermittelte Strukturveränderungen und einen Wandel in Unternehmensstrategien, mit Veränderungen der betrieblichen Aushandlungs- und Gestaltungsprozesse zusammenzudenken.

3 Zeitdiagnostische Eckpunkte für ein Verständnis der Digitalisierung der Arbeitswelt

Der Ausgangspunkt unserer Argumentation ist nicht die Beschaffenheit der (digitalen) Technik an sich, sondern ein Verständnis dafür, wie sie von Akteuren mit spezifischen Strategien in bestehende Akkumulationsmuster eingefügt wird, was wiederum zur Folge haben kann,

dass diese Akkumulationsmuster modifiziert und möglicherweise transformiert werden (vgl. Pfeiffer 2021). Damit verschiebt sich der Fokus von einer Diskussion um das Verhältnis von Digitalisierung und Arbeit auf eine Zeitdiagnose in Bezug auf Akkumulationsstrategien, die nicht nur das *Movens* für den Technologieeinsatz darstellen, sondern auch die betrieblichen Gestaltungsfelder entscheidend prägen.³ Betriebliche Aushandlungsprozesse, so unsere Überzeugung, erhalten eine spezifisch historische Gestalt in Reaktion auf Verschiebungen auf all den genannten Ebenen.⁴

Um solche Zusammenhänge besser fassen zu können, halten wir das Konzept des „Produktionsmodells“ (Boyer/Freyssenet 2003) für hilfreich. Der Vorzug dieses Ansatzes besteht darin, dass er die Ebenen der Unternehmensstrategien („Produktpolitik“), der Prozessorganisation und der Arbeitsbeziehungen miteinander in Beziehung setzt. Die Kernidee ist, dass Unternehmen in Aushandlungsprozessen zwischen unterschiedlichen Akteuren innerhalb des Unternehmens (Beschäftigte, Management, Betriebsrat/Gewerkschaften; unterschiedliche Funktionsbereiche im Unternehmen; diverse Beschäftigtengruppen) und außerhalb des Unternehmens (Zulieferer, Kunden etc.) sogenannte Governance-Kompromisse und ein Produktionsmodell entwickeln müssen, das eine funktionierende Produktstrategie, Prozessorganisation und eben Arbeitsbeziehungen verbindet. Im Unterschied beispielsweise zur *Labour Process Theory* (Edwards 1980; Thompson 1989) sind die Managementstrategien im Hinblick auf die Arbeitsbeziehungen nicht nur durch die Machtbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit geprägt⁵, sondern auch durch die Produktpolitik und die Art der Prozessorganisation.

Produktionsmodelle sind in bestimmte Akkumulationsregime und Regulierungsweisen eingebettet. Die Produktpolitik und Prozessorganisation der Unternehmen sind Antworten auf die Marktbedingungen, die die Unternehmen in einem Akkumulationsregime vorfinden. So repräsentierte beispielsweise der Ansatz der diversifizierten Qualitätsproduktion eine Antwort auf die Rahmenbedingungen, die Automobil- und Maschinenbauunternehmen in Deutschland vorfanden und die sie zu einer Upmarket-Strategie führten (Krzywdzinski 2014; Sorge/Streeck 2018). Zugleich sind Produktionsmodelle einem stetigen Wandel unterworfen, genauso wie die Akkumulationsregime und Regulationsweisen, in die sie eingebettet sind (Jürgens 2004).

Der Begriff der Produktionsmodelle kann dazu dienen, Zusammenhänge zwischen Arbeitsprozessen auf betrieblicher Ebene, Unternehmensstrategien sowie Akkumulationsregime zu identifizieren. Dieses Unterfangen ist mit der Herausforderung einer arbeitssoziologischen Vermessung unterschiedlicher Bereiche der Arbeitswelt verknüpft. Nur wenn es gelingt, die

³ Wir greifen dabei den Vorschlag von Wolfgang Menz (2021: 20) auf, dass die Arbeitssoziologie einen Beitrag zur Fundierung von zeitdiagnostischen Gesellschaftsbeschreibungen leisten solle, und stimmen ihm auch darin zu, dass Zeitdiagnose „nicht automatisch Umbruchs- oder gar Krisendiagnose“ sein muss.

⁴ Dabei ist nicht davon auszugehen, dass es jeweils historisch spezifische „Silver Bullets“ oder „One-best-way“-Ansätze gibt. Vielmehr zeigt die Forschung der letzten Jahrzehnte, dass Produktionsmodelle zwar stets neue (auch technologische) Optionen integrieren, dies aber weniger in klaren und unidirektionalen Prozessen geschieht, sondern vielmehr in konflikthaften und mehr durch Kompromiss als Dominanz charakterisierten Aushandlungsprozessen (Boyer u. a. 1998; siehe auch Faust/Kädtler 2018; Funder u. a. 2017).

⁵ Diese Selbstbeschränkung war jedoch wiederholt Gegenstand von Kontroversen und es wurden inzwischen etliche Versuche unternommen, sie zu überwinden (vgl. für einen frühen Versuch z. B. Kelly 1985; für neuere Ansätze, die LPT stärker mit politökonomischen Ansätzen oder Konzepten globaler Wertschöpfungsketten und -netzwerke zu kombinieren, siehe beispielsweise Hauptmeier/Vidal 2014; Newsome 2015).

Vielfalt der Entwicklungen in Form von empirisch gesättigten Sektorstudien in den Blick zu nehmen, können zeitdiagnostische Deutungen präzisiert und – so unsere These – Bezüge zwischen der Vielzahl von Betriebsfallstudien mit Anwendungsbezug und gesellschaftstheoretischen „großen Würfeln“ hergestellt werden. Dadurch könnte es möglich sein, zu einer Gesamtschau zu kommen, die Antworten auf die virulenten Fragen im öffentlichen Digitalisierungsdiskurs geben kann, weil sie Verallgemeinerungen zulässt, ohne die Varianz und Gestaltungs-offenheit der Entwicklungen zu unterschlagen.

Wir wollen die Nutzung des Produktionsmodell-Begriffs im Folgenden illustrieren. Wir gehen dabei von Veränderungen der Produktionsmodelle im Bereich der Prozessorganisation und der Produktpolitik aus und diskutieren die Verbindung mit Digitalisierungsstrategien sowie potentiellen Auswirkungen auf Arbeitsbeziehungen als die dritte Dimension des Produktionsmodells. Diese werden in den folgenden Unterkapiteln dargestellt.

Dimension des Produktionsmodells	Dimension der Digitalisierung	Auswirkungen auf Arbeitsbeziehungen
Prozessorganisation	Automatisierung (z. B. neue Robotik-Konzepte wie collaborative robots; robotic process automation)	in direkten Bereichen: Veränderungen von Rolleninhalten und Qualifikationsanforderungen in indirekten Bereichen: Veränderung von Rollen, aber auch Substitution von Arbeit
	Systemische Rationalisierung (cyber-physische Systeme/IoT, Kooperation in der Cloud)	Verstärkte Vermarktlichung: Kopplung zwischen Marktanforderungen, Prozessorganisation und Arbeit; digital vernetzte Arbeit (auch Plattformarbeit)
Produktpolitik	Digitale Geschäftsmodelle (digital services, plattformbasierte customization von Produkten)	Wandel der Beschäftigungsstrukturen (zunehmende Bedeutung von IT-bezogenen Berufsfeldern); Veränderungen der Arbeitsorganisation
	Distribution (Nutzbarmachung von Kunden-/Lifecycle-Daten; digitale Vertriebsplattformen)	in indirekten Bereichen: Wandel der Beschäftigungsstrukturen (zunehmende Bedeutung von IT-bezogenen Berufsfeldern) in direkten Bereichen (Logistikarbeit): zunehmende Rationalisierung und Kontrolle der Arbeit

Überblick: Digitale Modifikationen von Produktpolitik und Prozessorganisation

Prozessorganisation I: Digitalisierung als Automatisierungstechnologie

Sicherlich ist die Automatisierung von Arbeitsprozessen ein wichtiges Element von Produktionsmodellen der Industrie. In Deutschland und vielen anderen Ländern führt das hohe Lohnniveau und die Konkurrenz mit Niedriglohnstandorten dazu, dass viele Prozesse nur stark automatisiert wettbewerbsfähig sind (vgl. Schwarz-Kocher u. a. 2019); aber auch Länder wie China durchlaufen einen Prozess nachholender Automatisierung (Butollo/Lüthje 2017). Allerdings erfolgt die Entwicklung der Automatisierung durchaus nicht so disruptiv, wie sie in einschlägigen Publikationen (Brynjolfsson/McAfee 2014; Frey 2019) dargestellt wird. In der Industrie ist Automatisierung seit langem ein kontinuierlicher Prozess. Zwar gab es in der

Vergangenheit durchaus Automatisierungsschübe, etwa im Kontext der Einführung von CNC-Werkzeugmaschinen oder dem Einzug der Roboter in den Karosseriebau von Automobilwerken. Im Moment ist jedoch kein radikaler Schub zu beobachten. Nimmt man das Beispiel der Automobilindustrie, so waren die letzten 30 Jahre durch eine graduelle Automatisierung der Produktion gekennzeichnet, die allerdings insbesondere in den von manueller Arbeit geprägten Montagebereichen nur begrenzte Fortschritte gemacht hat (Krzywdzinski 2021).

Barrieren der Automatisierung liegen dabei oftmals nicht nur in den Grenzen der Technik, sondern auch in dem Trend der Produktdifferenzierung und der steigenden technischen Komplexität der Produkte begründet (ebd.). Ansätze einer flexibleren Automatisierung, die qualitativ über die bereits in den letzten Dekaden etablierten Verfahren hinausgehen, bleiben bislang eine Randerscheinung. Sowohl der Einsatz von Leichtbaurobotern (Pfeiffer 2019) als auch die teils als Kern der „Industrie 4.0“ interpretierte flexible Verkettung variabler Produktionsinseln (Krzywdzinski/Butollo i. E.) bleiben bislang begrenzt. Hemmnisse in diesen Bereichen bestehen u. a. aufgrund der notwendigen organisationalen Innovationen und der Schwierigkeit, einen deutlichen ökonomischen Mehrwert gegenüber etablierten Verfahren zu generieren (Butollo/de Paiva Lareiro 2020).

Ein etwas anderes Bild zeigt sich in den indirekten Bereichen der Produktion und in weiten Feldern der Dienstleistungsarbeit. Das Schwergewicht der Prozessrationalisierungsstrategien in der Automobilindustrie hat sich beispielsweise in den letzten Jahren auf Funktionen der Entwicklung, Konstruktion und Planung verlagert (Krzywdzinski 2021). Ansätze wie etwa Technologien der vorausschauenden Wartung erfassen nun auch vormals rationalisierungsresistente Bereiche (Baethge-Kinsky u. a. 2018; Butollo u. a. 2018b), wobei hier ebenfalls noch eine Kluft zwischen Technologieversprechen und tatsächlicher Implementierung existiert (Baethge-Kinsky u. a. 2018). Automatisierung und Rationalisierung stoßen auf Grenzen, die nicht nur durch die begrenzte Leistungsfähigkeit der Technik definiert sind, sondern durch die zunehmende Komplexität der jeweiligen Felder, in denen die Bedeutung menschlichen Arbeitsvermögens tendenziell zunimmt. Dennoch zielen die Unternehmensstrategien auf die Reorganisation und Restrukturierung dieser Tätigkeitsfelder und können Veränderungen in Tätigkeitsschwerpunkten wie Arbeitsinhalten nach sich ziehen.

Angestellentätigkeiten in der Sachbearbeitung und der Verwaltung sind aufgrund der zunehmenden Verbreitung digitaler Anwendungen zur technischen Rationalisierung von Steuerung und Organisation geradezu ein Experimentierfeld von Automatisierungsbemühungen geworden. Das betrifft beispielsweise die Substitution von Sachbearbeitungstätigkeiten im Finanzdienstleistungssektor (Tullius 2020) und die Substitution (oder Unterstützung) von Tätigkeiten im Kundenkontakt durch Chatbots (Fregin u. a. 2020).

Prozessorganisation II: Digitalisierung als Organisationstechnologie

Ein ganz zentrales Element des gegenwärtigen Wandels von Produktionsmodellen scheint uns die verstärkte Nutzung digitaler Organisationstechnologien zu sein. Hartmut Hirsch-Kreinsen fasst darunter in Rückgriff auf die Computerstudien am Frankfurter Institut für Sozialforschung:

„Planungs-, Steuerungs- und Kontrollverfahren, die früher organisatorisch erbracht worden sind. [Die Organisationstechnologie] setzt sie in Daten und Informationen über einen

anzustrebenden Produktionsablauf um und steuert auf diese Weise nicht mehr allein Arbeit, sondern den Produktionsprozess mit seinen technischen, sozialen und organisatorischen Elementen in seiner Gesamtheit, d. h. sowohl in der betrieblichen als auch überbetrieblichen Dimension“ (Hirsch-Kreinsen 2018b: 16).

Im Zuge einer zunehmenden Ausdifferenzierung der Konsumentenmärkte, der Beschleunigung von Innovationszyklen und dem damit einhergehenden Zwang zur Flexibilisierung der Produktionsprozesse (analog: des Dienstleistungsangebots) dient die Digitalisierung als Organisationstechnologie einer dynamischen und effizienten Anpassung der vorhandenen Kapazitäten an die jeweilige Marktlage (Hirsch-Kreinsen 2018b). Dieses Rationalisierungsziel ist als *Moving Target* zu verstehen, das gegenwärtig erhöhte Aufmerksamkeit in den Unternehmensstrategien erfährt. Hirsch-Kreinsen (2018b: 17) argumentiert, dass „Industrie 4.0 Systeme [...] vielfach auf die zeitliche und sachliche Optimierung der vorhandenen Prozessstrukturen bei ihrer gleichzeitigen Flexibilisierung“ abzielen. In diesem Sinne führt das Paradigma der Industrie 4.0 auch wesentliche Rationalisierungsziele der *Lean Production* fort, auch wenn sich solche Parallelen nicht auf die starke Bedeutung der Beteiligung der Beschäftigten an der kontinuierlichen Prozessverbesserung erstrecken, die diesem Konzept zumindest in der Theorie innewohnen (Butollo u. a. 2018b; Schwarz-Kocher/Salm 2016).

Die zunehmende Bedeutung ganzheitlicher Steuerung und Vernetzung der Teilprozesse in verzweigten Unternehmen und Wertschöpfungsketten wurde in der deutschen Arbeits- und Industriosozologie mit dem Begriff der „systemischen Rationalisierung“ gefasst (Altmann u. a. 1986; Baethge/Oberbeck 1986). Damit öffnete sich die vormals primär am (Einzel-) Arbeitsprozess ausgerichtete Forschung stärker der Thematisierung von Veränderungen in globalen Wertschöpfungsketten und den Folgen der Restrukturierung der überbetrieblichen Arbeitsteilung auf die Beschäftigten (Sauer/Döhl 1994). Angesichts der Bedeutung von digitalen Technologien als Organisationstechnologien sehen wir es als erforderlich, stärker an diese Ansätze systemischer Rationalisierung anzuknüpfen, die auf die Vermittlung zwischen Markt- und Produktionsökonomie fokussieren.

Auch aus dieser Perspektive erweist sich die digitale Transformation der Industrie zunächst als ein inkrementeller und zudem mit zahlreichen Widersprüchen behafteter Wandel.⁶ Allerdings lässt sich ebenfalls konstatieren, dass die datenbasierte Integration von Teilprozessen in Wertschöpfungsnetzwerken jüngst einen höheren Stellenwert in Unternehmensstrategien verschiedener Branchen einnimmt. Plattformlösungen für die Industrie wie die von VW und AWS initiierte *Automotive Cloud* oder das Projekt *Catena X* unter Federführung des BMWi zielen eben auf die Herstellung erhöhter Transparenz und Steuerungsfähigkeit der Industrie. Grundlage dafür ist, dass der Technologieschub im Bereich des Internets der Dinge und der so genannten Künstlichen Intelligenz ebensolche Monitoring-, Modellierungs- und Steuerungspotenziale in höherer Auflösung und bei annähernder zeitlicher Synchronisierung bietet (Ziegler 2020). Insofern benennen die Versuche, den gegenwärtigen Einsatz digitaler Instrumente als Organisationstechnologie unter „Systemische Rationalisierung 2.0“ (ebd.) oder „4.0“ (Buss

⁶ Wenn in der Industrie 4.0-Diskussion die „Losgröße 1“ ohne wesentlichen Mehraufwand gegenüber der standardisierten Massenproduktion als greifbares Ziel an die Wand gemalt wird, so zeigen aktuelle Anwendungsfelder eher die Grenzen solcher Möglichkeiten auf. Das Leitbild „Industrie 4.0“ unterschlägt zudem die Kontinuität dieses Rationalisierungsparadigmas.

u. a. 2020) zu fassen, eine wichtige Dimension der digitalen Transformation. Ungeklärt bleibt hierbei jedoch, worin genau die neue Qualität bestehen soll, die diese Bezifferung rechtfertigt.

Die Frage nach den Folgen solcher systemisch angelegten Rationalisierungsansätze auf die Arbeitswelt ist komplex. Schon die ursprüngliche Debatte zu diesem Thema kulminierte in der Erkenntnis, dass die arbeitsorganisatorischen Konsequenzen der systemischen Rationalisierung „unbestimmt“ seien (Hirsch-Kreinsen 2018b: 21).⁷ Allerdings sollte „Unbestimmtheit“ nicht so verstanden werden, dass sich keine Zusammenhänge zwischen systemischer Rationalisierung und dem Arbeitsprozess identifizieren lassen – nicht im Sinne eines Ableitungsverhältnisses, sondern einer relativen Autonomie des Arbeitsprozesses, der aber sehr wohl Bedingungen unterliegt, die sich aus Strukturveränderungen der Wertschöpfungssysteme und -netze ergeben. Wir sehen prägende (aber nicht determinierende) Zusammenhänge zwischen Strategien der systemischen Rationalisierung, Digitalisierung und Arbeit in mehreren Bereichen:

1. Es gibt Arbeitsfelder von ungebrochener oder gar zunehmender Bedeutung, in denen eine direkte Kopplung zwischen Marktanforderungen und Arbeitsprozess vorherrschend ist. Deutliche Beispiele dafür sind große Teile der Lager- und Transportlogistik, aber auch andere Felder der Einfacharbeit, für die der Begriff digitaler Taylorismus durchaus Berechtigung hat (Butollo u. a. 2018a; Butollo/Koepp 2020; Jaehrling 2019). Hier werden digitale Technologien mit der Zielsetzung einer verstärkten Vermarktlichung von Arbeit genutzt.
2. Auch der Bereich der Plattformarbeit steht für die Unterwerfung von Arbeitsprozessen unter Marktbedingungen, wenngleich die Kontrollregime der Plattformen durchaus komplex sind (Gerber/Krzywdzinski 2019). Plattformen treiben nicht nur die Vermessung bzw. Quantifizierung der Arbeit voran, sondern stehen auch für eine bruchlose Übersetzung zwischen Marktanforderungen und konkreten Arbeitsschritten.
3. Schließlich wirkt sich die Nutzung von digitalen Organisationstechnologien ebenfalls in den sogenannten indirekten Bereichen aus, etwa in der Ingenieursarbeit. Die Einführung „agiler“ Arbeitsformen und ihre Unterstützung durch Kollaborationssoftware sind seit langem Thema in vielen Unternehmen und haben im Kontext der COVID-19-Pandemie an Bedeutung gewonnen. Der standort- und unternehmensübergreifende Einsatz der kollaborativen Anwendungen ermöglicht dabei eine stärkere Vernetzung der Beschäftigten und Teams mit ihren Kunden und schafft auch eine höhere Transparenz von Arbeitsprozessen. Es ist derzeit umstritten, inwieweit durch diese Entwicklung eine verstärkte Rationalisierung und Vermarktlichung der Arbeit stattfindet. Das Spektrum

⁷ Der Grund dafür sei, damals wie heute, die zunehmende zeitliche und funktionale Entkopplung (die LPT spricht hier von „relativer Autonomie“ – ein Begriff, der eher ein Forschungsprogramm als eine Definition darstellt) von Arbeitsprozess und technischen Anlagen (vgl. Hirsch-Kreinsen 2020; Pfeiffer 2010) sowie die Tatsache, dass sich Rationalisierungsbemühungen weniger auf Teilprozesse und -arbeiten richten, sondern eben auf die Regulation der betrieblichen und überbetrieblichen Wertschöpfung (Hirsch-Kreinsen 2018b: 21). Eine unidirektionale und eindeutige Subsumtion der Arbeit unter eine (systemische) Rationalisierungslogik könne also nicht verzeichnet werden. Analog dazu hat die jüngere arbeitssoziologische Diskussion die indirekte Steuerung nach Kennzahlen als ein Charakteristikum kontemporärer Kontrollformen von Arbeit herausgearbeitet und bringt diese Erkenntnis gegen unterkomplexe Thesen in Stellung, die die Digitalisierung maßgeblich als ein Instrument zur Kontrolle der individuellen Arbeitsleistung interpretieren (vgl. Menz u. a. 2019).

der Möglichkeiten reicht vom „digitalen Fließband“ in der Büroarbeit bis hin zur Entwicklung selbstorganisierter, netzwerkartiger Organisationsformen (vgl. Boes u. a. 2018; Hardwig/Weismann 2020). In einigen Bereichen, so immer wieder die Klage von Betriebsräten und Gewerkschaftern, mache sich jedenfalls ein verstärkter Rationalisierungsdruck bemerkbar. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, dass die Nutzung von digitalen Organisationstechnologien auch in den indirekten Bereichen zu einer „strukturellen Herrschaft der Prozessnotwendigkeit“ führt (Schwarz-Kocher/Salm 2016: 18), in der die Anforderungen vor- und nachgelagerter Prozesse bzw. der Kunden zu einem Treiber der Rationalisierung werden.

Produktpolitik I: Die Veränderung von Geschäftsmodellen

Während die digitalisierungsbedingten Veränderungen der Prozessorganisation eher graduellen Charakter haben, hat die Transformation von Geschäftsmodellen in den letzten Jahren zu drastischen Veränderungen in verschiedenen Sektoren geführt. Paradigmatisch sind hier vor allem die Umwälzungen in der Medienindustrie und Handybranche (Dolata 2011b; Thun/Sturgeon 2017). Im ersten Fall wurden die etablierten Geschäftsmodelle des Verkaufs physischer Produkte (Tonträger, Videokassetten etc.) durch den flexiblen Zugriff auf digitale Inhalte abgelöst. Im zweiten Fall wurde der Verkauf von Hardware an den Zugang zu einem Ecosystem von Softwareanwendungen gekoppelt, deren gebündelte und nach Kundenbedarf wählbare Funktionalitäten erst den Gebrauchswert des Hardwareprodukts ausmachen. In beiden Industrien waren diese Veränderungen auch von einer Disruption der bisherigen Akteurslandschaft geprägt, die den Aufstieg von Firmen wie Amazon, Netflix und Apple (als Handyproduzenten) markierten (Cusumano u. a. 2020; Grabher/van Tuijl 2020; Kenney/Zysman 2016).

Ähnliche Prozesse strahlen in dem Maß auf die Strukturen der verarbeitenden Industrie aus, in dem die Funktionalitäten eines Produktes durch Software aufgewertet werden können. Im deutschen Maschinenbau verbreitet sich z. B. zunehmend die Überzeugung, dass „sich auf die Dauer mit Hardware alleine kein Geld mehr verdienen lasse“ (so der Vertreter eines führenden Anlagenbauers), auch weil die Produkte der asiatischen Konkurrenz sich immer weniger von den Premiumprodukten deutscher Fabrikation unterscheiden. Ebenso in der Automobilindustrie wird die Software immer mehr zu einem wettbewerbsentscheidenden Faktor (Deloitte 2018; Roland Berger 2020). Selbst in den Kernbereichen der verarbeitenden Industrie gibt es das Bestreben, sich vom Fertigungsspezialisten zum Softwareproduzenten zu wandeln oder zumindest beide Rollen miteinander zu kombinieren (Krzywdzinski/Butollo i. E.).

Dieser Wandel hat zwei wesentliche technische Neuerungen zur Grundlage: die Verfügbarkeit des Cloud Computing als Distributionsinfrastruktur von digitalen Inhalten und die Verbreitung des Internets der Dinge (IoT) zur Verknüpfung von Hardware- und Online-Welt. Dadurch ist es den Kunden einerseits möglich, auf eine neue Art und Weise flexibel digitale (oder auch in der „physischen“ Welt erbrachte) Services zu buchen. Andererseits können Unternehmen den Gebrauch (beispielsweise eines Fahrzeugs oder einer Maschine) präzise in Rechnung stellen (Acatech 2015; Zysman u. a. 2011).

Die veränderten Konkurrenzverhältnisse in jenen Branchen, in denen digitale Services eine Rolle spielen, haben erhebliche Konsequenzen für die Strategien der dort operierenden Un-

ternehmen. Alexander Ziegler (2020) beschreibt in seiner Fallstudie eines deutschen Mischkonzerns einen Strategiewandel von der kontinuierlichen Verbesserung etablierter Hardwareprodukte hin zur Bereitstellung von Softwareangeboten über eine eigene IoT-Plattform. Diese Entwicklungen verlaufen neben den in den vorherigen Abschnitten beschriebenen Ansätzen der Prozessrationalisierung und werden somit von der traditionell auf den Arbeitsprozess fokussierten Arbeits- und Industriosozio­logie kaum erfasst. Damit aber – so auch Zieglers Kritik (2020: 56–103) – geraten wesentliche Elemente der Unternehmensstrategie, die unweigerlich auf betriebliche Verhältnisse zurückwirken, aus dem Blick.

Die Wechselwirkungen zwischen dem Wandel der Unternehmensstrategien in Folge der Verbreitung digitaler Geschäftsmodelle und den Veränderungen der Arbeitsbeziehungen können wie folgt beschrieben werden:

1. Durch den Aufstieg von Tech-Unternehmen, deren Kernkompetenz im Bereich der Bereitstellung von Software liegt, werden traditionelle Unternehmen in Industrie, Handel und einigen Dienstleistungen herausgefordert. Die neuen Logiken der Konkurrenz erschüttern die traditionellen Hierarchien in diesen Sektoren und können den relativen Abstieg ehemaliger Weltmarktführer nach sich ziehen, der auch auf die dort Beschäftigten ausstrahlt. In der Medienindustrie, der Handybranche, dem Einzelhandel und womöglich bald der Automobilindustrie greift es zu kurz, die Auswirkungen der digitalen Transformation lediglich als inkrementellen Wandel zu begreifen.
2. Diese Veränderungen begünstigen auch eine Neuzusammensetzung der Belegschaften. Es nimmt nicht nur der Bedarf an IT- und Softwarekompetenzen zu, vielmehr wandeln sich viele Berufsfelder zu Hybriden, in denen domänenspezifisches Wissen (z. B. Verständnis traditioneller Automatisierungstechnik) und Software-Expertise neu austariert werden (Pfeiffer u. a. 2016; Windelband/Dworschak o. J.). Die Herausforderungen der Geschäftsmodelltransformation resultieren auch in neuen Strategien der Arbeitskraftnutzung, etwa durch neue Formen der Arbeitsorganisation in der Entwicklungsarbeit oder verstärkte Bildung crossfunktionaler Teams und Einheiten, die auf die stärkere Integration von Wissensbeständen im Unternehmen zielt (Ziegler 2020; Krzywdzinski/Butollo i. E.).

Produktpolitik II: Digitalisierung und Distribution

Der Wandel von Geschäftsmodellen und Produktmärkten, der mit dem Begriff „digital Services“ verknüpft ist, hat auch Auswirkungen auf die Sphäre der Distribution. Auf Grundlage der Generierung bzw. Akquirierung von Nutzerdaten entstehen hier neue Möglichkeiten bezüglich der zielgerichteten Bereitstellung von Werbung und Marketing. Parallel und komplementär dazu steigt die Bedeutung von Technologien zum Transport und zur Lagerung sowie zur Steuerung und Prognose der Logistikprozesse (Krzywdzinski/Butollo i. E.; Pfeiffer 2021; Ziegler 2020). Sowohl Philipp Staab als auch Sabine Pfeiffer interpretieren die gestiegene Bedeutung von Kundenschnittstellen und Distribution als Ausdruck der makroökonomischen Stagnationstendenzen, aufgrund derer die Besetzung knapperer Absatzpotenziale einen höheren Stellenwert einnimmt. Die datenbasierte Überwachung der Kundenpräferenzen gewinnt gerade aus diesem Grund an Bedeutung und ist der Rohstoff für eine gezielte Bedienung der

(durch Technik auch besser prognostizierbaren) spezifischen Nachfrage (vgl. Zuboff 2018).⁸ Das entscheidende Medium der Distribution sind digitale Plattformen. Sie werden durch (mehr oder weniger stark ausgeprägte) Netzwerkeffekte zu neuen Oligopolen und erlangen ihre Machtressourcen eben durch die Kontrolle der Kundenschnittstelle (Dolata 2015; Staab 2019), was mit einer erheblichen Verschiebung der Unternehmenslandschaft einhergeht.

Diese Strukturveränderungen, die je nach Beschaffenheit des Produkts und der Marktbeziehungen, auf verschiedene Sektoren ausstrahlen, sind in mehrfacher Hinsicht bedeutungsvoll für das Verhältnis von Digitalisierung und Arbeit:

1. Im Zusammenhang mit den im vorherigen Abschnitt skizzierten Veränderungen im Produktangebot und seiner Vermarktung stellt sich die Frage, wie sich das Verhältnis zwischen Tech- und etablierten Unternehmen dauerhaft gestaltet. Die Entwicklungen beispielsweise des Einzelhandels und der Mobilitätsbranche illustrieren das Ausmaß möglicher Verschiebungen, da hier plattformbasierte Geschäftsmodelle von Tech-Unternehmen wie Amazon und Uber etablierte Anbieter verdrängen.
2. Die Distributionssphäre und die damit befassten Bereiche der Arbeitswelt werden ihrerseits Gegenstand von Rationalisierungsstrategien. Das Ziel einer Reduktion von Umschlaggeschwindigkeiten und der allgemeinen Kostensenkung prägt beispielsweise die Produktionsmodelle in der Logistik, die einem ständigen Rationalisierungsdruck ausgesetzt ist (Butollo/Koepp 2020), weil kostengünstigere (oder gar kostenlose) Lieferung als Kundenversprechen eingesetzt wird. Insbesondere die in diesem Bereich aktiven Tech-Unternehmen sind Vorreiter einer technisch getriebenen Rationalisierung, die vor allem auf datengestützte Prognostik und direkte Kontrolle der Arbeitsleistung setzt.

4 Forschungsstrategische Ansatzpunkte

Unsere mit groben Pinselstrichen vorgetragene Zusammenschau von Kernaspekten der digitalen Transformation von Produktionsmodellen illustriert, dass Veränderungen auf Ebene der Prozessorganisation und der Produktpolitik systematisch in die Analyse miteinbezogen werden müssen, um konkrete Vermessungen der Folgen der Digitalisierung auf Arbeit und der Gestaltungsoptionen auf betrieblicher Ebene vornehmen zu können. Will die Arbeits- und Industriesoziologie ihre Diagnosefähigkeit in Bezug auf die gesellschaftlich virulenten Debatten um mögliche Folgen der Digitalisierung in der Arbeitswelt erhöhen, muss insbesondere der überbetriebliche Kontext stärker in den Blick genommen werden.

⁸ Pfeiffer (2021) ordnet auch die Bestrebungen einer stärkeren Diversifizierung der Produktion in dieses Bild ein: Die „Losgröße 1“ der Industrie 4.0-Diskussion sei primär eine kompetitive Strategie, die Absatzmärkte schneller und direkter zu bedienen und somit eine Erscheinungsform der „Distributivkraft“. Die Bedeutung der Distributionssphäre schwappe quasi in die Produktionsmodelle der Industrie hinein. Auch wenn diese Auffassung anregend ist, so wird damit eine Reihe von kategorialen Problemen aufgeworfen. Das Verhältnis der Begriffe „Produktiv-“ und „Distributivkraft“ bleibt unklar. Vor allem ordnet Pfeiffer jedoch neue Ansätze zur Steuerung und Prognose pauschal dem Begriff „Distributivkraft“ zu. Dies würde beispielsweise auch jene Pfade einer „systemischen Rationalisierung“ umfassen, die weiter oben beschrieben wurden. Solche Ansätze zur Rationalisierung von Wertschöpfungsketten sind aber kaum mit der leitenden These einer zunehmenden Bedeutung der Absatzstrategien in Einklang zu bringen, ohne sie zu verwässern.

Hierzu sollte einerseits an Traditionen der Disziplin angeknüpft werden, deren Gegenstand eben nicht nur der Arbeitsprozess im engeren Sinne, sondern (als *Industriesoziologie*) auch die Veränderungen im Kapitalverhältnis bzw. in den Verwertungsstrategien waren (z. B. bereits bei den „Klassikern“: Bechtle 1980; Bechtle/Lutz 1989; Jürgens 1984; Kern/Schumann 1977; Schumann u. a. 1994). Für diese theoretische Entwicklung benötigt es aber vermittelnder Begriffe. Eben solche sehen wir in den Konzepten der Produktionsmodelle und der Akkumulationsregime. Sie ermöglichen es, die Vielfalt der empirischen Phänomene zu ordnen und in einen Gesamtzusammenhang zu bringen – mit dem Ziel, ein breitflächiges Bild von sektorspezifischen Entwicklungspfaden und ihren Zusammenhängen mit den Veränderungen in der Arbeitswelt zu zeichnen. Außerdem ist auch eine Erweiterung des theoretischen und methodischen Werkzeugkastens erforderlich, um die Transformation von Geschäftsmodellen und Unternehmen überhaupt gebührend erfassen zu können (vgl. Ziegler 2020, aber ebenso die organisationssoziologische Kritik an der AIS bei Ortman u. a. 1997 sowie bei Faust u. a. 2005). Digitalisierung als Containerbegriff bzw. multifunktionale Technologie beeinflusst Arbeit über mehrere Ebenen (den Arbeitsprozess selbst, die Einbindung in Wertschöpfungsnetzwerke, den sektoralen Wandel etc.). Auf all diesen Ebenen haben wir es zudem nicht mit unidirektionalen und eindeutigen Wirkungsverhältnissen zu tun. Insofern erscheint uns, um den technologiefixierten Fehlannahmen des öffentlichen Diskurses eine Deutung *ex positivo* gegenüberzustellen, ein Vorgehen ratsam, das stärker versucht, Tendenzen und Muster auf sektoraler und Branchenebene zu verorten und in einen Zusammenhang zu bringen.

Wie herausgearbeitet, muss der Einsatz digitaler Technologien vor dem Hintergrund bestehender sektoraler Entwicklungen und Problemlagen verstanden werden. Digitale Technologien werden von Akteuren zur Lösung ihrer Probleme mit ganz unterschiedlichen Zielsetzungen genutzt. Die Ergebnisse müssen daher nicht auf die reine Reproduktion bisheriger Entwicklungen hinauslaufen, wenn z. B. neue Akteure versuchen, bestehende Branchenstrukturen und -grenzen aufzubrechen, sich damit Machtverhältnisse und dominante Geschäftsmodelle transformieren oder auflösen. Für die Analyse solcher Verschiebungen innerhalb der gesellschaftlich verfassten Arbeit erscheint uns die sektorale Ebene am besten geeignet, um den Spagat zwischen theoretischer Deutungsfähigkeit und gesättigter empirischer Arbeit zu bewältigen.

Die Debatte um eine theoretisch und empirisch fundierte Deutung der digitalen Transformation der Arbeitswelt zwischen zu groben Großtheorien und empirischer Unübersichtlichkeit erfordert daher eine empirische *Kartographie* aktueller Veränderungen. Die Frage, welche Aspekte gegebenenfalls paradigmatisch für die gegenwärtige Phase des Kapitalismus sind, sollte „von unten“ durch eine Zusammenschau der Empirie und Studien zu spezifischen Sektoren geklärt werden – mittels einer Forschungsprogrammatisierung, die systematisch versucht, die wechselseitigen Bezüge von Unternehmensstrategie, Prozessorganisation und Arbeitsverhältnissen (in ihrer sektoralen und regionalen Spezifik) in den Blick zu nehmen.

Literatur

- Acatech (2015): *Smart Service Welt: Recommendations for the Strategic Initiative Web-Based Services for Businesses*. Berlin.
- Altenried, Moritz (2017): Die Plattform als Fabrik. *Crowdwork, Digitaler Taylorismus und die Vervielfältigung der Arbeit*. PROKLA 47 (2): 175–192.
- Altmann, Nobert; Deiß, Manfred; Döhl, Volker; Sauer, Dieter (1986): Ein „Neuer Rationalisierungstyp“ – Neue Anforderungen an die Industriesoziologie“. *Soziale Welt* 37 (2/3): 191–207.
- Baethge, Martin; Oberbeck, Herbert (1986): *Zukunft der Angestellten. Neue Technologien und berufliche Perspektiven in Büro und Verwaltung*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Baethge-Kinsky, Volker; Kuhlmann, Martin; Tullius, Knut (2018): Technik und Arbeit in der Arbeitssoziologie – Konzepte für die Analyse des Zusammenhangs von Digitalisierung und Arbeit. *AIS. Arbeits- und Industriesoziologische Studien* 11 (2): 91–106.
- Bechtle, Günter (1980): *Betrieb als Strategie*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Bechtle, Günter; Lutz, Burkart (1989): Die Unbestimmtheit post-tayloristischer Rationalisierungsstrategie und die ungewisse Zukunft industrieller Arbeit – Überlegungen zur Begründung eines Forschungsprogramms. In: K. Düll; B. Lutz (Hg.): *Technikentwicklung und Arbeitsteilung im internationalen Vergleich*. Frankfurt a. M./New York: Campus, 9–91.
- Boes, Andreas; Kämpf, Tobias; Langes, Barbara; Lühr, Thomas (2018): „Lean“ und „agil“ im Büro. *Neue Formen der Organisation von Kopfarbeit in der digitalen Transformation*. Bielefeld: Transcript.
- Boyer, Robert; Charron, Elsie; Jurgens, Ulrich; Tolliday, Steven (1998): *Between Imitation and Innovation: The Transfer and Hybridization of Productive Models in the International Automobile Industry*. Oxford: Oxford University Press.
- Boyer, Robert; Freyssenet, Michel (2003): *Produktionsmodelle: eine Typologie am Beispiel der Automobilindustrie*. Berlin: EdSigma.
- Brynjolfsson, Erik; McAfee, Andrew (2014): *The second machine age: work, progress, and prosperity in a time of brilliant technologies*. First Edition. New York: W. W. Norton & Company.
- Buss, Klaus-Peter; Kuhlmann, Martin; Weißmann, Marliese; Wolf, Harald; Apitzsch, Birgit (2021) (Hg.): *Digitalisierung und Arbeit: Triebkräfte – Arbeitsfolgen – Regulierung*. Frankfurt a. M./ New York: Campus Verlag.
- Buss, Klaus-Peter; Oberbeck, Herbert; Tullius, Knut (2020): „Systemische Rationalisierung 4.0“ oder wie Wettbewerb und Geschäftsmodelle die Digitalisierung in Handel, Logistik und Finanzdienstleistungen prägen. *Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen an der Georg-August-Universität*.
- Butollo, Florian; Engel, Thomas; Fuchtenkötter, Manfred; Koepp, Robert; Ottaiano, Mario (2018a): Wie stabil ist der digitale Taylorismus? Störungsbehebung, Prozessverbesserungen und Beschäftigungssystem bei einem Unternehmen des Online-Versandhandels. *AIS. Arbeits- und Industriesoziologische Studien* 11 (2): 143–159.
- Butollo, Florian; Jürgens, Ulrich; Krzywdzinski, Martin (2018b): Von Lean Production zur Industrie 4.0. Mehr Autonomie für die Beschäftigten? *AIS. Arbeits- und Industriesoziologische Studien* 11 (2): 75–90. DOI: <https://doi.org/10.21241/ssoar.64864>.
- Butollo, Florian; Koepp, Robert (2020): Die doppelte Einbettung der Logistikarbeit und die Grenzen prekärer Beschäftigung. *WSI-Mitteilungen* 73 (3): 174–181. DOI: 10.5771/0342-300X-2020-3-174.

- Butollo, Florian; Lütjhe, Boy (2017): ‚Made in China 2025‘: Intelligent Manufacturing and Work. In: K. Briken; S. Chillas; M. Krzywdzinski; A. Marks (Hg.): *The New Digital Workplace: How New Technologies Revolutionise Work*. London: Red Globe Press, 52–61.
- Butollo, Florian; de Paiva Lareiro, Patricia (2020): Technikutopien und säkulare Stagnation: Der Kapitalismus als Treiber und Schranke des Digitalen. In: T. Sablowski; Z. Dellheim; A. Demirovic; K. Pühl; I. Solty (Hg.): *Auf den Schultern von Karl Marx*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 359–375.
- Cusumano, Michael A.; Yoffie, David B.; Gawer, Annabelle (2020): The future of platforms. *MIT Sloan Management Review* (61.3): 46–54.
- Deloitte (2018): *Disruption in the automotive industry. Enhancing the customer experience through connectivity*. London: Deloitte.
- Dolata, Ulrich (2011a): Soziotechnischer Wandel als graduelle Transformation. *Berliner Journal für Soziologie* 21 (2): 265–294. DOI: 10.1007/s11609-011-0153-0.
- Dolata, Ulrich (2011b): The Music Industry and the Internet: A Decade of Disruptive and Uncontrolled Sectoral Change. DOI: 10.18419/OPUS-5539.
- Dolata, Ulrich (2015): Volatile Monopole. Konzentration, Konkurrenz und Innovationsstrategien der Internetkonzerne. *Berliner Journal für Soziologie* 24 (4): 505–529. DOI: 10/ghdhqx.
- Edwards, Richards (1980): *Contested Terrain*. New York: Basic Books.
- Faust, Michael; Funder, Maria; Moldaschl, Manfred (2005): *Die Organisation der Arbeit*. München und Mering: Rainer Hampp Verlag.
- Faust, Michael; Kädtler, Jürgen (2018): Die Finanzialisierung von Unternehmen. *KZfSS. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70 (S1): 167–194. DOI: 10.1007/s11577-018-0543-9.
- Fregin, Marie Christine; Levels, Mark; de Grip, Andries; Kensbock, Julia (2020): KI-Einsatz in der Personalverwaltung: Der HR-Chatbot CARL und sein Einfluss auf Arbeitnehmer*innen und Arbeit. In: IBM; ver.di (Hg.): *Künstliche Intelligenz. Ein sozialpartnerschaftliches Forschungsprojekt untersucht die neue Arbeitswelt*, 49–61.
- Frey, Carl Benedikt (2019): *Technology Trap: Capital, Labor, and Power in the Age of Automation*. Princeton, New Jersey: Princeton Univers. Press.
- Funder, Maria; Faust, Michael; Moldaschl, Manfred (2017): Das (nicht nur) finanzialisierte Unternehmen – Ein konzeptioneller Vorschlag. In: M. Faust; H. Wolf; J. Kädtler (Hg.): *Finanzmarktkapitalismus? Der Einfluss von Finanzialisierung auf Arbeit, Wachstum und Innovation*. Frankfurt a. M: Campus, 33–99.
- Gerber, Christine; Krzywdzinski, Martin (2019): Brave New Digital Work? New Forms of Performance Control in Crowdwork. *Research in the Sociology of Work* (33): 121–143.
- Grabher, Gernot; van Tuijl, Erwin (2020): Uber-Production: From Global Networks to Digital Platforms. *Environment and Planning A: Economy and Space* 52 (5): 1005–1016. DOI: 10.1177/0308518X20916507.
- Hardwig, Thomas; Weismann, Marliese (2020): ‚New Work‘ dank kollaborativer Anwendungen? Arbeitsgestaltung als Treiber oder Hemmnis für neue Arbeitsformen. Vortrag auf der Konferenz ‚Digitaler Wandel, digitale Arbeit, digitaler Mensch?‘ Beitrag A 9.3., Berlin.
- Hauptmeier, Marco; Vidal, Matt (2014): *Comparative Political Economy of Work*. London: Palgrave Macmillan.
- Heßler, Martina (2016): Zur Persistenz der Argumente im Automatisierungsdiskurs. *Aus Politik und Zeitgeschichte* (18-19/2016): 17–24.

- Hirsch-Kreinsen, Hartmut (2018a): Das Konzept des Soziotechnischen Systems – revisited. *AIS. Arbeits- und Industriesoziologische Studien* 11 (2): 11–28.
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut (2018b): Arbeit 4.0: Pfadabhängigkeit statt Disruption. *Soziologisches Arbeitspapier* Nr. 52/2018. Dortmund: Technische Universität Dortmund.
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut (2020): *Digitale Transformation von Arbeit. Entwicklungstrends und Gestaltungsansätze*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Jährling, Karen (2019): Amazon ist kein Vorreiter. Zu den Tiefenstrukturen des ‚Digitalen Taylorismus‘ und verbleibenden Spielräumen kollektiver Interessenaushandlung. *Industrielle Beziehungen/The German Journal of Industrial Relations* 26 (2): 160–88.
- Jürgens, Ulrich (1984): *Arbeitspolitik. Materialien zum Zusammenhang von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit* (herausgegeben von F. Naschold). Opladen: Leviathan.
- Jürgens, Ulrich (2004): An Elusive Model – Diversified Quality Production and the Transformation of the German Automobile Industry. *Competition & Change* 8 (4): 411–423. DOI: 10.1080/1024529042000304437.
- Kellogg, Katherine C.; Valentine, Melissa; Christin, Angele (2020): Algorithms at Work: The New Contested Terrain of Control. *Academy of Management Annals* 14 (1): 366–410.
- Kelly, John (1985): Management's Redesign of Work: Labour Process, Labour Markets and Product Markets. In: D. Knights; H. Willmott; D. Collinson (Hg.): *Job Redesign: Critical Perspectives on the Labour Process*. Gower: Aldershot, 30–51.
- Kenney, Martin; Zysman, John (2016): The Rise of the Platform Economy. *Issues in science and technology* 32: 61–69.
- Kern, Horst; Schumann, Michael (1977): *Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kirchner, Stefan; Meyer, Sophie-Charlotte; Tisch, Anita (2020): Digitaler Taylorismus für einige, digitale Selbstbestimmung für die anderen? Ungleichheit der Autonomie in unterschiedlichen Tätigkeitsdomänen. DOI: 10.21934/BAUA:FOKUS20200626.
- Krzywdzinski, Martin (2014): How the EU's Eastern Enlargement Changed the German Productive Model. The Case of the Automotive industry. *Revue de la régulation* (15). DOI: 10.4000/regulation.10663.
- Krzywdzinski, Martin (2021): Automation, Digitalization, and Changes in Occupational Structures in the Automobile Industry in Germany, Japan, and the United States: A Brief History from the Early 1990s until 2018. *Industrial and Corporate Change*. DOI: 10.1093/icc/dtab019.
- Krzywdzinski, Martin; Butollo, Florian (i. E.): Combining experiential knowledge and artificial intelligence. The digital transformation of a traditional machine-building company. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Kuhlmann, Martin (2020): Digitalisierung & Arbeit – eine Zwischenbilanz aus arbeitssoziologischer Sicht. Tagung „Zukunft der Arbeit – gute Arbeit und gutes Arbeitsleben im digitalen Zeitalter“. Frankfurt, House of Labour.
- Menez, Raphael; Pfeiffer, Sabine; Oestreicher, Elke (2016): *Leitbilder von Mensch und Technik im Diskurs zur Zukunft der Fabrik und Computer Integrated Manufacturing (CIM)*. Hohenheim: Universität Hohenheim.

- Menz, Wolfgang (2021): Arbeitsanalyse und Zeitdiagnose. Perspektiven einer subjektorientierten Arbeitssoziologie mit gesellschaftsdiagnostischem Anspruch. In: N. Mayer-Ahuja; W. Menz (Hg.): Arbeitssoziologie und Zeitdiagnose. Bd. 1, Perspektiven der Arbeitssoziologie. Frankfurt am Main: Institut für Sozialforschung, 18–34.
- Menz, Wolfgang; Nies, Sarah; Sauer, Dieter (2019): Digitale Kontrolle und Vermarktlichung: Beschäftigtenautonomie im Kontext betrieblicher Strategien der Digitalisierung. PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 49 (195): 181–200. DOI: 10/ghgn3j.
- Nachtwey, Oliver; Staab, Philipp (2020): Das Produktionsmodell des digitalen Kapitalismus. In: S. Maassen; J.-H. Passoth (Hg.): Soziologie des Digitalen – Digitale Soziologie? Soziale Welt, Sonderband 23. Baden-Baden: Nomos, 285–304.
- Newsome, Kirsty (Hg.) (2015): Putting Labour in Its Place: Labour Process Analysis and Global Value Chains. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan.
- Ortmann, Günther; Sydow, Jörg; Türk, Klaus (1997): Theorien der Organisation. Die Rückkehr der Gesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Pfeiffer, Sabine (2010): Rationalisierung von Arbeit: Technisierung von Arbeit. In: F. Böhle; G. G. Voss; G. Wachtler; A. Hoffmann (Hg.): Handbuch Arbeitssoziologie. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 231–61.
- Pfeiffer, Sabine (2019): Produktivkraft konkret. Vom schweren Stand der Leichtbauroboter. In: F. Butollo; S. Nuss (Hg.): Marx und die Roboter. Vernetzte Produktion, Künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit. Berlin: Dietz Berlin, 156–177.
- Pfeiffer, Sabine (2021): Digitalisierung als Distributivkraft: Über das Neue am digitalen Kapitalismus. Bielefeld: transcript.
- Pfeiffer, Sabine; Horan, Lee; Zirinig, Christoph; Suphan, Anne (2016): Industrie 4.0: Qualifizierung 2025. Frankfurt am Main: VDMA.
- Roland Berger (2020): Computer on wheels/Disruption in automotive electronics and semiconductors. München: Roland Berger.
- Sauer, Dieter; Döhl, Volker (1994): Arbeit an der Kette. Systemische Rationalisierung unternehmensübergreifender Produktion. Soziale Welt 45 (2): 197–215.
- Schumann, Michael; Baethge-Kinsky, Volker; Kuhlmann, Martin (1994): Trendreport Rationalisierung. Automobilindustrie, Werkzeugmaschinenbau, chemische Industrie. Berlin: edition sigma.
- Schwarz-Kocher, Martin; Krzywdzinski, Martin; Korflür, Inger (2019): Standortperspektiven in der Automobilzulieferindustrie: Die Situation in Deutschland und Mittelosteuropa unter dem Druck veränderter globaler Wertschöpfungsstrukturen. Research Report 409. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Schwarz-Kocher, Martin; Salm, Rainer (2016): Industriearbeit im Wandel des aktuellen Rationalisierungsparadigmas. AIS. Arbeits- und Industriesoziologische Studien 9 (1): 5–24.
- Sorge, Arndt; Streeck, Wolfgang (2018): Diversified Quality Production Revisited: Its Contribution to German Socio-Economic Performance over Time. Socio-Economic Review 16 (3): 587–612. DOI: 10.1093/ser/mwy022.
- Srnicek, Nick (2017): Platform Capitalism. Cambridge, UK; Malden, MA: Polity Press.
- Staab, Philipp (2019): Digitaler Kapitalismus: Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Thompson, Paul (1989): *The Nature of Work: An Introduction to Debates on the Labour Process*. Subsequent edition. Houndmills, Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan.
- Thun, Eric; Sturgeon, Timothy (2017): *When Global Technology Meets Local Standards: Reassessing the China's Mobile Telecom Policy in the Age of Platform Innovation*“. MIT Working Paper Series: 1–54.
- Tullius, Knut (2020): *Digitalisierung und systemische Rationalisierung im Finanzdienstleistungssektor – Folgen für Angestelltenarbeit an der ‚Front-Line‘*. Arbeitspapier 18. Göttingen: Sozialforschungsstelle Göttingen.
- Windelband, Lars; Dworschak, Bernd (o. J.): *Arbeit und Kompetenzen in der Industrie 4.0. Anwendungsszenarien Instandhaltung und Leichtbaurobotik*. In: H. Hirsch-Kreinsen; P. Ittermann; J. Niehaus (Hg.): *Digitalisierung industrieller Arbeit*. Baden-Baden: Nomos, 72–87.
- Ziegler, Alexander (2020): *Der Aufstieg des Internet der Dinge: Wie sich Industrieunternehmen zu Tech-Unternehmen entwickeln*. Frankfurt am Main; New York: Campus.
- Zuboff, Shoshana (2018): *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus*. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Zysman, John; Murray, Jonathan; Feldman, Stu; Nielsen, Niels; Kushida, Kenji (2011): *Services with Everything: The ICT-Enabled Digital Transformation of Services*. SSRN Electronic Journal. DOI: 10.2139/ssrn.1863550.

Zur Ambivalenz politischer Mythenbildung. Gewerkschaften in der europäischen Tarifpolitik

Martin Seeliger¹

Zusammenfassung: Die sozialwissenschaftliche Debatte über die politischen Potenziale von Gewerkschaften wird durch eine Reihe suggestiver Tendenzen geprägt. Eine sozialdemokratisch-internationalistische Haltung ist hierbei verbunden mit der Anwendung institutionalistischer und integrationistischer Axiome im Forschungsprozess. Um Fehlschlüsse zu vermeiden, müssen diese Tendenzen in ihren Auswirkungen auf die Wissensproduktion stärker reflektiert werden.

Abstract: Research in social science on trade unions in the course of European integration is shaped by a number of suggestive tendencies. A political affiliation to social democratic and internationalist ideas correlates with a widespread popularity of institutionalist and integrationist axioms. In order to avoid false conclusions, we have to reflect these tendencies and their impact on the production of knowledge more strongly.

1 Einleitung

Beatrice und Sidney Webb, Robert Michels, Seymour Martin Lipset oder auch der Marburger Kollege Frank Deppe – dass die allermeisten Sozialwissenschaftler*innen, die über Gewerkschaften forschen, engagierte Forscher*innen sind, würde wohl kaum jemand bestreiten. Schwieriger würde es, wenn es darum ginge, die theoretischen Implikationen zu beschreiben, die ein solcher engagierter Ansatz mit sich bringt oder mit sich bringen sollte. Im Feld der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung, so will ich im Folgenden argumentieren, finden sich eine Reihe politischer Ausgangshaltungen, die den kollektiven Forschungsprozess prägen,

¹ PD Dr. Martin Seeliger, Institut für Arbeit und Wirtschaft, Universität Bremen, E-Mail: seeliger@uni-bremen.de

die Entstehung von fehlerhaften Befunden begünstigen und somit zu falschen Schlussfolgerungen hinsichtlich der Potenziale von Gewerkschaften in der europäischen Tarifpolitik beitragen.²

Aus einer gewerkschaftlichen Perspektive liegt das Grundproblem europäischer Tarifpolitik in der Bildung von Lohnkartellen. Im Prozess von Globalisierung und europäischer Integration stellt sich die Frage nach dem Ort, an dem diese Kartelle zu bilden wären – auf nationaler oder internationaler Ebene. Den diskursiven Rahmen dieser Debatte bildet seit einigen Jahrzehnten das Konzept eines europäischen Sozialmodells. Zwischen einer EU-weiten Vollharmonisierung von Sozial- und Tarifstandards und der Stärkung nationaler oder sogar regionaler Institutionen der Tarifpolitik zeichnet sich die Debatte um ein Soziales Europa durch eine Vielzahl programmatischer und konzeptioneller Positionen aus. Sein empirischer Gehalt bleibt dabei, wie Seikel (2021: 4) bemerkt, „nicht zu Unrecht umstritten.“

Vor diesem Hintergrund finden sich in der sozialwissenschaftlichen Debatte einige suggestive Tendenzen. Wie ich im Folgenden argumentieren möchte, speisen sich diese aus einer Reihe von zweifelhaften Axiomen, die es erschweren, Konflikte innerhalb der europäischen Gewerkschaftsbewegung zu erkennen. Um solche Konflikte besser verstehen zu können, müssen wir die Prämissen der Forschung zu internationalen Gewerkschaften reflektieren.

Meine These lautet, dass hier die Sicht auf die internationale Gewerkschaftspolitik in vielen Fällen durch einen doppelten Bias verklärt wird: Eine sozialdemokratische Haltung korrespondiert mit einem institutionalistischen Fokus der Theorie. Und eine internationalistische Haltung korrespondiert mit einem integrationistischen Fokus – einer politischen Ideologie, Probleme europäischer Integration durch weitere Integrationsmaßnahmen zu lösen.

Im folgenden Abschnitt gebe ich einen kurzen Einblick in den Forschungsstand zur Rolle der Gewerkschaften in der europäischen Tarifpolitik. Im Anschluss stelle ich im Kontrast zu diesem Forschungsstand meine Befunde aus zwei Politikfeldern vor – der Lohnkoordinierung und der Auseinandersetzung um die Dienstleistungsrichtlinie. Ein abschließendes Fazit fasst die Befunde mit Blick auf die vertretene These zusammen und verweist auf weiterführende Fragen.

2 Zur Dynamik europäischer Tarifpolitik

Als zentrales verteilungspolitisches Instrument stellt die Tarifpolitik den „wohl wichtigsten Maßstab für die Effektivität von Gewerkschaften“ (Wiesenthal 1992: 7) dar. Neben der Aushandlung tariflicher Standards für Arbeit und Beschäftigung umfasst die Tarifpolitik weiterhin auch die Modi ihrer Festlegung und Neuverhandlung (vgl. Kädler 2013: 427). Im Prozess der

² Wie Huchler (2012: 7) in seiner Einleitung zu einem prominenten Debattenband über Stand und Perspektiven der deutschen Arbeits- und Industriosozilogie bemerkt, besitzt die reflexive Debatte deshalb ein „hohes Konfliktpotenzial [...], da sie die Arbeits- und IndustriosozilogInnen damit nicht nur als WissenschaftlerInnen/ForscherInnen und somit als VertreterInnen der Disziplin angesprochen, sondern auch als Subjekte (mit ihren jeweiligen Interessen) betroffen sind.“ Mir geht es hier nicht darum, bestimmte Forscher*innen bloßzustellen oder Forschungswege im Ganzen zu delegitimieren. Mein Ziel ist es vielmehr, suggestive Prämissen reflektieren zu helfen, um unvollständige oder tendenziöse Schlüsse zu vermeiden.

europäischen Integration stellt sich hier ein besonderes Problem: Je stärker nationale Regulierungen im Integrationsprozess aufgeweicht oder abgeschafft werden, desto dringender stellt sich aus gewerkschaftlicher Sicht die Notwendigkeit dar, neue Instanzen der tarifpolitischen Regelsetzung zu etablieren.

Die tarifpolitische Positionsbildung innerhalb der EU findet unter den Gewerkschaften traditionell im symbolischen Bezugsrahmen des europäischen Sozialmodells statt. Seinen Ursprung findet der Begriff in der politischen Diskussion der frühen 1970er Jahre (Pierson/Leibfried 1998). Mit Blick auf die Etablierung gemeinsamer kontinentaler Sozialstandards verweist die Konzeption eines Sozialen Europa auf die Hoffnung der politischen Linken, „jenes ‚europäische Sozialmodell‘ erhalten zu können, das sich durch eine sozial regulierte Variante des Kapitalismus auszeichnet, die auf eine Verbindung von ökonomischer Effizienz und (relativer) sozialer Gleichheit zielt“ (Schulten 2005: 15).

Durch den Abbau nationaler Tarif- und Handelsbarrieren sowie die makroökonomische Kennzahlensteuerung der Wirtschafts- und Währungsunion in den Euroländern hat die Vertiefung der europäischen Integration verschiedene Mechanismen institutionalisiert, die einer internen systematischen Regimekonkurrenz mit Blick auf die nationalen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen Vorschub leisten. Ein zentrales Defizit der europäischen Integration liegt gleichzeitig darin, dass eine solche „negative Integration“ (Scharpf 1999) nicht ausreichend durch Maßnahmen einer „positiven Integration“, das heißt einer Einrichtung entsprechender Regulierungsinstanzen in der Sozialpolitik auf EU-Ebene, ergänzt wird. Anders als in der klassischen Integrationstheorie (zumindest implizit) unterstellt, vollzieht sich die Emergenz einer sozialen Dimension des Integrationsprozesses nicht einfach als „Spill-over-Effekt“ (vgl. Haas 1958) aus der fortschreitenden institutionellen und ökonomischen Integration. Vielmehr folgt ihr (Nicht-)Entstehen aus Kräfteverhältnissen im politischen Mehrebenensystem der Europäischen Union.

Vor allem angesichts der Erweiterungsrounden der Jahre 2004 und 2007 haben Johannes Kiess und ich (2018a) für die Etablierung gemeinsamer Positionen im Feld der europäischen Gewerkschaftspolitik ein dreifaches Heterogenitätsproblem identifiziert. Erstens unterscheiden sich die Mitgliedsländer hinsichtlich institutioneller Gegebenheiten wie Arbeitsrecht oder spezifischen Modi der Lohnfindung. Zweitens bestimmen zwischen den einzelnen Organisationen nationale Entwicklungspfade Struktur und Umfang der jeweiligen Gewerkschaftsbewegung, sowie deren ideologische Orientierung. Drittens unterscheiden sich die nationalen Gewerkschaftsbewegungen bezüglich ihrer Machtressourcen, wobei west- und nordeuropäische Gewerkschaften im Vorteil sind. Vor diesem Hintergrund werden gemeinsame Positionen im fortschreitenden Integrationsprozess für europäische Gewerkschaften nicht nur wichtiger, sondern auch schwieriger zu etablieren.

Zur Einschätzung dieser Konstellation haben wir (ebd.) eine Reihe paradigmatische Positionen im sozialwissenschaftlichen Forschungsstand unterschieden. Erstens gelangen Beiträge aus dem Feld der Vergleichenden Politischen Ökonomie zu dem Ergebnis, dass ein europäisches Sozialmodell, welches Arbeits- und Beschäftigungsstandards auf dem Niveau westeuropäischer Wohlfahrtsstaaten harmonisiert, angesichts der strukturellen Heterogenität zwischen den Ländern und Organisationen als hochgradig unwahrscheinlich einzustufen ist (vgl. Höp-

ner/Schäfer 2010). Aus dem Blickfeld geraten in dieser Rahmung jedoch etwaige Gestaltungspotenziale. Gegen eine solche „strukturalistische oder deterministische Sicht“, so Kowalsky (2010: 139), gelte „es festzuhalten, dass europäische Initiativen, die Konflikte hervorrufen, deutliches Politisierungs- und damit Veränderungspotenzial haben.“

Eine entsprechende Perspektive haben wir als mobilisierungspolitischen Euro-(Zweck)-Optimismus bezeichnet. Als Ausgangspunkt dienen hier die Herausforderungen, die Gewerkschaften zu transnationaler Organisation motivieren. Ebbinghaus und Visser (1994: 250) unterscheiden diesbezüglich zwischen ›Stoß- und ›Sog-Effekten. Während Einflussverlust und Lohndruck von der nationalen Ebene die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit erhöht, verspricht die Vorstellung einer starken europäischen Regulierungsebene aus dieser Perspektive neue Chancen politischer Einflussnahme. Die zentrale Prämisse entsprechender Ansätze folgt aus der Annahme, dass Gewerkschaften im Prozess der europäischen Integration ihre Interessen notwendigerweise im internationalen Rahmen vertreten müssen.³ Die Grundidee dieser politischen Ausrichtung bringen Bormann und Jungehülsing (2016: 58) auf den Punkt: „Die Interessen der vom Kapital Ausgebeuteten sind weltweit prinzipiell dieselben und die Empörung über die damit verbundene Ungerechtigkeit sollte auch weltweit verbreitet sein.“ Eine entsprechende Überzeugung leitet auch Brunkhorst (2014: 167), wenn er für die europäischen Lohnabhängigen eine „transnationale Klassenlage“ konstatiert, die durch die richtige Form der Auseinandersetzung nationaler Gewerkschaftsvertreter miteinander in ein geteiltes „Klassenbewußtsein umschlagen“ könne. Eine ähnliche Perspektive vertreten auch Loh und Skupien (2016: 594), indem sie die Potenziale einer europäischen Gewerkschaftsbewegung herausstellen:

„Eine starke und funktionierende europäische Gewerkschaftsbewegung, institutionalisiert etwa in Form des Europäischen Gewerkschaftsbundes, kann als zentraler – oder zumindest als ergänzender – Akteur für eine weiter erstarkende europäische Öffentlichkeit und transnationale Parteien dienen.“

Mit ihrem Vorschlag einer starken europäischen Lohnkoordinierung zur Verhinderung von Standortwettbewerb sowie der Einführung eines europäischen Mindestlohns, greifen die Autoren zur Untermauerung ihres Vorschlags zwei häufig vorzufindende Bezugspunkte Erwägungen optimistischen Rasonierens auf (vgl. Schroeder/Weinert 2003; Schulten et al. 2005). Ergänzend legen sie nahe, eine europäische Arbeitslosenversicherung einzuführen und so „quasi unter der Hand [sic! M.S.] Transferleistungen innerhalb der Union [zu] ermöglichen.“ Charakteristisch für diese Sichtweise ist also nicht nur die – häufig stark ins Positive verzerrte – Sicht auf die politischen Potenziale der Gewerkschaften. Wie hier der Vorschlag einer subtilen Durchsetzung verteilungspolitischer Maßnahmen illustriert, mischen sich in diesem Literaturstrang politische Analysen und programmatische Ratschläge.

Eine dritte Gruppe von Beiträgen zur gewerkschaftlichen Europadebatte fasst die Defizite politischer Mobilisierung im grenzüberschreitenden Maßstab schließlich aus handlungstheoretischer Perspektive. Entgegen der Möglichkeit effektiver Organisation von Gewerkschaftsmacht auf europäischer Ebene erkennt Platzer (2010: 5) drei „organisationspolitische Transnationalisierungsdefizite“: Zum einen bestünden „seit je gravierende Asymmetrien“ gegenüber

³ Wie auch Globalisierung insgesamt; siehe hierzu die instruktive Debatte im *Global Labour Journal* bei Webster (2010).

den unternehmerischen Vertretungsstrukturen auf europäischer Ebene, welche sich zweitens in geringer Personalausstattung und drittens in einer „strukturellen Unterfinanzierung“ der europäischen Verbände widerspiegelten, deren Budget mit 20 bis 60 Prozent von der Bezuschussung der EU Kommission abhängt (vgl. auch Martin/Ross 2001). Während eine grundsätzlich positive Haltung gegenüber den Gewerkschaften und dem europäischen Integrationsprojekt die meisten Beiträge zum Thema auf die Potenziale einer europäischen Gewerkschaft fokussieren lässt, besteht – zumindest in den meisten Fällen – eine grundsätzliche Sensibilität für deren Defizite und Schwächen.

In der Debatte um die Potenziale europäischer Gewerkschaftspolitik finden sich demnach verschiedene Positionen, deren unterschiedliche epistemologische Annahmen in der empirischen Forschung zu divergierenden Einschätzungen führen. Während die vergleichende Politische Ökonomie die Differenzen nationaler Rahmenbedingungen als Handlungsbarrieren gewerkschaftspolitischer Mobilisierung herausarbeitet, unterstreichen eurozweckoptimistische Beiträge die Potenziale einer europäisierten Gewerkschaftsbewegung in programmatisch-prinzipieller Absicht. Letztlich erscheint die handlungstheoretische Perspektive als am besten geeignete Sichtweise zum Verständnis der Potenziale europäischer Gewerkschaftspolitik in der sozialen Praxis. Wie im Folgenden zwei Beispiele zeigen sollen, gelingt es den Beiträgen zum Thema dennoch häufig nicht, eine realistische Perspektive auf die Möglichkeiten und Grenzen gewerkschaftlicher Einflussnahme im Feld der europäischen Tarifpolitik einzunehmen.

3 Positionsbildung in der europäischen Tarifpolitik: Befunde aus zwei Feldern

Im Folgenden stütze ich mich auf die Befunde eines Forschungsprojektes, das ich zwischen 2012 und 2016 am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung zur tarifpolitischen Positionsbildung von Gewerkschaften im Prozess der europäischen Integration durchgeführt habe.⁴ Als Beispiel für die von mir proklamierten Tendenzen stelle ich diese Befunde nachfolgend im Spiegel des Forschungsstandes dar.

3.1 Die Auseinandersetzung um die Dienstleistungsfreiheit

Die Dienstleistungsfreiheit ist eine der Prinzipien des gemeinsamen Marktes als europäischem Wirtschaftsraum. Ende des Jahres 2004 schlug das Generaldirektorat Binnenmarkt und Dienstleistungen unter der damaligen Leitung von Frits Bolkestein die sog. Dienstleistungsrichtlinie vor. Mit dem Herkunftslandprinzip enthielt diese eine Regelung, die das Territorialitätsprinzip tariflicher Standards in Frage stellte. Durch die Beschäftigung ausländischer Dienstleister sollte es innerhalb der EU möglich werden, schwächere Lohn- und Arbeitsstandards zu importieren.

⁴ Auf Basis von 88 Interviews mit Gewerkschafter*innen aus sieben europäischen Ländern habe ich hier die Etablierung gemeinsamer Positionen in den genannten Feldern sowie in der Debatte um den europäischen Mindestlohn untersucht (siehe Seeliger 2017, 2019 sowie exemplarisch Seeliger/Wagner 2018; Nachtwey/Seeliger 2020). Eine umfassende Auseinandersetzung mit der (vermeintlichen) Frontstellung zwischen optimistischen und skeptischen Positionen zur Rolle der Gewerkschaften in der europäischen Integration siehe die Sammelbände von Kiess/Seeliger (2018, 2019).

In der Auseinandersetzung um die Dienstleistungsfreiheit ergab sich die Herausforderung für die Gewerkschaften vor allem aus den Konsequenzen der Erweiterungsrounden der Jahre 2004 und 2007. Das Gefälle in Wohlstand, Lohnkosten und Arbeitsrecht schaffte Anreize für die Lohnabhängigen der neuen Mitgliedsländer, durch die Unterschreitung dieser Standards einen Wettbewerbsvorteil zu erwirken.

Im Forschungsstand zur politischen Rolle europäischer Gewerkschaften gilt die Positionsbildung zur Dienstleistungsrichtlinie gemeinhin als Fall gelungener Zusammenarbeit. Gewerkschaften aus Ost und West konnten hier trotz unterschiedlicher Hintergründe eine gemeinsame Position entwickeln. Durch eine in der Folge organisierte gemeinsame Kampagne gelang es schließlich, das Herkunftslandprinzip aus der Richtlinie zu entfernen (Gajewska 2009; Bernaciak 2011; della Porta/Caiani 2008).

Demgegenüber habe ich in meiner eigenen Untersuchung zur tarifpolitischen Positionsbildung im Prozess der europäischen Integration Evidenz für starke, ungelöste Konflikte innerhalb des Politikfelds gefunden. Für den Ausgangspunkt der Diskussion Ende 2004 erkennt ein ehemaliger Vertreter des Europäischen Gewerkschaftsbundes eine allgemeine „fear from the hordes of Eastern Europe“, welche auch ein Repräsentant der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter bestätigt:

„Ich meine, die ganzen osteuropäischen Kollegen mit ihren Gewerkschaftsstrukturen. Und ihren schlecht ausgebauten Verträgen und Kontrollsystemen und relativ tiefen Sozialstandards, in den EU-Markt aufgenommen werden, dass da natürlich die ganze Diskussion des Lohndumpings ganz neu los geht, ist ja nicht ganz falsch.“

Die mit erheblicher Vehemenz vertretene Position der westeuropäischen Gewerkschafter resoniert in der Debatte in Konflikten innerhalb der osteuropäischen Schwesterorganisationen. Einem Vertreter der ungarischen Föderation Magyar Szakszervezetek Országos Szövetsége zu Folge sei die Anerkennung westlicher Standards unter ungarischen Gewerkschaftern keineswegs von vornherein als Selbstverständlichkeit angesehen worden:

„Wir hatten auch Konflikte unter uns hier in diesem Saal, wo ich und einige angegriffen wurden von unseren Gewerkschaften, dass... Es ist besser, wenn man weniger als der Einheimische verdient, aber immerhin es gibt Arbeitsplatz, da kommt viel mehr als zu Hause.“

Diskrepanzen im Hinblick auf Ressourcenausstattung, Sprachkompetenz und ein Erleben von Etabliertenvorrechten auf Seiten der westeuropäischen Kollegen durch die Osteuropäer zeigen sich auch in der folgenden Passage desselben Vertreters: „Wir sind dazugekommen. Das ist so, das ist normal. Da ist schon eine Familie und Du kommst von außen. Das ist ganz verständlich.“

Die Metapher der Familie als Sphäre nicht instrumenteller, sondern affektiv motivierter Kooperation verweist hier neben den materiellen Diskrepanzen weiterhin auf ein Anerkennungsdefizit. Eine ähnliche Einschätzung äußert ein Vertreter der deutschen IG BAU als Antwort auf die Frage, ob die Vertreter aus den östlichen Beitrittsländern eigentlich souveräne Europäer seien: „Ne, sehe ich nicht so. Also, viele haben Europa als solches, EU, mit all seiner Widersprüchlichkeit und Brüchigkeit eigentlich noch gar nicht richtig begriffen.“ Und im selben Sinne schließt auch ein polnischer Vertreter des EGB pointiert, das ‚Soziale Europa‘ sei „pretty much a Western idea.“ Entwickelt von westeuropäischen Vertretern mit westeuropäi-

schen Maßstäben sehen sich die Osteuropäer einem abgeschlossenen Konzept gegenübergestellt, das sie nun akzeptieren sollen. Von einer deliberativ-einvernehmlichen Positionsbildung kann hier – anders als dies der Spiegel sozialwissenschaftlicher Forschung suggeriert – nicht die Rede sein. Der Forschungsstand zum Thema spiegelt eine Sichtweise, die Ungleichheiten und Konflikte zwischen den verschiedenen nationalen Vertretergruppen relativiert. Der EGB erscheint als ein Ort, an dem sich die Gewerkschaften kennenlernen, austauschen und untereinander deliberieren. Konflikte bleiben im Spiegel der Forschung weitgehend im Dunkeln und so werden die Potenziale internationaler Kooperation in der Darstellung systematisch überhöht.

3.2 Initiativen zur europäischen Lohnkoordinierung

Unter Bedingungen der Wirtschafts- und Währungsunion erfährt die politische Auseinandersetzung um den Lohn einen signifikanten Bedeutungszuwachs (Streeck 2013). Bei anpassbaren Wechselkursen konnten nationale Regierungen Lohn- und Preisinflationen ausgleichen. Unter den Bedingungen der Währungsunion ist das nun nicht mehr möglich. Für die Gewerkschaften lässt sich daher ein besonderer Anreiz vermuten, über eine absichtlich moderate Lohnentwicklung nationale Arbeitsplätze zu erhalten. Tatsächlich unterhalten die Gewerkschaften des Metallsektors seit den 1990er Jahren Initiativen zur Koordinierung der Lohnabschlüsse mit dem Ziel, einen solchen Unterbietungswettbewerb zu verhindern (Glassner 2009).

Innerhalb dieser Koordinierungsinitiativen kommt der IG Metall eine Protagonistinnenrolle zu, die sich aus der Bedeutung des Metallsektors als wichtigstem Exportsegment der europäischen Wirtschaft ergibt. Im Zuge dieser Initiativen haben die Gewerkschaften vereinbart, eine Lohnentwicklung im Einklang mit Produktivitäts- und Inflationsentwicklung anzustreben. Man kann eindeutige Bekenntnisse zu dieser Regelung aus den Publikationen dieser Gewerkschaften und auch des europäischen Dachverbandes ablesen. Ein eindeutiges Bekenntnis zur Lohnformel (mindestens Produktivitätszuwachs plus Inflationsrate) findet sich in der ‚Politischen Resolution 2011-2015‘ des neu gegründeten Verbandes IndustriALL Europe (2012: 13; auch 2012a sowie 2014). Diese Position bekräftigt auch die im Juni 2014 in Wien abgehaltene tarif- und sozialpolitische Konferenz der Organisation:

„Lohnerhöhungen, die über den Produktivitätszuwachs und Inflationsausgleich hinausgehen, sind wirtschaftlich sinnvoll und sozial verantwortlich, weil eine Umverteilung von Kapital- zu Lohnneinkommen der beste Weg zur Konjunkturbelebung ist“ (IndustriALL 2014).

An anderer Stelle (Seeliger 2017: 212) habe ich ausgerechnet, inwiefern die IG Metall dieser Koordinierungsregel von der Einführung eines festen Wechselkurses zwischen 1998 bis 2013 entsprochen hat. Innerhalb des genannten Zeitraums liegt die kumulierte Negativabweichung im Tarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie bei 2,9 Prozent, beziehungsweise 3,3 Prozent; je nachdem, ob man die nationale Inflationsrate oder die Zielinflationsrate der EZB hinzuzieht.⁵ Praktisch wird das Ziel der Lohnformel also nicht erreicht. Dass es Lohnkoordinierung gibt, so lässt sich hier schließen, ist also – wenigstens der Außendarstellung nach – eine Angelegenheit von großer tarifpolitischer Salienz. Andererseits wird sie nicht in ihrem nominellen

⁵ Obwohl sich diese Tendenz im Verlauf der letzten Jahre – zumindest bis zum Eintritt in die Corona-Krise – leicht gebessert hat, ändert sich die beschriebene Dynamik nicht grundsätzlich.

Sinne praktiziert. Die beteiligten Organisationen betreiben sie vielmehr, um äußeren Erwartungen gerecht zu werden und ihre Handlungsfähigkeit mit Blick auf eine Koordinierung in der Zukunft zu erhalten.

Dieses Spannungsfeld, welches sich auch als Diskrepanz zwischen normativ wünschbaren und entsprechend der Mitgliederlogik Machbarem bezeichnen lässt, stellt die Forschungsliteratur zwar teilweise in Rechnung (siehe Schulten 2001 oder Traxler/Brandl 2009). Insgesamt fällt die Einschätzung aber wesentlich optimistischer aus, als dies die hier dargestellten empirischen Befunde zulassen. So schließen etwa Hoffmann und Hoffmann (1997: 130), die europäischen Gewerkschaften seien „not far from a convergent and coordinated wage strategy and a coordination of national negotiations, which would be a necessary and appropriate answer to the processes of Europeanization and globalization.“ Ähnlich diagnostiziert Weinert (Weinert 2001: 333) auch nach dem Eintritt in die Währungsunion einen „Prozess schleicher Entdiplomatisierung“ in diesem bislang unverbindlich koordinierten Politikbereich. Ganz allgemein lassen sich in den Beiträgen mit der Wahrnehmung von Internationalisierung als Funktionserfordernis (Glassner/Pochet 2011) und solidarischem Wertbezug (Schulten/Müller 2013) zwei Referenzgrößen als treibende Kräfte dieser Entwicklung ausmachen. Neben wirtschaftlichen Beweggründen deuten Beiträge aus dem Forschungsfeld aber auch auf die Bedeutung kultureller Gemeinsamkeiten und geteilter Wertbezüge hin. So verweisen etwa Glassner und Pernicka (2014) auf das Vorhandensein kulturell-kognitiver Institutionen, die im Prozess internationaler Zusammenarbeit geteilte Wertbezüge vermitteln (zum Beispiel durch den bei tarifpolitischen Konferenzen erfolgenden Austausch mit anderen Delegierten). Die positive Darstellung hat hier den Preis einer – sozialwissenschaftlich gerahmten – Umdeutung ihrer nominellen Ziele. Initiativen zur Lohnkoordinierung sind dann so lange erfolgreich, wie man sie nicht an der Frage misst, ob dort tatsächlich Löhne koordiniert werden.⁶

4 These ‚Suggestive Programmatik‘

Wie ich anhand der beiden Beispiele verdeutlichen wollen, folgen Teile der sozialwissenschaftlichen Forschung dem Prinzip einer programmatischen Überbetonung der tarifpolitischen Kooperations- und Durchsetzungsfähigkeit europäischer Gewerkschaften im internationalen Rahmen. Für die suggestive Programmatik in der sozialwissenschaftlichen Forschung möchte ich im Folgenden vier mögliche Gründe nennen. Zum einen findet sich unter den Vertreter*innen der Arbeitssoziologie eine genuine internationalistische Orientierung. Die Überzeugung, dass eine Internationalisierung des Arbeitsmarktes auch grenzüberschreitende Muster seiner Regulierung erfordert, korrespondiert hierbei mit einem ultimativen Gleichheitsideal. Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsort reichen aus dieser Sicht nicht aus, um soziale Positionen normativ zu rechtfertigen. Auch das Verständnis der Einigung Europas als Friedensprojekt mag vor dem Hintergrund der Kriegsgeschichte des letzten Jahrhunderts eine Rolle spielen. Von dieser unter Arbeitssoziolog*innen verbreiteten Haltung nehme auch ich mich nicht aus. Bekenntnisse zu einer, durch strukturelle Ungleichheiten geprägte EU– ob explizit

⁶ Streng genommen ließe sich ohnehin nur von Lohnforderungskordinierung sprechen, denn was koordiniert wird, sind ja keine Löhne, sondern lediglich entsprechende Orientierungen. Aber auch die werden dann nicht eingehalten.

vorgebracht oder die eigene Argumentation implizieren – helfen einer effektiven gewerkschaftlichen Mobilisierung jedoch nicht, wenn sie entsprechende Asymmetrien verschweigen oder die Potenziale zu ihrer Überwindung systematisch erhöhen.

Zweitens prägten die genannte Programmatik die Anwendung von Theorien aus der Industrial Relations-Forschung. Deren suggestive Programmatik hat Klaus Dörre (2016: 351) als „Institutionenfixierung“ beschrieben, die eine analytische Verdoppelung „institutioneller Beharrungskräfte“ und damit eine „Entdramatisierung des industriellen Klassenkonflikts“ bedingt. Anders als verschiedene Autor*innen des eingangs angeführten Debattenbandes muss man für eine entsprechende Kritik nicht zwangsläufig ein „historisches Tief der Marx’schen Theorie“ (Huchler 2012: 11) konstatieren. Mit Blick auf die gesellschaftstheoretische Leerstelle lässt sich bereits der Tatbestand politökonomischer Heterogenität als praktisch unüberwindbares Hindernis gegenüber der Entstehung eines europäischen Sozialmodells konstatieren. Die Projektion politischer Hoffnung auf ein – wie auch immer geartetes – Soziales Europa basiert hierbei auf dem geflissentlichen Ignorieren struktureller Barrieren, wie sie aus der politökonomischen Heterogenität der EU-Länder folgen (siehe beispielhaft den Beitrag von Loh/Skupien 2016). Mit Abstrichen lässt sich eine entsprechende Ignoranz optimistischer Fachvertreter*innen hinsichtlich der neoliberalen Schlagseite des Integrationsprojekts erkennen.⁷

Hinsichtlich ihrer politischen Orientierung ist für weite Teile der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften im Prozess der europäischen Integration ein sozialdemokratisches Politikideal verbunden. Eine entsprechende Kultur akademischer Wissensproduktion korrespondiert mit der Programmatik der einschlägigen Förderungsinstanzen, wie der Otto-Brenner-, der Hans Böckler- oder auch der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine besondere Verbindung zum europäischen Projekt weist ebenfalls das European Trade Union Institute als dem EGB untergeordnete Forschungseinrichtung auf. Indem sie für die Bearbeitung des Problemkomplexes der europäischen Integration grundlegende unverzichtbare Beiträge von zumeist hoher methodischer und explorativer Qualität liefern, helfen sie, sozialwissenschaftliche Integrationsforschung aus gewerkschaftlicher Sicht erst möglich zu machen. Gleichzeitig folgen vielen der so entstehenden Untersuchungen bestimmten theoriepolitischen Engführungen. Häufig fallstudienbasierte Beiträge zu spezifischen ‚Dysfunktionen‘ des Arbeitsmarktes unterstellen hierbei ein Modell ‚fairer‘ Beschäftigung und implizieren damit marktwirtschaftliche Ordnungsvorstellungen, die die aktuellen Kräfteverhältnisse nicht länger zu gewährleisten vermögen. Gegen ‚Sozialdumping‘ zu argumentieren, setzt beispielsweise immer auch eine (implizite) Idee von angemessenen Beschäftigungsbedingungen voraus, die dann womöglich auch durch effektive Kartellbildung im (europäischen) Arbeitsmarkt erstritten werden kann. Nicht nur die mangelnde Organisationsfähigkeit europäischer Gewerkschaften auf der Anbieterseite, sondern auch die Rechtsprechung des europäischen Gerichtshofs oder die restriktive Austeritätspolitik der Troika sprechen jedoch als ordnungspolitischer Rahmen gegen eine solche tarifpolitische Mobilisierung. Mit ihrer moralischen Affiliation zum

⁷ Gegenteilig erkennen die Vertreter der Forschungsgruppe ›Staatsprojekt Europa‹ (2011: 7) eine „Dominanz des Neoliberalismus [...] in den Institutionen der EU“, deren Gesamtkomplex von Streeck (2013) als „Liberalisierungsmaschine“ und von Deppe (2013) als Organ eines „autoritären Kapitalismus“ bezeichnet wird.

Projekt eines europäischen Sozialmodells können (oder wollen) die Förderinstanzen entsprechende Handlungshemmnisse nicht ausreichend in Betracht ziehen.⁸ Die verbreitete Tendenz, Probleme europäischer Integration durch Maßnahmen weiterer europäischer Integration lösen zu wollen, möchte ich schließlich als axiomatischen Integrationismus bezeichnen, um abschließend zum Befund eines doppelten Bias zu gelangen, der die sozialwissenschaftliche Perspektive auf europäische Gewerkschaftspolitik in weiten Teilen prägt.

	Politischer Bias	Theoretischer Bias
Arbeitsmarktbezug	Sozialdemokratische Haltung	Institutionalistischer Fokus
Regulierungsebene	Internationalistische Haltung	Integrationistische Axiome

Tabelle 1: Doppelter Bias im Feld der Sozialwissenschaft internationaler Gewerkschaftspolitik

5 Fazit

Was nun tun? Die Konsequenz aus der bis hier hin geführten Kritik kann sicher nicht darin aufgehen, den Internationalismus oder die Sozialdemokratie als (mal mehr und mal weniger) zivilisatorische Errungenschaften aufzugeben. Um zu belastbaren und erkenntnisfördernden Ergebnissen zu gelangen, müssen wir als Sozialwissenschaftler*innen allerdings stärker reflektieren, welche forschungsleitenden Axiome hieraus folgen. Anstatt einer, wie Kühl kritisch (2012: 27) formuliert „affirmative[n] Reflexionstheorie der Gewerkschaften“ das Wort zu reden, muss eine aufgeklärte Sozialwissenschaft internationaler Gewerkschaftspolitik sowohl sich selbst, als auch die Protagonistinnen der von ihr beforschten Politikfelder kritisch hinterfragen. Zwei Vorschläge will ich hierzu abschließend unterbreiten.

Angesichts des strukturell stark begrenzten Potenzials europäischer Tarifpolitik müssen wir die symbolische Konstruktion eines europäischen Sozialmodells als solche – sowohl in der sozialwissenschaftlichen als auch in der politischen Praxis – kenntlich machen. Grundsätzlich sind derartige symbolische Rahmen – besonders unter Bedingungen von Heterogenität und Widersprüchlichkeit – eine Grundvoraussetzung politischer Kooperation (siehe etwa Ansell 1997). Als „gesellschaftspolitische Zukunftsformel“ beschreibt der Begriff eines europäischen Sozialmodells Aust et al. (2002: 273) zu Folge „ein politisch-ideologisches Konstrukt [...], das europäische Gemeinsamkeiten definiert und propagiert, die erst noch zu realisieren wären.“ Ein zentrales Charakteristikum der Zukunft besteht nun darin, dass wir nicht wissen, wie sie sich darstellen wird. Eine gewisse Form der Mythenbildung ist im Kontext politischer Projekte daher unverzichtbar. Als ein Leitbild zur Orientierung politischer Träger eignet sich das Soziale Europa jedoch nur, insofern wir mit ihm einigermaßen realistische Zukunftserwartungen verknüpfen. Eine normative Überfrachtung des Integrationsprojektes mit sozialdemokratischen, internationalistischen oder anderweitig motivierten Rahmungen gefährden den Zweck einer Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit mehr als sie ihm nützen. Realistisch zu sein, hieße aus

⁸ Bemerkenswert erscheint weiterhin, dass der optimistische Diskurs wesentlich von Fachvertretern mitgetragen wird, die – zumindest mittelbar – von den Gewerkschaften beschäftigt werden (Jacobi 2004; Wadington/Hoffmann 2000; Kowalsky 2014; Schulten et al. 2005).

dieser Perspektive also nicht, das Unmögliche zu versuchen, sondern (zumindest) möglichst realistisch zu sein, und dann zu versuchen, was möglich ist. Eine Sozialwissenschaft, die die Verbreitung von politischem Optimismus zu ihrer Programmatik erhebt, droht jedoch den Charakter wissenschaftlich fundierter Agitation“ (Kurz-Scherf 2020: 100) anzunehmen, weil sie die Potenziale internationaler Zusammenarbeit systematisch überhöht. An Stelle der selektiven Sicht auf positive Aspekte und (vereinzelte) Erfolgserlebnisse müssen Konflikte, Verwerfungen und die ihnen zu Grunde liegenden institutionellen Barrieren vollständig in Betracht gezogen werden. Wie die zwei Beispiele zeigen, ist dies auf dem gegenwärtigen Stand der Forschung nicht der Fall.

Mein zweiter Vorschlag bezieht sich auf die Bildung epistemischer Gemeinschaften innerhalb des Forschungsfeldes. Vergleichen wir die in Abschnitt 2 dargestellten optimistischen und pessimistischen Positionen zu den Potenzialen einer europäischen Gewerkschaftsbewegung, zeigt sich, dass Diskrepanzen in der Wahrnehmung zwischen den beiden Lagern wohl nicht zuletzt vom jeweiligen Erkenntnisinteresse abhängen. Während das Anliegen eurooptimistischer Beiträge darin besteht, die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Europäisierung der Gewerkschaftspolitik zu begründen, finden sich bei den skeptischen Beiträgen (zwar nicht durchgängig, aber immer wieder) Verweise auf die Gefahren einer Überschätzung entsprechender Potenziale. Im Sinne der hier geäußerten Kritik wären auch solche Tendenzen hinsichtlich ihrer normativ-axiomatischen Setzungen kritisch zu reflektieren. Zu nennen wären hier etwa epistemische Gemeinschaften marxistischer oder euro-skeptischer Prägung, wie sie sich im Feld der deutschen und internationalen Sozialwissenschaft an unterschiedlichen Stellen finden.⁹ Die Existenz unterschiedlicher Ausprägungen einer fachlichen und politischen Kultur ist eine Stärke, derer wir uns über konstruktiven Streit und Austausch bedienen können!

Literatur

- Ansell, Chris (1997): Symbolic Networks: The Realignment of the French Working Class, 1887–1894. *American Journal of Sociology* 103 (2): 359–90.
- Aust, Andreas; Sigrid Leitner; Stephan Lessenich (2002): Konjunktur und Krise des Europäischen Sozialmodells: Ein Beitrag zur politische Präexplorationsdiagnostik«. *Politische Vierteljahrszeitschrift* 43 (2): 272–301.
- Bernaciak, Magdalena (2011): West-East European Labor Transnationalism(s): Rivalry or Joint Mobilization? In: Bieler, Andreas; Lindberg, Ingemar (Hg.): *Global Restructuring, Labour and the Challenges for Transnational Solidarity*. London, UK: Routledge, 33–47.
- Bormann, Sarah; Jungehülsing, Jenny (2016): Einleitung: Transnationale Solidarität als Prozess denken. In: Bormann, Sarah; Jungehülsing, Jenny; Bian, Shuwen; Hartung, Martina; Schubert, Florian (Hg.): *Last Call for Solidarity. Perspektiven grenzüberschreitenden Handelns von Gewerkschaften*. Hamburg: VSA, 15–39.
- Brunkhorst, Hauke (2014): *Das doppelte Gesicht Europas: Zwischen Kapitalismus und Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.

⁹ Für eine entsprechende theoretische und normative Kritik siehe Lessenich (2020).

- della Porta, Donatella; Caiani, Manuela (2008): *Social Movements & Europeanization*. Oxford, UK: Oxford University Press.
- Deppe, Frank (2012): *Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand*. Hamburg: VSA.
- Dörre, Klaus (2016): Die neue Konfliktformation. Klassen-Kämpfe in fragmentierten Arbeitsbeziehungen. *Industrielle Beziehungen* 23 (3): 348–365.
- Ebbinghaus, Bernhard; Visser, Jelle (1994): Gewerkschaften und Europäische Integration- Barrieren und Wege »grenzenloser« Solidarität. In: Streeck, Wolfgang (Hg.): *Staat und Verbände*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 223–55
- Gajewska, Katarzyna (2009): *Transnational Labour Solidarity: Mechanisms of Commitment to Cooperation within the European Trade Union Movement*. London: Routledge.
- Glassner, Vera (2009): *Two Paths towards Europeanisation: The Institutional and Economic Determinants of the Transnationalization of Collective Bargaining on the European Sector Level*. Diss. Universität Wien.
- Glassner, Vera; Pernicka, Susanne (2014): Transnationale Strategien der Gewerkschaften im europäischen Metallsektor: Ansätze zur Europäisierung der Lohnpolitik. *Industrielle Beziehungen* 21 (3): 277–99.
- Glassner, Vera, und Philippe Pochet 2011: *Why Trade Unions Seek to Coordinate Wages and Collective Bargaining in the Eurozone*. *ETUI Working Paper 3/2011*, European Trade Union Institute, Brüssel.
- Huchler, Norbert (2012): Perspektiven der Krise. Zur Einleitung. In: Huchler, Norbert (Hg.): *Ein Fach wird vermessen. Positionen zur Zukunft der Disziplin Arbeits- und Industriesoziologie*. Berlin edition sigma, 7–20.
- Haas, Ernst B. (1958): *The Uniting of Europe: Political, Social, and Economic Forces, 1950–1957*. Stanford: Stanford University Press.
- Höpner, Martin; Schäfer, Armin (2010): A New Phase of European Integration: Organized Capitalisms in Post-Ricardian Europe. *West European Politics* 33 (2): 344–368.
- Hoffmann, Jürgen; Hoffmann, Reiner (1997): *Globalization – Risks and Opportunities for European Labor Policy*. ETUI – Discussion and Working Paper, European Trade Union Institute, Brüssel.
- IndustriALL (2012): Politische Entschließung: Vom Gründungskongress der industriAll European Trade Union am 16.05.2012 in Brüssel verabschiedet. Ind. 2/2012, International Trade Union House (ITUH), Brüssel. URL: <http://industriall-europe.eu/committees/IP/PolPaper/industriAll-PoliticalResolution-DE.pdf>.
- IndustriALL (2012a): *IndustriALL European Trade Union Wage Coordination Rule*. Document adopted by the 1st Meeting of the industriAll Europe Executive Committee Luxembourg, 27th & 28th November 2012. Policy Position Papers 2012, European Trade Union, Luxembourg. URL: <http://www.industriall-europe.eu/committees/cb/2013/WageCoorRule-EN.docx>.
- IndustriALL (2014): »Unsere Zukunft verhandeln!« Gewerkschaftliche Strategien in Zeiten der Wirtschaftskrise. Dokument zur Tarif- und sozialpolitischen Konferenz von industriALL, Wien, 12.–13. Juni 2014.
- Jacobi, Otto (2004): Europa machen. *Gewerkschaftliche Monatshefte* 2004 (5): 292–98.
- Kädtler, Jürgen (2013): Tarifpolitik und tarifpolitisches System. In: Schroeder, Wolfgang (Hg.): *Handbuch Gewerkschaften in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS, 425–64.

- Kiess, Johannes; Seeliger, Martin (2018): *Zwischen Institutionenbildung und Abwehrkampf*. Frankfurt a.M./New York: Campus
- Dies. (2018): *Zwischen Institutionalisierung und Abwehrkampf* In: Kiess, Johannes; Seeliger, Martin (Hg.): *Zwischen Institutionalisierung und Abwehrkampf*. Frankfurt a.M./New York: Campus, 7–35.
- Kiess, Johannes; Seeliger, Martin (2019): *Trade Unions and European Integration*. London: Routledge.
- Kowalsky, Wolfgang (2010): *Gewerkschaften und Europa: Positionssuche zwischen naiver Akzeptanz und offensiver Ablehnung*. IPG 2010 (3): 128–44.
- Kowalsky, Wolfgang (2014): *Europäischer Gewerkschaftsbund: Politische Entwicklung*. In: Schroeder, Wolfgang (Hg.): *Handbuch Gewerkschaften in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS 617–36.
- Kühl, Stefan (2012): *Von der Krise, dem Elend und dem Ende der Arbeits- und Industriesoziologie* In: Huchler, Norbert (Hg.): *Ein Fach wird vermessen. Positionen zur Zukunft der Disziplin Arbeits- und Industriesoziologie*. Berlin: edition sigma, 21–30.
- Kurz-Scherf, Ingrid (2020): *Der intersektionale Frauen*Streik*. In: Artus, Ingrid; Bennewitz, Nadja; Henninger, Annette; Holland, Judith; Kerber-Clasen, Stefan (Hg.): *Arbeitskonflikte sind Geschlechterkämpfe*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 98–119.
- Lessenich, Stephan (2020): *Doppelmoral hält besser: Die Politik mit der Solidarität in der Externalisierungsgesellschaft*. Berliner Journal für Soziologie 30, 113–130.
- Loh, Wulf; Skupien, Stephan (2016): *Die EU als Solidargemeinschaft*. Leviathan 44 (4): 578–603.
- Martin, Andrew; Ross, George (2001): *Trade Union Organizing at the European Level: The Dilemma of Borrowed Resources*. In: Imig, Dough; Tarrow, Sidney (Hg.): *Contentious Europeans: Protest and Politics in an Emerging Polity*. Lanham: Rowman & Littlefield, 53–76.
- Nachtwey, Oliver; Seeliger, Martin (2020): *The transformation of Industrial Citizenship in the course of European integration*. British Journal of Sociology 71: 852–866.
- Pierson, Paul; Leibfried, Stephan (1998): *Mehrebenen-Politik und die Entwicklung des Sozialen Europa*. In: Leibfried, Stephan; Pierson, Paul (Hg.): *Standort Europa: Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und europäischer Integration*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 11–57.
- Platzer, Hans-Wolfgang (2010): *Europäisierung der Gewerkschaften: Gewerkschaftspolitische Herausforderungen und Handlungsoptionen auf europäischer Ebene*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Scharpf, Fritz W. (1999): *Governing in Europe: Effective and Democratic?* Oxford: Oxford University Press.
- Schroeder, Wolfgang; Weinert, Rainer (2003): *Europäische Tarifpolitik: Ein neues Politikfeld*. In: Schröder, Wolfgang; Wessels, Bernhard (Hg.): *Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland: Ein Handbuch*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 565–587.
- Schulten, Thorsten (2001): *Solidarische Lohnpolitik in Europa: Ansätze und Perspektiven einer Europäisierung gewerkschaftlicher Lohnpolitik*. WSI-Diskussionspapier 92, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Schulten, Thorsten (2005): *Gewerkschaften und europäische Integration: Aktuelle Facetten eines ambivalenten Verhältnisses*. In: Urban Joachim; Beerhorst, Hans-Jürgen (Hg.): *Handlungsfeld europäische Integration: Gewerkschaftspolitik in und für Europa*. Hamburg: VSA, 14–36.
- Schulten, Thorsten; Torsten Müller (2013): *Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik*. Wirtschaft und Gesellschaft 39 (3): 291–320.

- Schulten, Thorsten; Schäfer, Claus; Bispinck, Reinhard; Rieger, Andreas; Ringger, Beat; Baumann, Hans; Husson, Michel; Math, Antoine (2005): Thesen für eine europäische Mindestlohnpolitik. In: Schulten, Thorsten; Bispinck, Reinhard; Schäfer, Claus (Hg.): Mindestlöhne in Europa. Hamburg: VSA, 301–306.
- Seeliger, Martin (2017): Die soziale Konstruktion organisierter Interessen. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Seeliger, Martin (2019): Trade Union Politics in the Course of European Integration. London: Routledge.
- Seeliger, Martin; Wagner, Ines (2018): A Socialization Paradox? The formation of political positions among European-level trade union organizations on the Freedom of Services. In: Socio-Economic Review 18 (4): 1113–1131.
- Seikel, Daniel (2021): Die Formel für ein Soziales Europa. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Staatsprojekt Europa (2011): Die EU in der Krise – Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Traxler, Franz; Brandl, Bernd (2009): Towards Europeanization of Wage Policy: Germany and the Nordic Countries. European Union Politics 10 (2): 177–201.
- Waddington, Jeremy; Hoffmann, Reiner (2000): Trade Unions in Europe: Facing Challenges and Searching for Solutions. Brüssel: ETUI.
- Webster, Edward (2010): From Critical Sociology to Combat Sport? A Response to Michael Bura-woy's "From Polanyi to Pollyanna: The False Optimism of Global Labour Studies". Global Labour Journal 1 (3): 382–387.
- Weinert, Rainer (2001): Zur Zwangseuropäisierung nationaler Gewerkschaften. Soziale Welt 52 (3): 323–39.
- Wiesenthal, Helmut (1992): Das Trilemma strategisch ambitionierter Mitgliederverbände. Berliner Journal für Soziologie 3 (1): 3–18.

Migrantische Arbeit unter Covid-19: Leerstellen in der Arbeitssoziologie

Johanna Neuhauser, Peter Birke¹

Zusammenfassung: Unter dem Eindruck der Pandemie geht dieser Text der Bedeutung von Tätigkeitsfeldern nach, in denen fast ausschließlich Migrant*innen beschäftigt sind. Die zentrale Frage ist, wie arbeitssoziologische Forschung der Beobachtung gerecht werden kann, dass eine nach Staatsbürgerschaft geordnete Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen existiert. Aktuell gibt es in der deutschsprachigen Literatur wenig Texte, die diese Beobachtung auch theoretisch zu fassen versuchen. Es wird argumentiert, dass die Verbindung von Begriffen und Debatten aus der Migrationsforschung („Segmentierung“, „Rassifizierung“, „differentielle Inklusion“) mit solchen aus der aktuellen Arbeitssoziologie eine in diese Hinsicht interessante und wichtige Perspektive darstellt.

Abstract: This article examines the significance of work almost exclusively performed by migrants. In Germany as in other countries worldwide, the pandemic has made such work increasingly visible. The central question is how sociological research on work can do justice to the observation that a precarization of working and living conditions exists in relation to citizenship. Currently, few texts attempt to grasp this observation theoretically. It is argued that the connection of concepts and debates from migration research (“segmentation”, “racialization”, “differential inclusion”) with those from the current sociology of work represents an interesting and important perspective in this respect.

1 Einleitung

Die Covid-19-Krise hat Fragmentierungen und Spaltungslinien in der Arbeitsgesellschaft sichtbar gemacht.² Thematisiert wurde, dass in „systemerhaltenden“ Arbeitsbereichen ein großer Teil der Beschäftigten ohne deutschen/österreichischen/europäischen Pass arbeitet. Wir

¹ Dr. Johanna Neuhauser, Universität Wien, Institut für Soziologie, E-Mail: johanna.neuhauser@univie.ac.at; Dr. Peter Birke, Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen, E-Mail: peter.birke@sofi.uni-goettingen.de

² Siehe bereits: Blauer Montag (2020), Cook et al. (2020).

möchten dies zum Ausgangspunkt nehmen, um Leerstellen in der deutschsprachigen Arbeitssoziologie zu diskutieren und zu einer verstärkten Integration arbeitssoziologischer und migrationswissenschaftlicher Konzepte anzuregen. Dabei werden wir im Folgenden – in Anschluss an unseren Beitrag auf der Tagung der Sektion Arbeits- und Industriosociologie der DGS – drei Thesen diskutieren: Die **erste These** lautet, dass arbeitssoziologische Studien davon profitieren können, die Bedeutung von Migration in Debatten um die Veränderung gesellschaftlicher Arbeitsteilung systematischer zu berücksichtigen. Die Covid-19-Krise zeigt dabei – so unsere **zweite These** – dass eine „differentielle Inklusion“ (Mezzadra/Neilson) von Migrierten zu einem zentralen Moment von Krisenbewältigung geworden ist. Eine Debatte über eine erneuerte gesellschaftliche Arbeitsteilung, die zunehmend nationalstaatliche Grenzen überschreitet, ist – so unsere **dritte These** – im Sinne einer „öffentlichen Soziologie“ auch notwendig, um die Anerkennung „systemrelevanter“ Arbeitskräfte nicht in einem kurzen Applaus verpuffen zu lassen.

2 Zwischen Arbeits- und Migrationssoziologie

Eine Perspektive auf Migration ist in der aktuellen deutschsprachigen Arbeitssoziologie nur schwach verankert.³ In Analysen zu Veränderungen von Arbeitsprozessen, Rationalisierung oder Digitalisierung ist Migration nur ausnahmsweise Gegenstand. Selbst in Untersuchungen, die sich ganz unmittelbar Sektoren und Arbeitsfeldern widmen, die stark durch migrantische Arbeit geprägt sind, ist Migration oft Anathema. Die Schnittmenge zwischen Arbeits- und der Migrationsforschung bilden derzeit vor allem Forschungen, die sich dem Gegenstand der Migration spezifisch aus Perspektive der Arbeitsmarktsegmentierung und der Transformation industrieller Beziehungen widmen.⁴ Zudem entstehen seit einigen Jahren vermehrt Studien zum Themenbereich der Arbeitsmarktintegration bestimmter ethnischer Gruppen. Diese liefern insofern wichtige Erkenntnisse, als sie die Segmentierung der Arbeitsmärkte quantitativ abbilden. Viele der Untersuchungen beziehen sich auf den Ausschnitt der Fluchtmigration nach 2015, während EU-Migration bislang ein weitgehend blinder Fleck geblieben ist.⁵ Kritisch angemerkt werden kann zudem, dass oft Arbeitsmarktintegration *sui generis* als Ziel gesetzt wird, ohne Fragen der Arbeitsteilung und Ausbeutung zu thematisieren.⁶ Einige andere Studien verbinden durchaus arbeits- und migrationssoziologische Fragen, fokussieren dabei aber vorrangig auf die Segmentierung des Arbeitsmarkts und klammern Fragen der Kontrolle und der sozialen Konflikte in und um den Arbeitsprozess aus.⁷

³ In den meisten Einführungen des Fachs ist Migration weder als spezifisch zu untersuchendes Feld (Ausnahme: Pries 2010) noch als systematisch bei den „großen Fragen“ des Fachs (Arbeitsprozess, Subjektivierung, Rationalisierung etc.) zu berücksichtigende gesellschaftliche Form repräsentiert.

⁴ Siehe etwa Doellgast et al. (2018), Benvegnù (2018), Löw (2021); zur Arbeitsmarktforschung Anderson (2010), Altenried et al. (2017).

⁵ Siehe aber u. a. Riedner (2018), Felbo-Kolding/Leschke/Spreckelsen (2019).

⁶ Brücker et al. (2020), Expertenrat für Integration 2021. Vgl. zur Kritik Maaroufi (2020), Bluhm et al. (2021), hier: 5ff.

⁷ Jüngst abgeschlossene Forschungen, die die klassische arbeitssoziologische Frage nach dem *labor process* stellen, gehen von der in der Migrationsforschung kritisch gewürdigten Frage nach „Integration“ aus. Vor dem Hintergrund dieser Setzung werden Beschäftigungsverhältnisse wie die in der Pandemie exponierten, so in der Fleischindustrie,

Dabei ist die Beobachtung, dass die Arbeitssoziologie Nachholbedarf bezüglich einer systematischen Befassung mit Migration hat, erstaunlich. Denn der Prozess der Fragmentierung von Arbeitsverhältnissen hat sie seit Jahrzehnten stark beschäftigt.⁸ Viele neuere Arbeiten schreiben diesem Begriff sogar eine geradezu epochale Wertigkeit zu. Er wurde mit unterschiedlichen Tendenzen assoziiert, als deren „Nullpunkt“ oft die frühen 1980er Jahre benannt wird.⁹ Der konkrete historische Ort dieses „Nullpunkts“ ist – wenn man an die Klassiker*innen arbeitssoziologischer Forschung denkt, wenig erstaunlich – die Automobilindustrie, in der seit den letzten zwei Dekaden des 20. Jahrhunderts ein schubweiser Prozess der gleichzeitigen Dezentralisierung von Produktionseinheiten und Globalisierung von Wertschöpfungsketten beobachtet wurde. Stichworte sind *Lean Production* und die Reduzierung der Fertigungstiefe, *Profit Center* als Form der managerialen Kontrolle, auch Gruppenarbeit und ‚selbstorganisierte‘ Arbeitsformen sowie *Outsourcing* und *Subcontracting*. Seit den 1990er Jahren stand die Beobachtung, dass sich betriebliche Arbeitsbeziehungen vermarktlichten, dann Pate für die Debatte zu ‚Subjektivierung‘ und ‚Arbeitskraftunternehmer*innen‘. Und am Ende des Jahrzehnts kam es mit der Debatte zur ‚Prekarisierung‘ zu einer Auseinandersetzung um die Frage nach ‚nichtnormaler Arbeit‘ sowie nach der Spaltung von Belegschaften durch unterschiedliche Beschäftigungsverhältnisse.

Doch alle diese Debatten kamen ohne spezifischere Berücksichtigung der Frage aus, wie sich die beobachteten Veränderungen auf Migrationsverhältnisse auswirken und vice versa. Gleichzeitig bietet insbesondere der Begriff der ‚Fragmentierung‘ freilich einen Ansatzpunkt für die Verbindung von Forschungen zu Arbeit/Arbeitsprozessen und zu Migrationsverhältnissen. Aufschlussreich erscheint uns vor allem die Feststellung, dass Fragmentierung durch Aufspaltung ehemals homogener Belegschaften in mehrere Gruppen mit unterschiedlichen Arbeitgebern, Arbeitsverträgen und Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen zur Prekarisierung von Arbeit beiträgt.¹⁰ Wir schlagen vor, an diesem Punkt anzuknüpfen, der sich in der aktuellen Debatte der Arbeits- und Industriesoziologie zuletzt als eine Art Wendepunkt markiert hat: Sie entfernte sich nach und nach davon, den zentralen analytischen Schwerpunkt auf jenen Teil von Arbeitsprozessen zu legen, der seine als quasi natürlich angenommene Umgebung im Betrieb hat. Wolf beschreibt diese Rejustierung als erneuerten Blick auf die ‚Arbeitsteilung im Großen‘: Man ziehe ‚nicht [mehr] vorrangig auf die Zergliederung der Arbeit innerhalb von Unternehmen, sondern auf die Abspaltung, Neuverteilung und Neuzusammensetzung einer Vielzahl von Arbeitsprozessen in und zwischen Unternehmen und Branchen [ab].‘¹¹

Wir teilen diese Perspektive, dass Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse im Kontext des Formwandels gesellschaftlicher Arbeitsteilung *insgesamt* untersucht werden müssen, also als veränderte Konfiguration von Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Zugleich ist unsere These, dass sich dieser Formwandel ohne den Blick auf veränderte Migrationsverhältnisse nur

in Leih- oder Werkvertragsarbeit usw., eher als Ausnahmen in den Blick genommen, während im Mittelpunkt bestimmte Großbetriebe stehen: Siehe z. B. Schmidt 2020.

⁸ Vgl. Marchington et al. (2005), Holst (2017).

⁹ Wolf (2018): 81.

¹⁰ Marchington et al. (2005); Flecker (2010); Batt/Appelbaum (2017).

¹¹ Wolf (2018): 77.

unzureichend beschreiben lässt, weil dadurch ein für die Rekonfiguration der Arbeitsteilung zentrales Element nicht berücksichtigt wird. Dementsprechend blieb in Forschungen zu Fragmentierung die naheliegende Frage, wie Fragmentierungsprozesse mit Ungleichheiten entlang von Migration/Ethnie wie auch Geschlecht verwoben sind, bislang weitgehend unterbelichtet.

3 Differentielle Inklusion und Rassifizierung

Richtet man den Blick auf Migrationsverhältnisse, so ist zunächst festzustellen, dass sich deren Regulation ausdifferenziert hat. Zum einen sind an das Gastarbeiterregime erinnernde Ordnungen vorhanden, durch die in so genannten ‚Mangelberufen‘ Arbeitskräfte im Ausland für bestimmte Arbeitsbereiche gezielt und systematisch rekrutiert werden, wobei das Aufenthaltsrecht vielfach an das Arbeitsverhältnis bei einem spezifischen Arbeitgeber gebunden ist.¹² Zum anderen hat die Erweiterung der EU seit den 2000er Jahren eine formale Freizügigkeit hervorgebracht, die in Deutschland wie Österreich allerdings unter anderem durch die Verweigerung sozialer Leistungen unterlaufen wird.¹³ Mit dem Integrationsgesetz 2016 wurde in Deutschland das Aufenthaltsrecht stärker mit der Bereitschaft verknüpft, für Erwerbsarbeit jeder Art zur Verfügung zu stehen. In Österreich wurde mit der Einführung der Rot-Weiß-Rot-Karte im Jahr 2011 ein kriteriengeleitetes Zuwanderungssystem für Arbeitsmigration aus Drittstaaten eingeführt, das neben „besonders Hochqualifizierten“ nachfrageorientiert „Fachkräfte in Mangelberufen“ zur Verfügung stellen soll. Anders als in den Punktesystemen klassischer Einwanderungsländer wie Kanada wird jedoch kein Daueraufenthalt gewährt, sondern zunächst nur eine auf ein Jahr befristete Niederlassungs- und Beschäftigungsbewilligung.¹⁴ In beiden Ländern verbinden sich schließlich restriktive Regeln im Bereich der Einreise aus Drittstaaten und des Asylrechts mehr oder weniger unmittelbar mit einer Ausweitung informeller Beschäftigungsverhältnisse und undokumentierten Arbeitens.

Ob Paketdienste oder 24-Stunden-Betreuung, ob Fleischindustrie oder Gebäudereinigung: Es gibt viele Bereiche, in denen heute fast ausschließlich Migrant*innen arbeiten. Die Frage ist daher aus unserer Sicht nicht so sehr, *ob* Migration und Prekarität in einem (quantitativ) regelmäßig auftretenden Zusammenhang stehen – das halten wir für hinreichend nachgewiesen. Es geht uns vielmehr darum, *wie* sich dieser Zusammenhang im Rahmen gesellschaftlicher Arbeitsteilung konstituiert und wie er mit Strategien von Kapitalverwertung einerseits und staatlicher Regulierung andererseits zusammenhängt. Hier kommt es in den letzten Jahren in der akademischen Debatte um Arbeit und Migration zu einem Rückbezug auf Begriffe, die am Anfang der Durchsetzung neoliberaler Hegemonie entstanden sind. In der Debatte um den „dualen Arbeitsmarkt“ wurde davon ausgegangen, dass seine „Segmentierung“ als Ausdruck von alternativen Kapitalverwertungsstrategien zu fassen ist. Neben Rationalisierung oder sozialen Kompromissen mit Stammbeschaften sei demnach auch die Neurekrutierung betrieb-

¹² Vgl. bereits im Kontext mit dem Einwanderungsgesetz (2004/2005): Karakayali/Tsianos (2005).

¹³ Beispielhaft ist hierfür in Österreich die von der ÖVP-FPÖ-Regierung veranlasste Indexierung/Kürzung der Familienbeihilfe für in Österreich arbeitende Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt im Ausland haben, wovon insbesondere 24-Stunden-Betreuerinnen betroffen sind (Parlament aktiv 2018).

¹⁴ Krings (2013): 269 ff.

licher Unterschichten auf der Grundlage von durch die jeweilige Staatsbürgerschaft definiertem ungleichen Zugang zu Rechten und Ressourcen eine zentrale Strategie von Unternehmensführungen und Management.¹⁵ Indem sie die instabilen Arbeitsplätze am unteren Ende der sozialen Hierarchie übernehmen, die von lokalen Arbeitskräften gemieden werden, federn Eingewanderte ökonomische Fluktuationen ab und sichern damit implizit stabilere Arbeitsbedingungen im primären Segment des Arbeitsmarktes.

Heute haben die zunehmende Transformation von Wertschöpfungsketten und die damit verbundene Fragmentierung von Beschäftigungsverhältnissen distinkte Modelle der Ausbeutung von Arbeitskraft hervorgebracht, in denen abgewertete migrantische Beschäftigung ihren Ort findet. Dies gilt nicht zuletzt im Bereich ‚neu‘ in Wert gesetzter Dienstleistungen. Das gilt in gleichem Maße für die 24-Stunden-Betreuung, für die neuen ‚Hubs‘ der Ernährungsindustrie wie für die Paketdienste und den Online-Handel. So werden aktuell ganze Sektoren und Geschäftszweige aus dem Gesamtzusammenhang dessen herauslöst, was früher als „Normalarbeitsverhältnis“ galt – und dem angenähert, was international Standard informeller Arbeitsverhältnisse ist.¹⁶

Für die Analyse dieser Entwicklung sind – so unsere These – neuere Konzepte der kritischen Migrationsforschung erkenntnisreich, die analytisch Formen der Kapitalverwertung und transnationale Mobilität von Arbeit verbinden. Auffällig ist, dass die in den vergangenen Jahrzehnten nach und nach erweiterten arbeitssoziologischen Perspektiven, wie wir sie hier nur ausschnitthaft am Begriff der Fragmentierung diskutiert haben, auch in der Migrationsforschung thematisiert wurden. Trotz der offensichtlichen Überschneidungspunkte geht es in den beiden Forschungsbereichen jedoch nicht um dasselbe, wobei selbst identische Begriffe manchmal anders konnotiert sind. So betonen Mezzadra und Neilson jene „differenzielle Inklusion“ neuer Migrant*innen, die eine Pluralisierung von Rechtsformen und die Unterscheidung in verschiedene Kategorien unterstellt, für die die Grenzen von Staaten und Staatenbündnissen ebenso wie die Grenzen von Arbeitsmärkten mehr oder weniger durch- oder undurchdringlich sind.¹⁷ Zentral erscheint uns dabei der Gedanke, dass das Ziel gegenwärtiger Grenz- und Migrationsregime nicht darin liegt, Migrant*innen einfach zu exkludieren, sondern transnationale Mobilitäten zu filtern, zu selektieren und zu hierarchisieren.¹⁸ Mit dem Konzept wird zum einen erfasst, dass unter dem Druck der Flexibilisierung von Arbeitsmärkten Prozesse der Fragmentierung und Prekarisierung im globalen Ausmaß Teil des Migrationsmanagements und damit der Definition von Staatsbürgerschaft geworden sind (vgl. etwa Punktesysteme, *green cards*, Aufenthalt auf Bewährung usw.). Zum anderen fördern die Stratifizierung und Vervielfältigung von Systemen der Einreise, des Aufenthalts und der sozialen Rechte die Diversifizierung migrantischer Subjektpositionen und führen zu einer „multiplication of labor“.¹⁹ Während Mezzadra und Neilson den Begriff der Multiplizierung von Arbeit jenem der (internationalen) Arbeitsteilung vorziehen, um die zunehmende Heterogenität von Arbeitsverhältnissen zu betonen – die sich nicht in eine einfache Hierarchie von Nord-Süd- oder Zen-

¹⁵ Piore (1979): 36, 39.

¹⁶ Vgl. hierzu Birke/Bluhm (2019): 24, 28.

¹⁷ Mezzadra/Neilson (2013).

¹⁸ Ebd.: 165.

¹⁹ Ebd.: 91f.

trum-Peripherie bringen lassen – argumentieren wir dafür, den Begriff der Arbeitsteilung als gesellschaftstheoretischen Horizont beizubehalten, um strukturelle Ungleichheits- und Abhängigkeitsverhältnisse nicht aus dem Blick zu verlieren. Zugleich sensibilisiert diese Perspektive dafür, Spannungen und Friktionen zwischen den (eigensinnigen) Praktiken und Bewegungen von Migrierten und dem Migrationsregime nicht auf eine Seite hin aufzulösen, sondern als analytischen Ausgangspunkt zu nutzen.

Dabei müssen rassifizierende Zuschreibungen als konstitutives Moment von Fragmentierungspolitiken betrachtet werden. In der US-Debatte wurde bereits vor 30 Jahren der Begriff der *racialisation of labor* aus einer Perspektive auf die ‚lange Geschichte‘ postkolonialer Klassengesellschaften eingeführt, vorrangig im Sinne einer Nutzung und Naturalisierung zugeschriebener ethnischer Differenzen in Arbeitsprozessen zur Spaltung der Beschäftigten.²⁰ Rassifizierungen sind ein zentraler Teil von Kapitalverwertungsstrategien. Sie müssen aus einer intersektionalen Perspektive immer mit anderen Dimensionen der Transformation gesellschaftlicher Arbeitsteilung zusammengedacht werden. Dabei sind Muster der geschlechtlichen Klassifizierung von Arbeit (‚Feminisierung‘²¹) rassifizierenden bzw. ethnischen Konstruktionen strukturell verwandt, wenngleich sie nicht ineinander aufgehen. Es braucht daher neben dem Blick auf strukturelle Mechanismen gesellschaftlicher Arbeitsteilung auch eine Analyse jener konkreten sozialen Prozesse, durch die bestimmte Gruppen von Arbeiter*innen auf unterschiedliche Beschäftigungsverhältnisse verteilt werden.²² So zeigen Studien, dass die Eignung von Migrant*innen für bestimmte Arbeiten von Unternehmerseite häufig mit ihrer besonders ‚flexiblen Haltung‘ begründet wird, die als ethnisierte und meist auch vergeschlechtlichte Konstruktion eines besonderen ‚migrantischen Arbeitsvermögens‘ fungiert.²³ Migrant*innen werden häufig als paradigmatische neoliberale Subjekte stilisiert, die Werte wie Flexibilität, Wettbewerbsfähigkeit und Disziplin verkörpern und damit den Anforderungen liberalisierter Arbeitsmärkte besonders gut gerecht würden. Umgekehrt zeigen Studien, wie migrantische Arbeit mit stark abwertenden Zuschreibungen verknüpft wird („fehlende Qualifikation“, „mangelnde Arbeitsmotivation“). Die Debatte um Arbeit in der Pandemie hat die Problematik der Auf- und Abwertung migrantisierter Arbeitskraft in prekären Arbeitsbereichen besonders deutlich gemacht.

4 Nach der Pandemie

In der Pandemie kam es zu einer kurzzeitigen Sichtbarmachung ‚systemrelevanter‘ Migrant*innen. Aber die öffentliche Aufmerksamkeit galt nur einem bestimmten Teil prekärer und migrantisierter Beschäftigung, auf den nicht zuletzt vor dem Hintergrund von Arbeitskräftemangel (etwa in der Spargelsaison 2020) sowie von Masseninfektionen (Fleischindustrie, im Sommer 2020) verwiesen wurde. Während der Arbeitskräftemangel auch die dauerhafte Funktionalität

²⁰ Roediger (2007 [1991]). Aktuell siehe Bonacich et al. (2008).

²¹ Mit Peterson (2010) verstehen wir unter Feminisierung ein Klassifikations- und Hierarchisierungsprinzip, durch das bestimmte Arbeiten als reproduktiv/unqualifiziert/von geringerem wirtschaftlichen Wert abgewertet werden (ebd.: 274).

²² Neuhauser (2019).

²³ Z. B. Waldinger/Lichter (2003).

einer Unterschichtung in abgewertete Arbeitsbereiche rechtfertigen könnte, war die Skandalisierung von Arbeitsbedingungen wegen Masseninfektionen zwar ein Gelegenheitsfenster für Kritik. Die Darstellung als Extremfälle der Ausbeutung vernachlässigte jedoch den systematischen Aspekt der Verwertung prekarisierter migrantischer Arbeit. Außerdem werden „nach“ der Pandemie die Gründe für die Regulierung und Verbesserung von Arbeitsbedingungen aus Sicht des Unternehmerlagers prompt wieder in Frage gestellt: Masseninfektionen gelten, wie bspw. in der Argumentation der neuen Verfassungsklage der Unternehmer gegen das Arbeitsschutzkontrollgesetz in der Bundesrepublik als „Sondersituation“, die das Verbot bspw. von Werkverträgen außerhalb jener Krise nicht rechtfertigen würden.

Dass davon nicht die Rede sein kann, sondern umgekehrt die Pandemie bereits vorhandene strukturelle Ungleichheit weiter vertieft, zeigen sozialwissenschaftliche Untersuchungen. In der Covid-19-Krise waren Migrant*innen stärker durch relative Verarmung bedroht.²⁴ Während eine Ursache dieser Tendenz eindeutig die stärkere Betroffenheit von Erwerbslosigkeit war, verweisen andere Studien auf zahlreiche Beispiele entgrenzter Mehrarbeit und steigende Beanspruchung und Gesundheitsgefährdung in Arbeitsprozessen.²⁵

Die Beobachtung ist mit Blick auf die Strukturen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung wenig überraschend. Vielmehr ist das ‚Wechselbad‘ aus Arbeitslosigkeit und Überarbeitung nicht nur das Resultat der krisenhaften Entwicklung, sondern auch jener arbeitspolitischen Fragmentierung, von der wir hier sprechen. In ihr ergänzen sich Verwertung und Entwertung. Erwerbslosigkeit ist das Spiegelbild der Überausbeutung. Die besondere Betroffenheit von Migrierten wird aber erst sichtbar, wenn man ihre „differentielle Inklusion“ in entwertete Arbeits- und Tätigkeitsfelder auf der Grundlage der oben beschriebenen Rassifizierungsprozesse und ihrer „multiplen Prekarität“ (prekärer Aufenthalt, prekäre Wohnsituation, prekäre soziale Absicherung) mitdenkt.

In der Forschung bildet sich dies bislang nur unzureichend ab: Wurde zwar die Bedeutung von Migrierten im Bereich ‚systemrelevanter‘ Beschäftigung öffentlich vielfach hervorgehoben, konzentrieren sich Untersuchungen bislang eher auf die Auswirkungen des Home-Office. Obgleich eine Beschäftigung im Home-Office keineswegs bedeutet, dass es sich durchgängig um existenzsichernde und dauerhafte Erwerbsarbeit handelt, so ist prekäre Beschäftigung und Gesundheitsrisiko in Covid-19-Zeiten doch dort verstärkt vorhanden, wo eine Anwesenheit am Arbeitsplatz unentbehrlich ist. Dass die Beschäftigung in prekären Arbeitsfeldern auch für Nicht-Migrierte die Wahrscheinlichkeit an Covid-19 zu erkranken sowie Einkommensverluste zu verzeichnen erhöht, zeigen in Deutschland erhobene Daten. Diejenigen, die unter den Folgen der Covid-19-Krise am massivsten leiden, gehören den unteren sozialen Klassen an. Gesundheitliche und ökonomische Risiken überschneiden sich am unteren Ende der Beschäftigungsstruktur und verstärken bereits bestehende Klassenungleichheiten.²⁶ Die in diesem Zusammenhang auftretende Herausforderung ist, Prekarisierung und Fragmentierung zum einen als allgemeine Dynamiken am Arbeitsmarkt zu begreifen („Prekarität ist überall“) und zum anderen die Spezifika der ‚Migrantisierung‘ von Prekarität zu berücksichtigen.

²⁴ Auf der Grundlage von quantifizierenden Datensätzen siehe OECD (2020).

²⁵ Siehe z. B. Birke (2021).

²⁶ Holst et al. (2020).

Der im Zuge der zwischenzeitlichen Grenzschießungen und Reisebeschränkungen deutlich gewordene permanente Mangel an Arbeitskräften für besonders prekäre Arbeitsbereiche deutet darauf hin, dass es auch in Zukunft weniger zu einem Migrationsstopp als zu einer weiteren Ausdifferenzierung der Einreise-, Aufenthalts- und Beschäftigungsbedingungen von Migrierten kommen wird – mit dem Effekt einer permanenten Unterschichtung migrantisierter Arbeit. Es ist insbesondere zu erwarten, dass eine nach Krisen in der Regel einsetzende Austeritätspolitik weitere Verschärfungen in Bezug auf prekäre Arbeitsverhältnisse im Allgemeinen und migrantisierte Beschäftigung im Besonderen mit sich bringen wird. Da die Fragmentierung von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen eine zentrale Kostensenkungsstrategie darstellt, ist außerdem davon auszugehen, dass sich diese Dynamiken auf den Arbeitsmärkten trotz politischer Lippenbekenntnisse zur Bekämpfung von Leiharbeits- oder Werkvertragsverhältnissen weiter zuspitzen.

Der Modus der Verwertung von Arbeitskraft hängt dabei sowohl an der Verstetigung der Nachfrage nach abgewerteter Arbeit als auch an jener „multiplen Prekarität“, die sowohl Arbeits- und Beschäftigungs- als auch Wohnverhältnisse betrifft und die nicht zuletzt durch den mangelnden Zugang zu allgemeinen sozialen Ansprüchen (wie in Deutschland bspw. Leistungen aus dem SGB II) und Aufenthaltsrechten geprägt ist. Die Verstetigung der Nachfrage nach Arbeitskräften in abgewerteten Arbeitsbereichen wird einerseits durch einen erhöhten Bedarf an bestimmten Waren und Dienstleistungen in der Krise (z. B. Online-Versandhandel) und andererseits durch die permanente „fundamentalökonomische“ Notwendigkeit der Bereitstellung bestimmter Dienstleistungen hervorgerufen (z. B. Altenpflege, 24-Stunden-Pflege).

Gefragt sind heute empirische Perspektiven, die den Zusammenhang zwischen Verwertungsprozessen, Reproduktion von Arbeitskraft und dem, was wir als ‚Migrantisierung‘ prekärer Arbeit bezeichnen, analysieren. Wie wir in diesem Beitrag argumentiert haben, wird sich die Arbeitssoziologie unter dem Eindruck dieser Perspektiven auch in systematisch-begrifflicher Hinsicht neuen Fragestellungen zuwenden (müssen): So wird einerseits die Fragmentierung und transnationale Rekrutierung von Belegschaften, andererseits der Blick auf gesellschaftliche Arbeitsteilung dies- und jenseits verbetrieblichter Arbeitsverhältnisse eine große Herausforderung, denn sie stellt auch eingespielte Perspektiven bspw. von Betriebsfallstudien (bis hin zu bestimmten methodologischen und methodischen Prämissen²⁷) auf den Prüfstand. Die Auseinandersetzung mit Arbeit, Migration und Rassismus ist insofern auch, aber nicht lediglich eine Erweiterung der Perspektiven eines Fachs oder die Interferenz zwischen zwei fachlichen Perspektiven. Es ist ein bedeutender, Gesellschaft strukturierender Konflikt. In der Frage nach Migration und Rassismus geht es „um’s Ganze“, nämlich die Frage, wie Arbeit und Wohlstand innerhalb von Gesellschaften und über Nationalgrenzen hinweg verteilt und bewertet werden: Während ein sich selbst legitimierender und verstärkender Rassismus mit einer verschärften Definition und Ausgrenzungen von „Anderen“ in abgewerteten Arbeitsbereichen befürchtet werden muss, werden in ihr auch Möglichkeiten von Teilhabe und Mitbestimmung neu verhandelt.

²⁷ Der Frage nach den methodologischen und methodischen Perspektiven (z. B. nach dem Wandel der Bedeutung von Betriebsfallstudien) muss an anderer Stelle nachgegangen werden.

Literatur

- Altenried, Moritz; Bojadžijev, Manuela; Höfler, Leif; Mezzadra, Sandro; Wallis, Mira (Hg.) (2017): *Logistische Grenzlandschaften: das Regime mobiler Arbeit nach dem Sommer der Migration*. Münster: Unrast.
- Anderson, Bridget (2010): Migration, Immigration Controls and the Fashioning of Precarious Workers. *Work, Employment and Society* 24 (2): 300–317.
- Batt, Rosemary; Appelbaum, Eileen (2017): The networked organisation: implications for jobs and inequality. In: Grimshaw, Damian et al. (Hg.): *Making work more equal*. Manchester: Manchester University Press, 70–89.
- Benvegnù, Carlotta; Haidinger, Bettina; Sacchetto, Devi (2018): Restructuring Labour Relations and Employment in the European Logistics Sector: Unions' responses to a Segmented Workforce. In: Doellgast, Virginia; Lillie, Nathan; Pulignano, Valeria (Hg.): *Reconstructing Solidarity. Labour unions, Precarious work, and the Politics of Institutional Change in Europe*. Oxford: Oxford University Press, 83–103.
- Birke, Peter; Bluhm, Felix (2019): Arbeitskräfte willkommen. *Neue Migration zwischen Grenzregime und Erwerbsarbeit*. *Sozial.Geschichte Online* 2019, Nr. 25: 11–44.
- Birke, Peter (2021): Die Fleischindustrie in der Corona-Krise. Eine Studie zu Arbeit, Migration und multipler Prekarität. *Sozial.Geschichte Online* 2021, Nr. 29. URL: <https://sozialgeschichteonline.files.wordpress.com/2020/12/birke-fleischindustrie-vorveroeffentlichung-heft-28-pdf.pdf> (Zugriff: 27. Januar 2021).
- Blauer Montag (2020): Vom Notstand der Arbeitsgesellschaft. *Sozial.Geschichte Online* 2020, Nr. 27: 97–120. URL: https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00072001 (Zugriff: 27. Januar 2021)
- Bluhm, Felix; Birke, Peter; Stieber, Thomas (2021): Hinter den Kulissen des Erfolgs. Eine qualitative Studie zu Ausbildung und Erwerbsarbeit von Geflüchteten. SOFI Working Paper 2021-21, Göttingen: SOFI. URL: http://134.76.19.75/fileadmin/Working_paper/SOFI_WP_Bluhm_Birke_Stieber_Hinter_den_Kulissen_des_Erfolgs.pdf (Zugriff: 3. September 2021).
- Bonacich, Edna; Alimahomed, Sabrina; Wilson, Jake B. (2008): The Racialization of Global Labor. *American Behavioral Scientist* 52 (3): 342–355.
- Brücker, Herbert et al. (2020): Fünf Jahre „Wir schaffen das“: Eine Bilanz aus der Perspektive des Arbeitsmarktes (IAB-Forschungsbericht 11 | 2020). Nürnberg.
- Cook, Maria Lorena; Dutta, Madhumita; Gallas, Alexander; Nowak, Jörg; Scully, Ben (2020): Times of Upheaval and Uncertainty: The Year in Review. *Global Labor Journal* 11 (3): 202–205.
- Doellgast, Virginia; Lillie, Nathan; Pulignano, Valeria (2018): *Reconstructing solidarity: Labour unions, precarious work, and the politics of institutional change in Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Expertenrat für Integration (2021): Integrationsbericht 2020 – 10 Jahre Integrationsbericht. URL: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/integration/integrationsbericht.html> (Zugriff: 5. August 2021)
- Felbo-Kolding, Jonas; Leschke, Janine; Spreckelsen, Thees (2019): A division of labour? Labour market segmentation by region of origin: the case of intra-EU migrants in the UK, Germany and Denmark. *Journal of ethnic and migration studies* 45 (15): 2820–2843.

- Flecker, Jörg (2010): Fragmenting labour: Organisational restructuring, employment relations and the dynamics of national regulatory frameworks. *Work Organisation, Labour and Globalisation* 4 (1): 8–23.
- Holst, Hajo; Fessler, Agnes; Niehoff, Steffen (2020): Covid-19, Social Class and Work Experience in Germany: Inequalities in Work-Related Health and Economic Risks. *European societies* 23 (1): 495–512.
- Holst, Hajo (Hg.) (2017): *Fragmentierte Belegschaften. Leiharbeit, Informalität und Soloselbständigkeit in globaler Perspektive*. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Karakayali, Serhat; Tsianos, Vasilis (2005): Mapping the Order of New Migration. *Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration*. *PERIPHERIE* 97/98 (25): 35–64.
- Krings, Torben (2013): Von der „Ausländerbeschäftigung“ zur Rot-Weiß-Rot-Karte: Sozialpartnerschaft und Migrationspolitik in Österreich. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 42 (3): 263–278.
- Löw, Neva (2021): Arbeitskämpfe im Migrationsregime nach 2015. Ein Streik bei Amazon. In: Buckel, Sonja; Graf, Laura; Kopp, Judith; Löw, Neva; Pichl, Maximilian (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik seit 2015*. Bielefeld: transcript, 157–187.
- Maaroufi, Mouna (2020): Zwischen Verwertung und Abwertung von Arbeitsvermögen: Aneignung und Aushandlung von Wissen in Integrationsinfrastrukturen. *Widersprüche* 40 (156): 11–24.
- Marchington, Mick; Grimshaw, Damian; Rubery, Jill; Willmott, Hugh (Hg.) (2005): *Fragmenting Work. Blurring Organizational Boundaries and Disordering Hierarchies*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Mezzadra, Sandro; Neilson, Brett (2013): *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*. Durham: Duke University Press.
- Neuhauser, Johanna (2019): Die Funktion migrantischer Arbeit – Zur Aktualität klassischer Segmentierungstheorien. *Kurswechsel* 3 (Arbeit und Migration: Strukturen, Konflikte, Interessen): 13–22.
- OECD (2020): What is the impact of the COVID-19 pandemic on immigrants and their children? *OECD Policy Responses to Coronavirus (COVID-19)*. URL: <http://www.oecd.org/coronavirus/policy-responses/what-is-the-impact-of-the-covid-19-pandemic-on-immigrants-and-their-children-e7cbb7de/> (Zugriff: 3. Februar 2021).
- Parlament aktiv (2018): *Parlamentskorrespondenz Nr. 1160 vom 24.10.2018*. Nationalrat stimmt Indexierung der Familienbeihilfe zu. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK1160/ (Zugriff: 7 August 2021).
- Peterson, Spike (2010): Global householding amid global crises. *Politics & Gender* 6 (2): 271–281.
- Piore, Michael (1979): *Birds of passage: migrant labor and industrial societies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pries, Lutger (2010): Internationalisierung von Arbeitsmobilität durch Arbeitsmigration. In: Böhle, Fritz; Voß, Günter G.; Wachtler, Günther (Hg.): *Handbuch Arbeitssoziologie*. Wiesbaden: Springer, 729–750.
- Riedner, Lisa (2018): *Arbeit! Wohnen! Urbane Auseinandersetzungen um EU-Migration*. Münster: edition assemblage.
- Roediger, David R. (2007): *The wages of whiteness: race and the making of the American working class*. Rev. ed. Haymarket series. London/New York: Verso.

Schmidt, Werner (2020): Geflüchtete im Betrieb: Integration und Arbeitsbeziehungen zwischen Resentiment und Kollegialität. Bielefeld: transcript Verlag.

Waldinger, Roger; Lichter, Michael I. (2003): How the Other Half Works. Berkeley: University of California Press.

Wolf, Harald (2018): Auf der Suche nach der fragmentierten Arbeit. Über produktive Irritationen im Sekundäranalyselabor. AIS. Arbeits- und Industriesoziologische Studien 11 (1): 76–90.

Globale Arbeitsstudien in der Coronakrise: Überlegungen für ein Forschungsprogramm

Alexander Gallas , Maria Lorena Cook , Madhumita Dutta , Jörg Nowak , Ben Scully ¹

Zusammenfassung: Die Pandemie hat alle Länder rund um den Erdball erfasst, aber ihre gesellschaftlichen Auswirkungen sind noch nicht genau erkennbar. Wir befinden uns inmitten eines tiefen historischen Bruchs und sind mit dramatischen ökonomischen, politischen und alltagspraktisch-kulturellen Veränderungen sowie neuartigen gesellschaftlichen Kämpfen konfrontiert. Vor diesem Hintergrund ist es geboten, ein Forschungsprogramm für die globalen Arbeitsstudien auszuarbeiten, das dem gegenwärtigen Moment gerecht wird. In unserem Text stellen wir acht Themenkomplexe zur Diskussion, deren Analyse unserer Auffassung nach an der Tagesordnung ist. Dabei präsentieren wir jeweils eine Leitfrage und mehrere Unterfragen. Es geht um die Verschiebungen zwischen nationaler und globaler Ebene, die Unterscheidung zwischen formellem und informellem Sektor, Ungleichheiten und Klassenspaltungen, politische Umwälzungen, die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsprozess, die ökologische Krise und Arbeit im Hochschulbereich.

Abstract: The pandemic has engulfed all countries around the world, but its social consequences are not entirely clear. We are in midst of a deep historical rupture, and we are confronted with dramatic economic, political and cultural shifts, with deepening inequalities and injustices and with novel social struggles. Against this backdrop, it becomes necessary to develop a research programme for Global Labour Studies that is capturing the present moment. In our article, we discuss eight general topics that should be high on the agenda in our view. For each topic, we present a guiding question and several sub-questions. The topics concern changes between the national and the global level, the distinction between the formal and the informal sector, inequalities and class divisions, political shifts, digitalisation and the labour process, the ecological crisis and work in higher education.

¹ Dr. Alexander Gallas, Universität Kassel, E-Mail: alexandergallas@uni-kassel.de; Prof. Dr. Maria Lorena Cook, Cornell University, E-Mail: mlc13@cornell.edu; Dr. Madhumita Dutta, Ohio State University, E-Mail: dutta.71@osu.edu; Dr. Jörg Nowak, Universidade de Brasília, E-Mail: joerg.nowak@gmx.net; Dr. Ben Scully, University of the Witwatersrand, E-Mail: ben.scully@wits.ac.za.

Bei dem Text handelt es sich um die übersetzte, gekürzte und überarbeitete Fassung eines Artikels, der im Mai 2020 im *Global Labour Journal* (Jg. 11, H. 2) erschienen ist (URL: <https://mulpress.mcmaster.ca/globallabour/issue/view/398>, Zugriff: 13. September 2021).

Einleitung: Zur Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit von Arbeit in Pandemie

Am 14. Februar 2020 veröffentlichten vier Epidemiolog:innen der Harvard University ein Papier, in dem es um das Erkennen von COVID-19-Infektionen von Einreisenden nach Grenzübertritt ging. Ihr „Goldstandard für nahezu perfekte Erkennung“ war Singapur – ein Land, das „historisch gesehen sehr starke epidemiologische Überwachungs- und Kontaktverfolgungskapazitäten hat und in der COVID-19-Epidemie den Nachweis erbracht hat, über eine hohe Sensitivität im Bereich der Fallerkennung zu verfügen“ (Niehus et al. 2020: 1, 3).² Am 21. April 2020 berichtete die *New York Times*, dass der südostasiatische Stadtstaat die meisten Infektionen in der Region aufweist (Beech 2020). Untersuchungen ergaben, dass sich das Virus in den Schlafstätten von Wanderarbeiter:innen ausgebreitet hatte. Die „verborgene Stätte der Produktion“ (Marx 1867/72: 189) sowie die Behausungen, in denen sich das Leben der Arbeiter:innen reproduziert, erwiesen sich als wichtigere Faktoren für die Infektionsdynamik als ein hochgelobtes Erkennungssystem an der Grenze. Prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen sind von zentraler Bedeutung für die Ausbreitung der Pandemie.

Am Fall Singapurs lassen sich zwei wichtige Merkmale des Gegenwartskapitalismus aufzeigen: Erstens bringen gesellschaftliche Arbeitsteilungen steile Hierarchien und enorme Ungleichheiten beim Zugang zu Ressourcen mit sich, die mit der Frage von Tod und Leben verknüpft sind. Der Kapitalismus in seinen unterschiedlichen historischen und geographischen Ausprägungen ist also immer auch als „nekropolitisch-ökonomisches System“ (Liebman et al. 2020: 333) zu verstehen. Dabei geht es um die Klassenspaltung, aber auch um ihre Verknüpfung mit geschlechtsspezifischen, rassistischen, ethnischen und auf Kasten beruhenden Arbeitsteilungen. Zweitens bedeutet die Abhängigkeit der Weltwirtschaft von Arbeitskräften auch eine Abhängigkeit von Arbeitsmigration, die trotz nationalistischer Mobilisierungen und zeitweiliger Grenzschießungen bestehen bleibt. Die Infrastruktur des Gesundheitswesens und die Netzwerke der Lebensmittelproduktion in den meisten Ländern des globalen Nordens würden ohne migrantische Arbeiter:innen zusammenbrechen.

Unsere Eingangsbemerkungen zeugen von der anhaltenden Relevanz der globalen Arbeitsstudien – einem Projekt, dem wir uns als Wissenschaftler:innen und Herausgeber:innen des *Global Labour Journals* verschrieben haben.³ Die Pandemie hat alle Länder rund um den Erdball erfasst, aber ihre Auswirkungen sind noch nicht genau erkennbar. Wir befinden uns inmitten eines tiefen historischen Bruchs und sind mit dramatischen ökonomischen, politischen und alltagspraktisch-kulturellen Veränderungen sowie neuartigen gesellschaftlichen

² Zitate aus englischsprachigen Texten sind von den Autor:innen übersetzt worden.

³ Die Arbeits- und Industriosozio­logie im deutschsprachigen Raum ist zwar nicht mit dem der Globalen Arbeitsstudien deckungsgleich, aber es ergeben sich wichtige Überschneidungen: das Interesse an einer Auseinandersetzung mit den kontinuierlichen technischen und organisatorischen Veränderungen im Arbeitsprozess und ihren subjektiven Verarbeitungsformen, die Befassung mit Konflikten, die sich aus Arbeitsverhältnissen ergeben, und nicht zuletzt auch der Versuch, über den Einstiegspunkt ‚Arbeit‘ gesellschaftliche Verhältnisse in ihrem größeren Zusammenhang zu entschlüsseln. Eine wichtige Voraussetzung für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Arbeit aus globaler Perspektive ist die Überwindung von Sprachbarrieren, die mitunter auch Grenzen zwischen epistemischen Gemeinschaften markieren. Unser Text ist als ein kleiner Beitrag dazu anzusehen, diese Barrieren zu überschreiten – und somit als Versuch, ins Gespräch zu kommen.

Kämpfen konfrontiert. Vor diesem Hintergrund ist es geboten, ein Forschungsprogramm für globale Arbeitsstudien auszuarbeiten, das dem gegenwärtigen Moment gerecht wird. Im Folgenden stellen wir acht Themenkomplexe zur Diskussion, deren Analyse unserer Auffassung nach an der Tagesordnung ist. Dabei präsentieren wir jeweils eine Leitfrage in den Abschnittsüberschriften und mehrere Unterfragen im Fließtext.

Unsere Forschungsperspektive ergibt sich aus einem Gesichtspunkt, der auch anhand des Beispiels Singapurs deutlich wird: Die Sichtbarkeit von Arbeitsverhältnissen verschiebt sich in der gegenwärtigen Krise immer wieder. Bestimmte Beschäftigtengruppen werden übersehen, bis die materielle Gewalt der Pandemie sie kurz ins Rampenlicht rückt – um wieder vergessen zu werden, sobald es neue Schauplätze und Dynamiken der Krise gibt (z.B. die Beschäftigten in Supermärkten oder im Gesundheitswesen). Anknüpfend an eine lange Tradition materialistischer und feministischer Forschung sehen wir es als wichtige Aufgabe an, Sichtbarkeit zu verstetigen und zu erweitern. Es gilt, das Unsichtbare ans Licht zu zerren (vgl. Blauer Montag 2020: 11), also die ‚verborgnen‘ Stätten der Produktion und Reproduktion aufzusuchen, um die dortigen Arbeits- und Lebensbedingungen ebenso wie Konflikte zu beschreiben und zu analysieren.

1 Wie verändert sich das Verhältnis zwischen nationaler und globaler Ebene?

Herkömmliche Darstellungen von Globalisierungsprozessen heben die gewachsene Bedeutung der Global Governance hervor. Die Coronakrise hat jedoch die Schwäche und Fragilität internationaler Institutionen aufgezeigt, beispielsweise der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der von Donald Trump die Legitimität abgesprochen wurde. Die EU erlebte zu Beginn der Pandemie, dass die französische und die deutsche Regierung nationale Interessen über die europäische Koordination und Solidarität stellten, indem sie vorübergehend den Export von Masken und Schutzkleidung verhinderten (Gassmann 2020; Spiegel 2020). Gleichzeitig hat die Coronakrise offengelegt, in welchem Ausmaß die Weltwirtschaft auf globale Produktionsnetzwerke angewiesen ist. Gesundheitsbehörden aus der ganzen Welt konkurrierten zu Beginn der Pandemie auf dem Weltmarkt um Schutzausrüstungen. Und nachdem die Fabriken im ersten Epizentrum der Pandemie, der Provinz Hubei in China, geschlossen wurden, mussten Autohersteller auf der ganzen Welt die Produktion unterbrechen (EIU 2020; Frew 2020). Zudem zeigt sich die Abhängigkeit der Weltwirtschaft von Arbeitsmigrant:innen. Ein Viertel des Krankenhauspersonals und ein Fünftel der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich in Großbritannien sind nicht innerhalb des Landes geboren (Kotecha 2019; Nuffield Trust 2019). In Deutschland erlaubte die Regierung im Frühjahr 2020 landwirtschaftlichen Betrieben, 80.000 Arbeiter:innen aus Osteuropa einzufliegen, die bei der Spargelernte helfen sollten – trotz der Tatsache, dass die Grenzen zu dieser Zeit geschlossen waren (Bogoeski 2020). Zeitgleich stattete die italienische Regierung Arbeitsmigrant:innen ohne Papiere im großen Stil mit befristeten Arbeitserlaubnissen aus (Reuters 2020). Und in den Vereinigten Staaten wurden eingewanderte Landarbeiter:innen als ‚systemrelevante‘ [essential] Arbeitskräfte eingestuft, obwohl eine große Anzahl keine Papiere hatte und von den US-Einwanderungsbehörden abgeschoben werden konnte (Jordan 2020).

Aus diesen Beobachtungen ergeben sich eine Reihe von Fragen: Wie wirken sich der zunehmende Nationalismus und die Fragmentierung von Global Governance auf Wirtschaftsstrukturen aus? Treten wir in eine Periode der Autarkie ein oder erleben wir eine Vertiefung der wirtschaftlichen Globalisierung bei einer gleichzeitigen Verstärkung des Nationalismus auf politischer Ebene? Wie wirken sich das Anschwellen des Nationalismus und die Störungen transnationaler Wirtschaftsnetzwerke auf Arbeitsmigration einerseits sowie transnationale und globale Organisations- und Aktionsformen von Beschäftigten andererseits aus?

2 Welche Folgen hat die Coronakrise für die Unterscheidung zwischen formeller und informeller Arbeit?

Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass sich formell und informell Beschäftigte in prekären Lagen befinden. Für diejenigen, die das Glück haben, ausgebeutet zu werden – um eine altbekannte Redensart zu bemühen – bedeutet die Fortsetzung ihrer Arbeit eine Gesundheitsgefahr. Zugleich kann man davon ausgehen, dass auf Grund der grassierenden Arbeitslosigkeit viele Arbeitskräfte in die Informalität gedrängt werden. Dort, wo Sozialsysteme lückenhaft sind, haben Lockdowns nicht nur den Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge, sondern die Betroffenen sind auch von Armut und Hunger bedroht. Letztes Jahr warnte die ILO (2020) davor, dass 1,6 Milliarden informell Beschäftigte Gefahr laufen, ihre Existenzgrundlage zu verlieren. Bei dieser Zahl handelt es sich annähernd um die Hälfte der weltweiten Erwerbsbevölkerung.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was gemeinsame Interessen und potenzielle Konflikte zwischen formell und informell Beschäftigten sind. Es ist geboten, sich mit den verschwimmenden Unterscheidungen zwischen Kategorien wie ‚informell‘ und ‚formell‘ oder ‚prekär‘ und ‚abgesichert‘ zu befassen – und sich mit arbeitsrechtlichen Regelungen und Formen der Sozialpolitik auseinanderzusetzen, die allen Beschäftigtengruppen Schutz bieten.

3 ‚Wir sitzen nicht im selben Boot‘: Wie wirkt sich die Coronakrise auf Ungleichheiten und Klassenspaltungen aus?

Es gibt einige Schlagworte, die in der Zeit von COVID-19 zum täglichen Sprachgebrauch geworden sind: z.B. ‚Wir sitzen alle im selben Boot‘ [We’re in this together], ‚soziale Distanzierung‘ oder ‚die Kurve abflachen‘. Dabei wird davon ausgegangen, dass wir in einer Gesellschaft leben, die sozial, politisch und wirtschaftlich von Gleichheit geprägt ist – weshalb wir uns in der Pandemie auch gleich verhalten sollen. Diese Annahme entpolitisiert die Produktions- und Reproduktionsverhältnisse und die von ihnen hervorgebrachten Hierarchien und Spaltungen (Bhaskaran et al. 2021). Die Pandemie hat bestehende Ungleichheiten entlang der Linien von Klasse, Rasse, Geschlecht und Einwanderungsstatus verstärkt. In zahlreichen Ländern haben Arbeiter:innen aufgrund lückenhafter öffentlicher Infrastrukturen und fehlender staatlicher Angebote keine oder nur eine eingeschränkte Krankenversicherung. Beispielsweise waren 2019 etwa 29 Millionen Menschen in den Vereinigten Staaten mit zumeist niedrigem

Einkommen nicht versichert (Tolbert et al. 2020). Darüber hinaus offenbaren höhere Infektionszahlen unter Afroamerikaner:innen, Personen lateinamerikanischer Abstammung sowie Indigenen die anhaltende Rassendiskriminierung. Beengte Wohnverhältnisse, chronische Krankheiten, Gewalt, institutioneller Rassismus, Zwangsräumungen, niedrige Einkommen und die Beschäftigung in ‚systemrelevanten‘ Dienstleistungsbranchen führen dazu, dass Nicht-Weiße in vielen Fällen höheren Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind – und in Pandemiezeiten gilt dies noch mehr, als es ohnehin der Fall ist (Golden 2020). Diese Ungleichheiten sind aber nicht nur innerhalb von Ländern sichtbar, sondern auch entlang des globalen Nord-Süd-Gefälles. Als beispielsweise mexikanische Arbeiter:innen an COVID-19 erkrankten und starben, setzte die US-Regierung Mexiko unter Druck: Industrieanlagen, die den US-Markt beliefern, sollten wieder geöffnet werden (Linthicum et al. 2020). Obwohl die mexikanische Regierung die Schließung aller nicht lebensnotwendigen Betriebe anordnete, wurden einige Fabriken wieder in Betrieb genommen (Bacon 2020).

Die globale Gesundheitskrise wie auch das Krisenmanagement auf Regierungsseite hat also hochgradig unterschiedliche Auswirkungen auf verschiedene gesellschaftliche Gruppen – sowohl global gesehen als auch auf nationaler Ebene. Es stellen sich die Fragen, wie Herrschaftsverhältnisse wie Klasse, ‚race‘, Geschlecht und Kaste in der Krise neu konfiguriert werden und wie sich dies auf Beschäftigte auswirkt – sowohl am Arbeitsplatz als auch in den eigenen vier Wänden.

4 Bringt die Coronakrise neue Formen der Organisierung und Mobilisierung von Arbeiter:innen hervor?

In der Krise entstehen neuartige Formen kollektiven Agierens von Arbeiter:innen, die sich vor allem an der Forderung nach wirksamen Infektionsschutz sowie der vorübergehenden Schließung von Betrieben, in denen sich das Virus ausgebreitet hat, festmachen. Bereits im Februar 2020 gingen in Hongkong 2.500 Beschäftigte des Gesundheitswesens auf die Straße, die sich für die Schließung der Grenze zu China als Gesundheitsschutzmaßnahme einsetzten (Barron 2020; Ramzy/May 2020). Im März 2020 gab es in Italien eine branchenübergreifende Streikwelle, die eine Reihe großer Firmen betraf (Pontarelli 2020; Tamma 2020). Etwa zur gleichen Zeit kam es in den Vereinigten Staaten zu zahlreichen lokal begrenzten Streiks und Protesten in verschiedenen Sektoren, darunter im Bauwesen, im Einzelhandel und bei Lieferdiensten (Fung 2020; Gurley 2020a, 2020b; Haag 2020). Gleiches gilt für Mexiko. In den Montagewerken entlang der Grenze zu den USA führten Arbeiter:innen Streiks durch, um gegen fehlenden Gesundheitsschutz zu protestieren (London 2020; London/Lobo 2020). In Deutschland stießen Warnstreiks im öffentlichen Personennahverkehr und im öffentlichen Dienst im Herbst 2020 laut einer Umfrage zwar auf breites Verständnis in der Bevölkerung (Findert et al. 2021: 8). In den Medien wurden die Streikenden jedoch bisweilen dafür kritisiert, durch die Störung von Abläufen des alltäglichen Lebens die Krisensituation weiter zu verschärfen (Agar 2020; Beucker 2020).

Hieraus ergeben sich folgende Fragen: Gehen aus den Streikwellen neue Organisierungsbemühungen hervor oder schwächt die massive Arbeitslosigkeit Bewegungen um Arbeit und

Gewerkschaften? Wie wirken sich Coronamaßnahmen auf die Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit aus? Können aus fragmentierten lokalen wilden Streiks größere Arbeitskämpfmaßnahmen und Formen der transformativen, translokalen Solidarität entstehen? Und wie lassen sich die neuen Kämpfe angemessen analysieren – und welche Rolle spielen dabei Mikro- und Makroperspektiven?

5 Inwieweit führt die Coronakrise zu grundsätzlichen politischen Verschiebungen und welche Konsequenzen resultieren daraus für Arbeiter:innen?

In der Coronakrise kommt es zu gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Kontrolle über wirtschaftliche, politische und soziale Institutionen. Auf Regierungsseite gibt es einerseits die Tendenz, Großkonzerne und gewichtige Industriezweige zu retten, autoritäre und nationalistische Entwicklungen zu befeuern, Bevölkerungen zu spalten und bestehende Ungleichheiten zu verschärfen. Die Krise hat einigen Regierungen den Vorwand geliefert, per Dekret zu regieren, Bürgerrechte einzuschränken und Wahlen auszusetzen. Auch in etablierten Demokratien spielen rechtsautoritäre Kräfte eine wichtige Rolle. Andererseits entstehen aber auch neue Interventionsräume für die Bekämpfung der Klimakrise sowie für die Veränderung von Arbeitsverhältnissen und von Gesundheits-, Sozial- und Bildungssystemen.

Alle Phasen der Pandemie – Lockdowns, Öffnungen, erneute Einschränkungen – haben neue politische Dilemmata und Streitpunkte geschaffen; und es liegt auf der Hand, dass politische Verschiebungen erhebliche Auswirkungen auf Beschäftigte haben werden. Einschränkungen von demokratischen Verfahren erweisen sich im Zweifelsfall auch als Hindernis für die Verteidigung und Durchsetzung von Beschäftigteninteressen. Nutzen Regierungen und Unternehmensführungen also die Wirtschaftskrise und die Massenarbeitslosigkeit, um Forderungen zu blockieren und bestehende Ansprüche von Beschäftigten zu beschneiden? Oder könnte die diskursive Aufwertung von ‚systemrelevanten‘ Beschäftigten zu besserer Entlohnung, einem Ausbau von Sozialleistungen und besseren Arbeitsbedingungen führen? Besteht eine Chance, dass die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung von Arbeitsmigration anerkannt wird und in einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation von Migrant:innen mündet? Könnten die Gewerkschaften nach der Pandemie also eine größere Rolle bei der Neugestaltung von Politik und Institutionen spielen? Wie lange werden die Auswirkungen der Krise überhaupt zu spüren sein? Und ab wann werden Regierungen willens und in der Lage sein, die Zunahme von Armut, Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und prekärer Arbeit wirksam zurückzudrehen?

6 Wie verändern digitale Infrastrukturen, die in der Coronakrise entstanden sind, den Arbeitsprozess?

Es sieht so aus, dass die Coronakrise einen Technologiesprung zur Folge hat, der die aktuelle Tendenz zur Digitalisierung und Automatisierung beschleunigt. Einige dieser Entwicklungen

sind in politischen Strategien vorgezeichnet – z.B. in der deutsch-französischen Initiative von Angela Merkel und Emmanuel Macron zur wirtschaftlichen Erholung Europas, die sich für Digitalisierung stark macht (Bundesregierung 2020). Sie zeigen sich aber auch auf der wirtschaftlichen Ebene. Siemens hat seine bedeutsame Energiesparte vom Hauptunternehmen abgespalten, um sich auf digitale Industrien zu konzentrieren (Hegmann 2020; Heise 2020). Die aktuellen Massenentlassungen von Stammebelegschaften – wie etwa die Ankündigung von Boeing, die Belegschaft bis Ende 2021 von 160.000 auf 130.000 Leute zu reduzieren, oder von Uber und Airbnb, tausende Beschäftigte rund um die Welt zu entlassen – ebnen den Weg für diese Beschleunigung (BBC 2020; Financial Times 2020; Collinson 2020). Vermutlich wäre dies früher oder später ohnehin geschehen, aber der aktuelle Einbruch der Nachfrage erlaubt es großen Unternehmen, die Einführung neuer Technologien zu beschleunigen. Das könnte angesichts des Bankrotts vieler kleiner und mittlerer Unternehmen mit einer zusätzlichen Kapitalkonzentration einhergehen; der für die Digitalisierung notwendige Kapitaleinsatz ist deutlich höher, als dies bei früheren Wellen der technologischen Umstrukturierung der Fall war. So könnte die Krise auch die verbliebenen Stammebelegschaften sehr hart treffen.

Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, zu untersuchen, wie die neuen digitalen Infrastrukturen die Arbeitsorganisation verändern (z.B. durch die Verlagerung des Arbeitsplatzes in die Wohnung) und was das für Beschäftigte bedeutet. Welchen Überwachungs- und Kontrollmechanismen sind diese ausgesetzt? Was bedeutet das Arbeiten von zuhause für die Reproduktion der Arbeitskraft? Wie können Beschäftigte sich organisieren und Widerstand gegen die Kontrolle durch Vorgesetzte leisten, wenn sie mit Hilfe digitaler Technologien diszipliniert werden oder isoliert von Kolleg:innen arbeiten? Wie werden die bei der Arbeit generierten Daten von Unternehmen genutzt? Und lassen sich Entlassungen im Zuge von Digitalisierungsprozessen verhindern?

7 Wie beeinflusst die Coronakrise Versuche, die globale ökologische Krise anzugehen, und was bedeutet das für Beschäftigte?

Die globale Pandemie steht im engen Zusammenhang mit der globalen ökologischen Krise (Gills 2020; Malm 2020; Peet/Peet 2020; Satgar 2020). Das fortgesetzte Eindringen menschlicher Siedlungen und industrieller Agrikultur in natürliche Lebensräume und die Ausbeutung der Natur durch Wilderei setzen die Menschheit gefährlichen Krankheitserregern aus. In diesem Sinne hat die Gesundheitskrise die Fragilität der „gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ (Brand/Wissen 2011) unter kapitalistischen Bedingungen offengelegt; und die materielle Gewalt der Pandemie hat gezeigt, dass es dringend nötig ist, die ökologische Krise anzugehen. Die Lockdowns haben zeitweise zu einer drastischen Reduzierung der CO₂-Emissionen geführt, und sogar Trump wies General Motors zwischenzeitlich an, Beatmungsgeräte zu produzieren. Aber die tiefe Wirtschaftskrise geht auch mit der Gefahr einher, dass Regierungen umweltverschmutzende Industriezweige schützen, anstatt auf Konversion zu setzen. Im Mai 2020 rettete die Regierung Merkel Lufthansa mit 9 Milliarden Euro, und Macron gab ungefähr die

gleiche Summe aus, um die französische Autoindustrie zu unterstützen (Mallet 2020; Sweeney 2020).

Für Arbeiter:innen verschärfen sich bereits bestehende Spannungen und Dilemmata. Einerseits sind viele von ihnen in Industriezweigen tätig, die im großen Umfang natürliche Ressourcen verbrauchen und erheblich zu CO₂-Emissionen beitragen. Andererseits ist ihr ökologischer Fußabdruck geringer als der von Menschen mit höherem Einkommen, sowohl im globalen Norden als auch im Süden (Boucher 2016; Wiederhofer et al. 2017). Darüber hinaus haben sie weniger materielle Ressourcen, mit deren Hilfe sie sich vor den Folgen des Klimawandels schützen können.

Vor diesem Hintergrund stehen mehrere Fragen im Raum: Wie wirkt sich die Pandemie auf Arbeitsplätze in umweltverschmutzenden Industriezweigen aus? Entstehen durch Digitalisierung und Automatisierung Möglichkeiten für eine ‚Ökologisierung‘ der Arbeit? Ergeben sich neue Chancen für industrielle Konversion? Und wie sind die Aussichten für Bündnisse zwischen Gewerkschaften, Parteien der Linken und ökologischen Bewegungen, die sich einer sozial-ökologischen Transformation verschreiben?

8 Wie wirkt sich die Coronakrise auf Arbeitsforscher:innen aus und wie werden die Arbeitsbedingungen in Universitäten sowie Forschungseinrichtungen umgestaltet?

Arbeitsforscher:innen sind lohnabhängig Beschäftigte – in der Regel an Universitäten oder akademischen Forschungseinrichtungen. Einige sind zudem Gewerkschafter:innen oder Aktivist:innen, die sich für die Verbesserung von Arbeitsverhältnissen engagieren. Ihre Aktivitäten gehören somit zum Gegenstandsbereich der globalen Arbeitsstudien, zumal diese politisch und analytisch relevante Fragen zum Verhältnis von Wissenschaft und Aktivismus aufwerfen. In Ländern mit vermarktlichten Hochschulsystemen sind bereits drastische finanzielle Auswirkungen der Krise zu konstatieren. Da es weniger Studierende gibt – und vor allem weniger ‚out of state students‘ sowie ausländische Studierende, die höhere Gebühren zahlen – schwinden die Einnahmen. Das US-Arbeitsministerium legte im Februar 2021 Zahlen vor, denen zufolge seit Beginn der Pandemie 650.000 Stellen im Hochschulbereich weggefallen sind. Das entspricht einer Verringerung von 16 Prozent. Im australischen Bundesstaat Victoria sind an öffentlichen Universitäten im Jahr 2020 14 Prozent der Arbeitsplätze, also 7.500 Stellen, gestrichen worden, und in England steht eine große Entlassungswelle unmittelbar bevor (Bauman 2021; Heffernan 2021; Staton 2021). Aber auch überwiegend staatlich finanzierte Universitäten, wie es sie in vielen kontinentaleuropäischen Ländern weiterhin gibt, könnten von Budgetkürzungen stark getroffen werden, sobald die Regierungen versuchen, die in der ersten Phase der Krise durch Rettungsaktionen und fiskalische Expansion entstandenen Staatsschulden zu reduzieren. Es wird befürchtet, dass die Verlagerung hin zur Online-Lehre in Verbindung mit einer Finanzierungskrise zu einer dauerhaften Verringerung von Arbeitsplätzen im Hochschulsektor führt, und dass große Tech-Unternehmen die Hochschulbildung

schlucken werden, was die bereits bestehenden Ungleichheiten beim Zugang zur Hochschulbildung noch weiter vergrößern könnte (Galloway 2020; Ivancheva/Swartz 2020; O'Hara 2020).

Angesichts solcher Prophezeiungen stellen sich eine Reihe von Fragen: Wie verändert die Umstellung auf Online-Lehre und -Gremienarbeit den akademischen Arbeitsprozess? Was bedeutet das für Entscheidungshierarchien bzw. für Entscheidungen bezüglich der Arbeitsorganisation? Welche Auswirkungen auf die Beschäftigungsverhältnisse resultieren daraus? Verstärken sich Prekarisierungstendenzen? Wie reagieren die Gewerkschaften und wo zeigt sich Widerstand gegen Stellenstreichungen und Kürzungen? Wie wirken sich die Veränderungen auf Studierende aus? Wo liegen Potentiale für Bündnisse zwischen Studierenden und Universitätspersonal, wenn es um Stellenstreichungen und verschlechterte Arbeitsbedingungen geht? Was sind die Klasseneffekte der Transformation des Hochschulwesens und wie wirken sie sich auf die Unterscheidung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit aus?

Schluss: Der Beitrag der globalen Arbeitsstudien zur Erforschung der Coronakrise

Auf Grundlage unserer Ausführungen sollte deutlich geworden sein, warum die Perspektive der globalen Arbeitsstudien für die sozialwissenschaftliche Befassung mit der Krise nützlich sein kann. Erstens hat die Krise den gesamten Erdball erfasst. Insofern ist eine Herangehensweise erforderlich, die Arbeitsverhältnisse und Konflikte um Arbeit im globalen Maßstab betrachtet (vgl. z.B. Silver 2003 und Webster et al. 2008). Zweitens verweisen die sich verschärfenden Ungleichheiten und Konflikte auf die Notwendigkeit, sich systematisch mit Herrschaftsverhältnissen und gesellschaftlichen Kämpfen zu befassen. Dies bildet seit langem einen Schwerpunkt der Forschungsaktivitäten in den globalen Arbeitsstudien (vgl. ebd.). Und drittens besteht derzeit die Herausforderung, zügig relevante und empirisch gesicherte Forschungsergebnisse in einer sich rasch verändernden Situation zu produzieren. Die Pluralität an disziplinären Zugängen und Wissensbeständen in den globalen Arbeitsstudien (vgl. Brooks/McCallum 2017) ermöglicht unter diesen Bedingungen ein flexibles Reagieren auf sich verändernde Lagen.

Dennoch stehen wir erst am Anfang einer längeren Etappe, die von der politischen und sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Krisenfolgen geprägt sein wird. Entsprechend haben wir vorschnelle Urteile vermieden. Unser Ziel war es stattdessen, in einer verworrenen Situation Orientierung zu bieten. Wir hoffen, dass sich unser Fragenkatalog für die Erforschung der Krisenauswirkungen als hilfreich erweist.

Literatur

- Agar, Volkan (2020): Getarntes Klasseninteresse. TAZ, 20. Oktober 2010. URL: <https://taz.de/Streiks-im-oeffentlichen-Dienst/!5720552/> (Zugriff: 5. Juni 2021).
- Bacon, David (2020): Following Mexico's Worker Strikes, the US Steps in to Keep Border Factories Open. Janata Weekly, 17. Mai 2020. URL: <http://janataweekly.org/following-mexicos-worker-strikes-the-us-steps-in-to-keep-border-factories-open/> (Zugriff: 5. Juni 2021).
- Barron, Laignee (2020): 'This Shouldn't Be About Politics.' Hong Kong Medical Workers Call for Border Shutdown Amid Coronavirus Outbreak. Time, 4. Februar 2020. URL: <https://time.com/5777285/hong-kong-coronavirus-border-closure-strike/> (Zugriff: 5. Juni 2021).
- Bauman, Dan (2021): A Brutal Tally. Higher Ed lost 650,000 Jobs Last Year. The Chronicle of Higher Education, 5. Juni 2021. URL: <https://www.chronicle.com/article/a-brutal-tally-higher-ed-lost-650-000-jobs-last-year> (Zugriff: 5. Juni 2021).
- BBC (2020): Boeing to cut 20% of workforce by end of 2021. 28. Oktober 2020. URL: <https://www.bbc.com/news/business-54716296> (Zugriff: 5. Juni 2021).
- Beech, Hannah (2020): Singapore Seemed to Have Coronavirus Under Control, Until Cases Doubled. New York Times, 20. April 2020. URL: <https://www.nytimes.com/2020/04/20/world/asia/coronavirus-singapore.html?searchResultPosition=3> (Zugriff: 5. Juni 2021).
- Beucker, Pascal (2020): Ein öffentlicher Dienst. TAZ, 23. September 2020. URL: <https://taz.de/Streiks-in-der-Pandemie/!5711770/> (Zugriff: 5. Juni 2021).
- Bhaskaran, Suparna; Dutta, Madhumita; Naidu, Sirisha (2021): Flattening the Curve or Flattening Life? Public Service Announcements in the Pandemic. Economic and Political Weekly, 25. Februar 2021. URL: <https://www.epw.in/engage/article/flattening-curve-or-flattening-life> (Zugriff: 5. Juni 2021).
- Blauer Montag (2020): Vom Notstand der Arbeitsgesellschaft. Sozial.Geschichte Online. URL: https://sozialgeschichteonline.files.wordpress.com/2020/04/sgo_27_vorverc3b6ffentlichung_blauer_montag_krise-1.pdf (Zugriff: 26. Mai 2020).
- Bogoski, Vladimir (2020): The German asparagus saga. International Politics and Society, 1. Mai 2020. URL: <https://www.ips-journal.eu/regions/europe/article/show/the-german-asparagus-saga-4321/> (Zugriff: 29. Mai 2021).
- Boucher, Jean Léon (2016): Culture, Carbon, and Climate Change: A Class Analysis of Climate Change Belief, Lifestyle Lock-in, and Personal Carbon Footprint. *Socijalna Ekologija* 25 (1): 53–80.
- Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse und materialistische Menschenrechtspolitik. Zur Kritik der imperialen Lebensweise. In: Steffens, Gerd; Weiß, Edgar (Hg.): *Jahrbuch für Pädagogik*. Frankfurt: Peter Lang, 125–140.
- Brooks, Marissa; McCallum, Jamie (2017): The New Global Labour Studies. A Critical Review. *Global Labour Journal* 8 (3): 201–218.
- Bundesregierung (2020): Deutsch-Französische Erklärung zur wirtschaftlichen Erholung nach der Coronakrise. Pressemitteilung, 18. Mai 2020. URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/deutsch-franzoesische-initiative-zur-wirtschaftlichen-erholung-europas-nach-der-corona-krise-1753760> (Zugriff: 30. Mai 2021).
- Collinson, Patrick (2020): Airbnb to make a quarter of its global workforce redundant. The Guardian, 6. Mai 2020. URL: <https://www.theguardian.com/technology/2020/may/06/airbnb-to-make-quarter-of-its-global-workforce-redundant> (Zugriff: 26. Mai 2021).

- EIU (2020): Coronavirus: The Impact on Global Supply Chains, 19. März 2020. URL: <https://www.eiu.com/industry/article/479237431/coronavirus-the-impact-on-global-supply-chains/2020-03-19> (Zugriff: 26. Mai 2021).
- Financial Times (2020): Uber announces further 3,000 jobs cut. 18. Mai 2020. URL: <https://www.ft.com/content/991282db-e2da-4b60-9ab5-2be14cedbb80> (Zugriff: 2. Juni 2021).
- Findert, Jim; Dribbusch, Heiner; Schulten, Thorsten (2021): WSI Arbeitskampfbilanz 2020. Streiks unter den Bedingungen der Corona-Pandemie. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. URL: https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_66_2021.pdf (Zugriff: 3. Juni 2021).
- Frew, Nicholas (2020): Suitcases full of cash offered at PPE factories overseas affecting global supply. CBC News, 18. Mai 2020. URL: <http://www.cbc.ca/news/canada/manitoba/canada-ppe-supplier-manufacturer-1.5573108> (Zugriff: 26. Mai 2021).
- Fung, Brian (2020): Amazon fires warehouse worker who led Staten Island warehouse walkout. CNN, 31. März 2020. URL: <https://edition.cnn.com/2020/03/30/tech/amazon-worker-fired-staten-island-warehouse/index.html> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Galloway, Scott (2020): The Coming Disruption. Interview, NY Mag, 11. Mai 2020. URL: <https://nymag.com/intelligencer/2020/05/scott-galloway-future-of-college.html> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Gassmann, Michael (2020): Das deutsche Exportverbot ist die Antwort auf Frankreichs Masken-Embargo. Die Welt, 4. März 2020. URL: <https://www.welt.de/wirtschaft/article206324563/Coronavirus-Bundesregierung-verbietet-Export-von-Atemmasken.html> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Gills, Barry (2020): Deep Restoration: from The Great Implosion to The Great Awakening. *Globalizations* 17 (4): 577–579.
- Golden, Sherita Hill (2020): Coronavirus in African Americans and Other People of Color. *Health*, 20. April 2020. URL: <https://www.hopkinsmedicine.org/health/conditions-and-diseases/coronavirus/covid19-racial-disparities> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Gurley, Lauren Kaori (2020a): Instacart’s Gig Workers Are Planning a Massive, Nationwide Strike. *Vice*, 27. März 2020. URL: https://www.vice.com/en_us/article/4agmvd/instacarts-gig-workers-are-planning-a-massive-nationwide-strike (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Gurley, Lauren Kaori (2020b): Whole Foods Employees Are Staging a Nationwide ‘Sick-Out’. *Vice*, 30. März 2020. URL: https://www.vice.com/en_us/article/5dmeka/whole-foods-employees-are-staging-a-nationwide-sick-out (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Haag, Matthew (2020): Virus Rules Let Construction Workers Keep Building Luxury Towers. *New York Times*, 29. Mai 2020. URL: <https://www.nytimes.com/2020/03/25/nyregion/coronavirus-nyc-construction.html> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Heffernan, Madeleine (2021): Casuals bore the brunt as COVID drove unis to shed 7500 jobs. *The Age*, 12. Mai 2021. URL: <https://www.theage.com.au/national/victoria/casuals-bore-the-brunt-as-covid-drove-unis-to-shed-7500-jobs-20210511-p57qrj.html> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Hegmann, Gerhard (2020): Siemens wird gespalten. Kaesers Angst vor dem Angriff von Amazon. *Die Welt*, 26. Mai 2020. URL: <https://www.welt.de/wirtschaft/plus208393177/Siemens-Kaesers-Angst-vor-dem-Angriff.html> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Heise (2020): Nach Abspaltung: Siemens Energy startet mit Kursverlust an der Börse. *Heise online*, 28. September 2020. URL: <https://www.heise.de/news/Nach-Abspaltung-Siemens-Energy-startet-mit-Kursverlust-an-der-Boerse-4914130.html> (Zugriff: 4. Juni 2021).

- International Labour Organization [ILO] (2020): As job losses escalate, nearly half of global workforce at risk of losing livelihoods. Pressemitteilung, 29. April 2020. URL: https://www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_743036/lang--en/index.htm (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Ivancheva, Mariya; Swartz, Rebecca (2020): Universities go online during the pandemic: who reaps the profits? *Coronatimes*, 19. Mai 2020. URL: <https://www.coronatimes.net/universities-go-online-pandemic-profits/> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Jordan, Miriam (2020): Farmworkers, Mostly Undocumented, Become 'Essential' During Pandemic. 10 April 2020. URL: <https://www.nytimes.com/2020/04/02/us/coronavirus-undocumented-immigrant-farmworkers-agriculture.html> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Kotecha, Vivek (2019): The NHS's workforce Shortages illustrate the UK's dependence on migrant labour. *CHPI-Blog*, 19. Juli 2019. URL: <https://chpi.org.uk/blog/the-nhss-workforce-shortages-illustrate-the-uks-dependence-on-migrant-labour/> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Liebman, Alexander; Rhiney, Kevon; Wallace, Rob (2020): To die a thousand deaths: COVID-19, racial capitalism, and anti-Black violence. *Human Geography* 13 (3): 331–335.
- Linthicum, Kate; Fry, Wendy; Minjares, Gabriela (2020): The US Is Pushing Mexico to Reopen Factories Even As Workers Die of Covid-19. *LA Times*, 30. April 2020. URL: <https://www.latimes.com/world-nation/story/2020-04-30/as-more-workers-die-from-covid-19-the-u-s-is-pressuring-mexico-to-re-open-border-factories> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- London, Eric (2020): Nach der Rückkehr an die Arbeitsplätze. Hunderte mexikanische Maquiladora-Arbeiter gestorben. *World Socialist Website*, 20. Mai 2020. URL: <https://www.wsws.org/de/articles/2020/05/20/maqu-m20.html> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- London, Eric; Lobo, Andrea (2020): Streiken gegen den Tod: Mexikanische Maquiladora-Arbeiter legen Arbeit nieder. *World Socialist Website*, 22. April 2020. URL: <https://www.wsws.org/de/articles/2020/04/22/mexi-a22.html> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Mallet, Victor (2020): Emmanuel Macron injects €8bn to fuel French car industry revival. *Financial Times*, 26. Mai 2020. URL: <https://www.ft.com/content/8e84e13b-d02f-4d90-839d-f99c3a0c1d95> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Marx, Karl (1867/72): *Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie*. Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals. Marx Engels Werke (MEW), Band 23. Berlin: Dietz, 1962.
- Niehus, Rene; De Salazar, Pablo M.; Taylor, Aimee; Lipsitch, Marc (2020): Estimating underdetection of internationally imported COVID-19 cases. *Medrxiv*, 14. Februar 2020. URL: <https://www.medrxiv.org/content/10.1101/2020.02.13.20022707v1?versioned=true> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Nuffield Trust (2019): One in four hospital staff born outside the UK, new Nuffield Trust analysis reveals. 4. Dezember 2019. URL: <https://www.nuffieldtrust.org.uk/news-item/one-in-four-hospital-staff-born-outside-the-uk-new-nuffield-trust-analysis-reveals> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- O'Hara, Glen (2020): Universities are on the brink of crisis. Coronavirus may tip them over the edge. *The Guardian*, 21. Mai 2020. URL: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/may/21/universities-brink-crisis-coronavirus-pandemic-tuition-fees> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Peet, Eric R.; Peet, Richard (2020): COVID-19: disease of global capitalism – excursions into spatial epidemiology. *Human Geography* 13 (3): 318–321.
- Pontarelli, Francesco (2020): Covid 19: labour movement struggles to institute social distance between capital's need and people's health in Italy. *Global Labour Column*, März 2020. URL: <https://globallabourcolumn.org/2020/03/24/covid-19-labour-movement-struggles-to-institute-social-distance-between-capitals-needs-and-peoples-health-in-italy/> (Zugriff: 4. Juni 2021).

- Ramzy, Austin; May, Tiffany (2020): Hong Kong Tightens Border as Medical Workers Call for Shutdown. *New York Times*, 5. Februar 2020. URL: <https://www.nytimes.com/2020/02/03/world/asia/hong-kong-coronavirus-china-border.html> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Reuters (2020): Italy to offer permits to illegal migrants for farm work in Covid crisis. *Reuters*, 5. Mai 2020. URL: <https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-italy-migrants/italy-to-offer-permits-to-illegal-migrants-for-farm-work-in-covid-crisis-idUSKBN22H1NF> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Satgar, Vishwas (2020): Covid-19, Climate Crisis and Lock Down- an opportunity to end the war with nature. *Daily Maverick*, 25. März 2020. URL: <https://www.dailymaverick.co.za/article/2020-03-25-covid-19-the-climate-crisis-and-lockdown-an-opportunity-to-end-the-war-with-nature/> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Spiegel (2020): Bundesregierung verbietet den Export von Masken. *Der Spiegel*, 4. März 2020. URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/coronavirus-bundesregierung-verbietet-export-von-atemmasken-a-3064f8fc-036a-4bac-a71a-c22a11c99d58> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Silver, Beverly (2003): *Forces of Labor: Workers' Movements and Globalization since 1870*. Cambridge: University Press.
- Staton, Bethan (2021): English universities face upheaval as financial strains hit jobs. *Financial Times*, 23. Mai 2021. URL: <https://www.ft.com/content/6a30e430-95cf-4eec-a435-b7b98077ce23> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Sweeney, Mark (2020): Lufthansa agrees €9bn bailout with German government. *The Guardian*, 26. Mai 2020. URL: <https://www.theguardian.com/business/2020/may/26/lufthansa-9bn-bailout-german-government-coronavirus-flights> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Tamma, Paola (2020): Coronavirus sparks nationwide strikes in Italy. *Politico*, 13. März 2020. URL: <https://www.politico.eu/article/coronavirus-sparks-nationwide-strikes-in-italy/> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Tolbert, Jennifer; Orgera, Kendal; Damico, Anthony (2020): *Key Facts about the Uninsured Population*. Kaiser Family Foundation, 6. November 2020. URL: <https://www.kff.org/uninsured/issue-brief/key-facts-about-the-uninsured-population/> (Zugriff: 4. Juni 2021).
- Webster, Edward; Lambert, Rob; Bezuidenhout, Andries (2008): *Grounding Globalization: Labour in the Age of Insecurity*. Oxford: Blackwell.

Die Pandemie als doppeltes Brennglas – Corona und die Wiederkehr der Klassen- gesellschaft

Hajo Holst, Agnes Fessler, Steffen Niehoff¹

Zusammenfassung: Der Beitrag beschäftigt sich mit der besonderen Klassendynamik der Corona-Pandemie. Gezeigt wird, dass zentrale arbeitsweltliche Auswirkungen – subjektive Infektionsrisiken, wirtschaftliche Lasten und mobiles Arbeiten – von starken vertikalen und horizontalen Klassenungleichheiten gekennzeichnet sind, die zudem über den bisherigen Pandemieverlauf eine bemerkenswerte Stabilität aufweisen. Zugleich wird deutlich, dass die Klassenungleichheiten nicht nur ein analytisches Phänomen darstellen, sondern den Erwerbsarbeitenden im Arbeitsalltag bewusst sind. Damit wirkt die Pandemie im doppelten Sinne als Brennglas, in dem die gesellschaftliche Relevanz der Kategorie „Klasse“ sichtbar wird: Erstens wird in der Pandemie deutlich, dass der Einfluss der Klassenlage auf die Verteilung von Erwerbsarbeitsrisiken in den kapitalistischen Gegenwartsgesellschaften ungebrochen ist; zweitens rückt – vermittelt über die im Arbeitsalltag sichtbaren Ungleichheitseffekte der Pandemie – die Klassenstruktur verstärkt ins Bewusstsein vieler Arbeitenden.

Abstract: This paper focuses on the class dynamics of the Corona pandemic. It is shown that the central effects on the world of work – subjective infection risks, economic burdens, and mobile work – are characterized by strong vertical and horizontal class inequalities, which moreover show a remarkable stability over the course of the pandemic. Class inequalities are, however, not merely an analytical phenomenon, but are highly visible in people's everyday working life. In a twofold sense, the pandemic acts as a burning glass in which the social relevance of the category "class" becomes transparent: First, the pandemic makes it clear that the influence of class on the distribution of risks and burdens is unbroken in contemporary capitalist societies; second, through its highly visible inequality effects, the pandemic brings the class structure increasingly to the attention of many working people.

¹ Prof. Dr. Hajo Holst, Universität Osnabrück, E-Mail: haholst@uni-osnabrueck.de; Agnes Fessler, M.A., Universität Osnabrück, E-Mail: agnes.fessler@uni-osnabrueck.de; Steffen Niehoff, M.A., Universität Osnabrück, E-Mail: steffen.niehoff@uni-osnabrueck.de.

Einleitung

Es ist inzwischen fast vier Jahrzehnte her, dass Ulrich Beck seinen Abgesang auf die Klassengesellschaft vorlegte. Ausgangspunkt der in „Jenseits von Stand und Klasse“ programmatisch ausformulierten Individualisierungsthese war die Beobachtung, dass „die Diversifizierung und Individualisierung von Lebenslagen und Lebenswegen“ zu einer Auflösung traditioneller Klassenidentitäten geführt hat (Beck 1983: 36). Klasse und Schicht, so Beck, hätten in diesem Prozess für die meisten Menschen ihren „Realitätsgehalt“ eingebüßt (ebd.). Freilich unterstellt Beck keinen Individualisierungsautomatismus, auch wenn ihm das verschiedentlich vorgeworfen wurde. Seine Argumentation ist soziologisch anspruchsvoller: Das für kapitalistische Gesellschaften charakteristische widersprüchliche Verhältnis von erwerbsarbeitsbezogenen Kollektiverfahrungen einerseits und Individualisierungsschüben durch die Freisetzung aus tradierten Bindungen andererseits habe sich verschoben, weil sich durch die relative Prosperität der Nachkriegsjahrzehnte und den Ausbau des Wohlfahrtsstaats die materiellen Lebensbedingungen für alle Gesellschaftsmitglieder verbessert haben. Zwar existieren weiterhin materielle Ungleichheiten – Beck spricht von stabilen „Ungleichheitsrelationen“ –, doch diese spielten aufgrund der allgemeinen materiellen Verbesserungen in den Alltagserfahrungen der Menschen keine entscheidende Rolle mehr. Ein wesentliches Element dieser Entwicklung sei auch eine „Generalisierung von Lohnarbeitsrisiken“ (ebd.: 38). Durch die allgemeinen Wohlstandssteigerungen, die wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme und – so möchte man ergänzen – die Verteilungserfolge der Gewerkschaften seien jene Risiken, die in früheren Phasen des Kapitalismus der Lohnarbeit der unteren Klassen anhafteten, zum einen eingehegt, zum anderen generalisiert worden.

Der Erfolg des Individualisierungsparadigmas war unübersehbar: In den 1980er und 1990er Jahren wurde es in der soziologischen Forschung ruhig um die Kategorie „Klasse“. Soziale Ungleichheiten wurden nicht mehr auf das sozioökonomische Positiongefüge kapitalistischer Gesellschaften zurückgeführt, sondern auf individuelle Biografien und pluralisierte Lebenslagen. Erst in jüngerer Vergangenheit änderte sich dies wieder. Angesichts der Wiederentdeckung der Ungleichheit in der Soziologie seit der Jahrtausendwende gewann auch die Klassenforschung wieder an Fahrt. Zahlreiche, vorwiegend quantitative Studien zeigen, dass die Verteilung von Erwerbsarbeitsrisiken und Lebenschancen auch heute von der Klassenstruktur geprägt wird (Hugree et al. 2020). Zugleich zeichnen qualitative Studien nach, wie die Klassenlage Spuren im Denken der Menschen hinterlässt (Eribon 2016; Hochschild 2016).

An diese Diskussionsstränge knüpft der vorliegende Beitrag an. Gezeigt wird, dass die Corona-Pandemie eine besondere Klassendynamik aufweist, die das Comeback der Kategorie Klasse und der Klassengesellschaft befeuert – und zwar in den beiden Dimensionen des traditionellen Programms der Klassenforschung, auf die sich auch Ulrich Beck in seinen Thesen bezieht. Die Pandemie wird nämlich nicht nur von einer ausgeprägten Ungleichverteilung der Erwerbsarbeitsrisiken gekennzeichnet. Unsere Erhebungen im Rahmen des Arbeitswelt-Monitors „Arbeiten in der Corona-Krise“ zeigen, dass auch die Klassenstruktur mit zunehmender Dauer der Pandemie immer stärker ins Bewusstsein der Erwerbsarbeitenden rückt: Die Klassenungleichheiten in den Auswirkungen der Pandemie lassen sich nicht nur aus der Dis-

tanz der Forschenden nachzeichnen, sie sind vielen der von uns interviewten Erwerbsarbeitenden im Arbeitsalltag präsent. Damit keine Missverständnisse auftreten: Die These von der Rückkehr der Klassengesellschaft meint nicht, dass die Pandemie die Formierung von Klassenidentitäten forciert und soziale Klassen zu gesellschaftspolitischen Akteuren werden. Gemeint ist vielmehr, dass die Klassengesellschaft in der Pandemie gewissermaßen reflexiv wird. Über ihre arbeitsweltlichen Ungleichheitseffekte führt die Pandemie den Arbeitenden die eigene Klassenlage – die relationale Position des eigenen Berufs in der sozioökonomischen Ordnung – vor Augen. Dies gilt, wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise, für die unteren wie die oberen Klassen. Die Erwerbsarbeitenden vergleichen die eigene Lage laufend mit den arbeitsweltlichen Corona-Folgen für andere Berufsgruppen und führen Ungleichheiten in den Betroffenheiten auf kollektive Positionsunterschiede in der sozioökonomischen Ordnung zurück.

Die Argumentation wird folgendermaßen entwickelt: Zunächst wird das Forschungsprogramm der traditionellen Klassenforschung diskutiert (1) und der Klassenansatz des Arbeitswelt-Monitors „Arbeiten in der Corona-Krise“ vorgestellt (2). Daran anschließend wird dem Potenzial klassenanalytischer Perspektiven für das Verständnis der arbeitsweltlichen Dynamik der Pandemie in zwei Schritten nachgegangen: Zum einen werden anhand der quantitativen Daten Ungleichheiten in der Verteilung der pandemiebedingten Erwerbsarbeitsrisiken beschrieben und die ihnen zugrundeliegenden Mechanismen beleuchtet (3), zum anderen anhand der qualitativen Interviews der Stellenwert der Klassenungleichheiten in den Erfahrungen der Erwerbsarbeitenden herausgearbeitet (4). Abschließend erfolgt eine Einordnung der Befunde in die klassenanalytischen Diskussionsstränge (5).

1 Das Forschungsprogramm der traditionellen Klassenforschung

Den historischen Ausgangspunkt der klassenanalytischen Traditionslinie in der Soziologie bildet die Klassentheorie von Karl Marx. Marx definierte die Klassenlage über den Besitz an Produktionsmitteln: Das Eigentum an den Produktionsmitteln – Fabriken, Maschinen und Werkstoffe – verschaffte den besitzenden Klassen in der sozialstaatlich noch nicht eingeebneten kapitalistischen Marktökonomie des 19. Jahrhunderts die Möglichkeit, sich erhebliche Teile der gesellschaftlichen Wohlstandssteigerungen anzueignen, während die besitzlosen Klassen darauf angewiesen waren, ihre Arbeitskraft zu häufig schlechten Arbeitsbedingungen und geringer Entlohnung zu verkaufen. Daneben weist die Marx'sche Klassentheorie noch eine weitere Besonderheit auf, die sie von anderen Klassenansätzen unterscheidet: der relationale Blick auf die Beziehungen zwischen den Klassen. Der wirtschaftliche Erfolg der besitzenden Klassen basiert unmittelbar auf der „Ausbeutung“ der besitzlosen Klassen, denen zu Zeiten von Marx kaum das Notwendige zum Leben blieb (Wright 2015). Marx' klassenanalytisches Forschungsprogramm thematisierte jedoch nicht nur die aus dem Besitz und Nicht-Besitz von Produktionsmitteln resultierenden materiellen, kulturellen und politischen Ungleichheiten. Die industrielle Arbeiterklasse und ihre frühen Organisationsformen vor Augen, interessierte er sich auch – in gesellschaftsverändernder Absicht – für den Stellenwert von Klassenungleich-

heiten in den Erfahrungen der Lohnarbeitenden. Wenn Erwerbsarbeitende sich ihrer mit multiplen Benachteiligungen verbundenen sozioökonomischen Position bewusst werden und sich gemeinsam für ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen einsetzen, dann wird aus der „Klasse an sich“ eine „Klasse für sich“ und damit ein gesellschaftspolitischer Akteur. Notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung der Herausbildung eines Klassenbewusstseins war für Marx die Verelendung in der Lohnarbeit als weit geteilte Kollektiverfahrung; zusätzlich setzt die Entstehung einer „Klasse für sich“ aufwändige und langwierige Mobilisierungsprozesse voraus (vgl. auch Thompson 1966).

Den organisierten Kapitalismus des frühen 20. Jahrhunderts im Blick, formulierte Max Weber einige Jahrzehnte später seine macht- und herrschaftstheoretischen Überlegungen. Zwar wies auch Weber der sozioökonomischen Position eine zentrale Rolle für die gesellschaftliche Verteilung von Lebenschancen zu. Die Klassenlage bildete für ihn allerdings nur eine von mehreren gesellschaftlich wirksamen Ungleichheitsdimensionen. Soziale Ungleichheiten entstanden für Weber aus dem komplexen Zusammenwirken von ökonomischen Ungleichheiten („Klassenlage“) und kulturell bedingten Statusdifferenzen („Stände“). Es ist diese Erweiterung des ungleichheitssoziologischen Blicks, die Pierre Bourdieu später zur Erweiterung der Klassenanalyse entlang von drei Kapitalsorten – ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital – inspirierte (Bourdieu 1992). Anders als Marx definierte Weber die Klassenlage nicht über die Sphäre der Produktion; stattdessen nahm er die „Marktlage“ in den Blick, die sich über Besitz und Qualifikationen bestimmt. Aus den heterogenen „ökonomischen Güterbesitz- und Erwerbsinteressen“ entsteht ein Geflecht unterschiedlicher Besitz- und Erwerbsklassen (Weber 1980: 531). Im Vergleich zur Marx'schen Klassentheorie ermöglicht das Klassenmodell von Weber eine differenziertere Erfassung sozioökonomischer Erwerbspositionen, räumt dafür jedoch der Analyse der Beziehungen zwischen den Klassen nicht die gleiche Priorität ein. Darüber hinaus ging Weber der Frage nach, ob die von der Forschung beobachtbaren Klassenungleichheiten in den Erfahrungen der Erwerbsarbeitenden eine Rolle spielten. Dabei verwehrte er sich vehement gegen eine Gleichsetzung von objektiver Klassenlage und Klassenidentität. Nur unter ganz besonderen historischen Voraussetzungen könne sich aus der „gemeinsamen Klassenlage“ eine „Vergesellschaftung“ – ein Kollektivbewusstsein – entwickeln (Weber 1980: 532 f.).

Die klassenanalytischen Perspektiven der beiden Klassiker unterscheiden sich substantziell in mehreren zentralen Punkten: von der Definition der Klassenlage über die Thematisierung der Beziehungen zwischen Klassen bis zum gesellschaftstheoretischen Anspruch. Diese Differenzen prägen die soziologischen Klassendiskussionen bis heute. Gemeinsam ist den beiden Klassikern jedoch eine doppelte Perspektive auf Klassen: Marx und Weber führten die empirisch beobachtbaren Ungleichheiten auf das sozioökonomische Fundament der Gesellschaft zurück, zugleich lief in ihren Klassenanalysen immer auch die Frage mit, welche Spuren die Klassenungleichheiten in den Erfahrungen der Menschen hinterlassen. Sind sich die Subjekte ihrer eigenen sozioökonomischen Position und den mit der Klassenstruktur verbundenen Ungleichheitseffekten bewusst – oder entfalten sich die Klassenungleichheiten gewissermaßen hinter dem Rücken der Akteure?

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hatten Klassenanalysen eine zentrale Stellung in der deutschen und der internationalen Arbeits- und Ungleichheitssoziologie. Dabei

wurden – ganz im Sinn des Forschungsprogramms der klassenanalytischen Traditionslinie – nicht nur Klassenungleichheiten in der Verfügung über Lebenschancen und der Lebensführung analysiert (Wright 2015, Bourdieu 1992), sondern auch das Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein der Erwerbsarbeitenden in den Blick genommen (Popitz et al. 1957; Kern/Schumann 1970). Allerdings brach diese Traditionslinie in den 1980er und 1990er Jahren relativ abrupt ab. Obwohl weiterhin materielle Ungleichheiten in den Lebensbedingungen existierten, wurde der Kategorie „Klasse“ unter dem Eindruck des eng mit dem Namen Beck und dessen eingangs zitiertem Aufsatz „Jenseits von Klasse und Stand“ (Beck 1983) verbundenen Individualisierungsparadigmas die Relevanz zur Analyse sozialer Ungleichheit und der gesellschaftlichen Dynamik abgesprochen. Die ungleiche Verteilung von Lebenschancen wurde nicht mehr auf die sozioökonomische Ordnung der Gesellschaft – die Klassenstruktur – zurückgeführt, sondern als Folge individueller Biografien und pluralisierter Lebenslagen gedeutet. Zudem postulierte die Individualisierungsthese die Auflösung von Klassenidentitäten. Trotz persistenter „Ungleichheitsrelationen“ spielten laut Beck Klassenlage und Klassenzugehörigkeit im Denken der meisten Menschen keine zentrale Rolle mehr. Durch den allgemeinen Anstieg der materiellen Lebensbedingungen habe sich die Balance von erwerbsarbeitsbezogenen Kollektiverfahrungen und Individualisierungsschüben verschoben. Diese Entwicklung, die parallele Generalisierung von Erwerbsarbeitsrisiken und die Verschiebung von Individualisierung und Kollektiverfahrungen, nahmen einflussreiche Stimmen zum Anlass, sich von der Klassengesellschaft zu verabschieden. Die folgende Analyse der arbeitsweltlichen Pandemiefolgen greift die beiden von Beck thematisierten Dimensionen auf, um die spezifische Klassendynamik der Pandemie herauszuarbeiten.

2 Der Forschungsansatz des Arbeitswelt-Monitors: Erwerbsklassen nach Oesch

Erst seit der Jahrtausendwende kehrt das Thema „Klasse“ unter dem Eindruck wachsender Ungleichheiten (exemplarisch Piketty 2014) wieder auf die soziologische Forschungsagenda zurück. Dabei werden beide Dimensionen der traditionellen Klassenforschung thematisiert: die objektiven Ungleichheiten in materiellen Lebensbedingungen und in der Verteilung von Lebenschancen einerseits sowie die subjektiven Erfahrungen und das Denken der Arbeitenden andererseits. Zum einen zeigen Studien, dass die sozioökonomische Position auch heute noch Einfluss auf die Verteilung von Einkommen, Beschäftigungssicherheit, Bildung, Gesundheit und Aufstiegschancen sowie auf gesellschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten und politische Orientierungen hat (Groh-Samberg 2009; Therborn 2013), zum anderen sind ebenfalls Differenzen in politischen Orientierungen und der Lebensführung erkennbar (Eribon 2016; Hochschild 2016).

Die folgende Analyse der Klassendynamik der Pandemie nutzt den Ansatz von Daniel Oesch (2006). Im Unterschied zu kulturalistischen Klassenansätzen (aktuell Reckwitz 2019) operationalisiert Oesch die Klassenlage über die berufliche Position (Sachweh 2021). Um die Verschiebungen der Klassenstruktur im Gefolge der Tertiarisierung und Feminisierung der Beschäftigungsstruktur seit den 1970er Jahren einzufangen, kombiniert er zwei Ungleichheits-

achsen: Die vertikale Klassenlage eines Berufs bestimmt sich über Qualifikationsanforderungen. Die Skala reicht hier von akademischen und halb-akademischen Berufen in den oberen Erwerbsklassen bis hin zu Ausbildungsberufen und Anlern Tätigkeiten in den unteren Klassen. Hingegen bezieht sich die horizontale Klassenlage auf die dominante Arbeitslogik des Berufs. In der interpersonellen Arbeitslogik besteht der Kern des Arbeitsprozesses aus direkter menschlicher Interaktion, in der administrativen Logik bestimmen bürokratische Regeln den Arbeitsprozess, in der technischen Logik spielen technische Artefakte und Maschinen eine zentrale Rolle und die unabhängige Logik wird von der (formalen) Kontrollmacht der Selbständigkeit geprägt. Während die Operationalisierung der vertikalen Achse an die Weber'sche „Marktlage“ erinnert, fokussiert die horizontale Achse Merkmale des Arbeitsprozesses und nimmt dadurch leichte Anleihen bei Marx. Die Einbeziehung der Tätigkeitsinhalte in der horizontalen Achse macht das Klassenschema von Oesch anschlussfähig an die soziologische Arbeitsforschung. Seine Stärken hat dieses Klassenschema im differenzierten Mapping erwerbsarbeitsbasierter sozioökonomischer Positionen. Allerdings verzichtet Oesch auf die für die Marx'sche Traditionslinie prägende Analyse der Ausbeutungsbeziehungen zwischen Klassen (Wright 2015).

Aus dem Zusammenspiel der vertikalen Stratifizierung zwischen oberen und unteren Klassen und der horizontalen Differenzierung entlang der vier Arbeitslogiken ergeben sich in der komprimierten Fassung des Schemas acht Erwerbsklassen:

- Die vier unteren Klassen umfassen Ausbildungsberufe und Anlern Tätigkeiten. Sie befinden sich überwiegend an den unteren Enden betrieblicher und wirtschaftlicher Hierarchien. Die Klasse der Produktionsarbeitenden beinhaltet Fertigungs- und Montageberufe aus der Industrie, Handwerksberufe, Logistik Tätigkeiten und landwirtschaftliche Arbeiter*innen. Zu den Bürokräften zählen administrative Ausbildungsberufe und Anlern Tätigkeiten wie Sekretariatskräfte, Bankkaufleute oder einfache Verwaltungsbeschäftigte. Unter den Dienstleistenden finden sich nicht-akademische Pflege- und Erziehungsberufe, Verkäufer*innen, Bedienstete des Gastgewerbes und Zusteller*innen. Ebenfalls zu den unteren Klassen zählen die Kleingewerbetreibenden und Solo-Selbständigen. Sie arbeiten zwar nicht in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen, ihre Erwerbssituation ist aber in der Regel von hoher wirtschaftlicher Abhängigkeit gekennzeichnet. Neben solo-selbständigen Künstler*innen zählen Klein- und Kleinstunternehmer*innen mit weniger als neun Beschäftigten, z. B. aus dem Einzelhandel und dem Handwerk, zu dieser Klasse.
- Die vier oberen Klassen vereinen akademische und halb-akademische Berufe, die sich in den betrieblichen und wirtschaftlichen Hierarchien mehrheitlich in mittleren bis oberen Positionen befinden. Zu den technischen Expert*innen zählen Maschinenbau- und Elektroingenieur*innen, Datenverarbeitungsexpert*innen und Meister*innen in der Industrie. Die Klasse des oberen und mittleren Managements umfasst unter anderem Betriebswirt*innen, HR-Führungskräfte und Sachbearbeiter*innen. Zu den soziokulturellen Professionen zählen vor allem Ärzt*innen, Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen. Die mit Eigentumsrechten und Kontrollmacht ausgestatteten Arbeitgeber*innen und freien Berufe bilden die obere Klasse in der unabhängigen Arbeitslogik und besetzen per Definition Führungspositionen in ihren Organi-

sationen. Neben selbständigen Anwält*innen und Ärzt*innen umfasst diese Klasse Eigentümer*innen von Unternehmen mit mindestens neun Beschäftigten.

Die Heuristik von Daniel Oesch wird im Folgenden genutzt, um – in Anlehnung an das Forschungsprogramm der traditionellen Klassenforschung – im ersten Schritt Klassenungleichheiten in den pandemiebedingten Erwerbsarbeitsrisiken zu untersuchen und im zweiten Schritt nach deren Stellenwert in den Erfahrungen der Erwerbsarbeitenden zu fragen.

3 Pandemiebedingte Erwerbsarbeitsrisiken: vertikale und horizontale Klassenungleichheiten

Die Klassenungleichheiten in der Verteilung von Erwerbsarbeitsrisiken werden anhand von drei in Wissenschaft und Öffentlichkeit viel diskutierten Arbeitsfolgen der Pandemie untersucht: subjektive Infektionsrisiken, wirtschaftliche Lasten und mobiles Arbeiten. Empirische Basis der folgenden Diskussion sind die Ergebnisse aus zwei Erhebungswellen des Arbeitswelt-Monitors, der ersten Welle vom April/Mai 2020 und der zweiten Welle vom April/Mai 2021. Die Erklärungskraft sozialer Klassen wird auch in Relation zu anderen Ungleichheitsmarkern wie Geschlecht und Migrationshintergrund diskutiert.

3.1 Subjektive Infektionsrisiken: Dienstleistende am stärksten betroffen, gefolgt von soziokulturellen Professionen

In der Verteilung von subjektiven Infektionsrisiken zeigen sich ausgeprägte vertikale und horizontale Klassenungleichheiten, die sich zudem im Pandemieverlauf nicht verändert haben. Am stärksten betroffen sind die Klassen der interpersonellen Arbeitslogik. Zugleich äußern die nicht-akademischen Berufe der unteren Klassen häufiger Ansteckungssorgen und bewerten die Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz im Vergleich zu Angehörigen der oberen Erwerbsklassen häufiger als unzureichend. In der Frühphase der Pandemie haben 22 Prozent der Erwerbstätigen Sorgen vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus während der Arbeit, nach einem Jahr Pandemie im April/Mai 2021 sind es mit 25 Prozent sogar geringfügig mehr. In beiden Wellen ist der Anteil unter Frauen deutlich höher als unter Männern. Dagegen zeigen weder die Region noch der Migrationshintergrund auffällige Ungleichheiten in der Verbreitung von Ansteckungssorgen.

Noch auffälliger als Geschlechterdifferenzen sind jedoch Klassenungleichheiten. Am stärksten von Ansteckungssorgen betroffen sind die Berufe der beiden interpersonellen Klassen: 44 Prozent der nicht-akademischen Dienstleistenden machen sich im Frühjahr 2021 Sorgen (2020: 41 Prozent), in den soziokulturellen Professionen – der oberen interpersonellen Klasse – sind dies mit 34 Prozent (2020: 29 Prozent) zwar immer noch überdurchschnittlich viele, aber doch deutlich weniger als unter den Dienstleistenden. Von den anderen Erwerbsklassen erreichen einzig die Produktionsarbeitenden mit 23 Prozent in beiden Erhebungswellen einen im Vergleich zu den anderen Klassen erhöhten Anteil an Beschäftigten mit arbeitsbezogenen Infektionssorgen. An anderer Stelle veröffentlichte Regressionsanalysen (Holst et al. 2020) zeigen, dass die Klassenungleichheiten andere Ungleichheiten dominieren. So sind

die Geschlechterdifferenzen bei den Ansteckungssorgen auf die vergeschlechtlichte gesellschaftliche Arbeitsteilung zurückzuführen: Frauen sind in den beiden interpersonellen Klassen deutlich überrepräsentiert.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei den Bewertungen der Schutzmaßnahmen der Arbeit- oder Auftraggeber gegen eine Infektion mit dem Coronavirus am Arbeitsplatz. Im Frühjahr 2021 bewerten 36 Prozent der Dienstleistenden (2020: 33 Prozent) die Schutzmaßnahmen ihres Arbeitgebers als unzureichend. Zudem kritisieren – stabil über beide Erhebungswellen – jeweils ungefähr 30 Prozent der Produktionsarbeitenden und der Dienstleistenden die Schutzmaßnahmen ihrer Arbeitgeber. In den anderen Klassen liegen die Anteile von Erwerbsarbeitenden, die unter – in ihren eigenen Augen – defizitären Schutzmaßnahmen arbeiten müssen, jeweils unter dem allgemeinen Durchschnitt.

3.2 Wirtschaftliche Lasten: Selbständige am stärksten betroffen, gefolgt von Produktionsarbeitenden

Wie die Infektionsrisiken weisen auch die wirtschaftlichen Lasten deutliche horizontale und vertikale Klassenungleichheiten auf, die sich zudem im Pandemieverlauf verfestigt haben. Schwerpunkte der wirtschaftlichen Lasten sind die selbständigen und die technischen Klassen, wobei die unteren Klassen jeweils deutlich stärker betroffen sind. In der ersten Befragungswelle in der Frühphase der Pandemie müssen 24 Prozent der Erwerbstätigen Verdiensteinbußen hinnehmen, in der zweiten Welle 25 Prozent. Ebenso stabil sind die Geschlechterungleichheiten, die auch in diesem Aspekt auf die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung zurückzuführen sind. Männer leiden häufiger unter Verdiensteinbußen als Frauen, weil sie in den von Einbußen besonders betroffenen technischen Berufen überrepräsentiert sind. Hingegen machen Region und Migrationshintergrund kaum einen Unterschied.

Besonders auffällig sind allerdings die horizontalen und vertikalen Klassenungleichheiten. In beiden Erhebungswellen sind die beiden selbständigen Klassen am häufigsten von Verdiensteinbußen betroffen. Über die Hälfte der Arbeitgeber*innen und der freien Berufe melden Verdiensteinbußen, unter den Kleingewerbetreibenden und Solo-Selbständigen sind es sogar zwei Drittel. Für Letztere ist die Pandemie bereits in den ersten Monaten vielfach existenzgefährdend. Zwei Drittel stimmen der Aussage zu: „Die Pandemie bedroht meine wirtschaftliche Existenz.“ In keiner anderen Erwerbsklasse werden derart hohe Werte erreicht. Unter den abhängig Beschäftigten sind Produktionsarbeitende am stärksten von Verdiensteinbußen betroffen.

Zudem führt die Pandemie bei einem Fünftel der Erwerbstätigen zu einer Verunsicherung der beruflichen Zukunft. Auch hier sind die Kleingewerbetreibenden und Solo-Selbständigen am häufigsten betroffen, gefolgt von den Arbeitgeber*innen (jeweils über 50 Prozent). Wie bei den materiellen Einbußen sind bei der Zukunftsunsicherheit die Produktionsarbeitenden unter den abhängig Beschäftigten am stärksten betroffen: In beiden Erhebungswellen melden fast 30 Prozent, dass durch Corona ihre berufliche Zukunft unsicherer geworden sei.

3.3 Mobiles Arbeiten: Primär eine Angelegenheit der oberen Erwerbsklassen

Mobiles Arbeiten ist auch in der Pandemie primär ein Phänomen der akademischen Berufe der oberen Erwerbsklassen; von den unteren Erwerbsklassen haben nur die Bürokräfte in nennenswertem Umfang Zugang zu mobilem Arbeiten. Insbesondere die Dienstleistenden und die Produktionsarbeitenden, die unter den Lohnabhängigen am stärksten von den subjektiven Infektionsrisiken und den wirtschaftlichen Lasten betroffen sind, haben weder in der Frühphase der Pandemie noch nach einem Jahr die Möglichkeit von Zuhause zu arbeiten und erleben nur selten einen pandemiebedingten Digitalisierungsschub. Die Ungleichheiten im Zugang zum mobilen Arbeiten und der Digitalisierung sind durchaus bedeutsam für die Erwerbsarbeitenden: Trotz weitreichender Entgrenzungsdynamiken hat das Homeoffice für viele – das zeigen die Analysen des Arbeitswelt-Monitors „Arbeiten in der Corona-Krise“ – die doppelte Funktion einer Schutzmaßnahme und einer Vereinbarkeitsressource.

In der ersten Erhebungswelle im Frühjahr 2020 arbeiteten 36 Prozent der Befragten mehr von Zuhause als vor der Pandemie, in der zweiten Welle im Frühjahr 2021 sind es 37 Prozent. Zwischen Frauen und Männern gab es in beiden Wellen keinen Unterschied, ebenso wenig fanden sich Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Allerdings war in Westdeutschland der Anteil der Erwerbstätigen, die mehr von Zuhause arbeiten, jeweils deutlich höher als in Ostdeutschland. Die deutlichsten Ungleichheiten zeigen sich jedoch auf Klassenebene: Mobiles Arbeiten ist zum einen am stärksten verbreitet in den beiden administrativen Klassen, zum anderen wechseln die oberen Erwerbsklassen deutlich häufiger ins Homeoffice als die unteren Klassen, von denen nur die Bürokräfte in der Pandemie häufiger von Zuhause arbeiten können. Unter den Managementberufen, den technischen Expert*innen und den soziokulturellen Professionen arbeiten in beiden Befragungswellen jeweils knapp 60 Prozent mehr von Zuhause als vor der Pandemie. Kaum eine Rolle spielt das Homeoffice hingegen für Produktionsarbeitende und Dienstleistende. Nur jede*r Zehnte arbeitet in Corona-Zeiten vermehrt von Zuhause.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Digitalisierung der Arbeit als Folge der Pandemie. Die Digitalisierung betrifft vor allem die Berufe der beiden administrativen Klassen; in den anderen Arbeitslogiken erleben nur die oberen Erwerbsklassen einen Digitalisierungsschub. Kaum von coronabedingter Digitalisierung berichten hingegen Produktionsarbeitende und Dienstleistende.

4 Arbeitserfahrungen in der Pandemie: Von Kollektiverfahrungen und Individualisierungsschüben

Der Blick in die quantitativen Analysen des Arbeitswelt-Monitors „Arbeiten in der Corona-Krise“ hat gezeigt, dass die Auswirkungen der Pandemie – die pandemiebedingten Erwerbsarbeitsrisiken – starke vertikale und horizontale Klassenungleichheiten aufweisen. Das Forschungsprogramm der traditionellen Klassenforschung hat sich jedoch nicht allein auf die Analyse der Ungleichheitseffekte der Klassenstruktur beschränkt. Ebenso wichtig war – dies gilt im Übrigen in paralleler Weise auch für Ulrich Becks Abgesang auf die Klassengesellschaft – das subjektive Erleben der Arbeitenden. Für die Analyse der Pandemieeffekte in der Arbeit bedeutet dies: Wie schauen Erwerbsarbeitende auf die Corona-Effekte in der Arbeit?

Auch wenn an dieser Stelle keine umfassende Analyse des Arbeits- und Gesellschaftsbewusstseins der verschiedenen sozialen Klassen in der Pandemie erfolgen kann, lassen sich aus den Interviews des Arbeitswelt-Monitors einige Beobachtungen ableiten, die Ansatzpunkte für die weitere Forschung bilden können. Aufgrund der im Pandemieverlauf verfestigten Benachteiligungen konstituiert die Pandemie für viele aus den unteren Klassen eine – zugleich einende und trennende – Kollektiverfahrung, die zumindest kurzfristig das Bewusstsein für die eigene Position in der sozioökonomischen Ordnung schärft. Die Erwerbsarbeitenden haben ein feines Gespür für ihre Stellung in der vertikalen Hierarchie der Berufe sowie die horizontalen Differenzen zu anderen Berufsgruppen – und es sind die zugespitzten und anhaltenden beruflichen Ungleichheitseffekte der Pandemie, die den Blick auf die Klassenstruktur und die eigene Klassenlage freilegen. Das eigene Leiden an der Pandemie erleben viele Erwerbsarbeitende als Folge ihrer Stellung in der sozioökonomischen Ordnung. Zwar findet sich in den oberen Klassen keine dem pandemiebedingten Arbeitsleiden der unteren Klassen vergleichbare Kollektiverfahrung: Aber auch für die meisten Interviewpartner*innen aus oberen Klassenlagen legt die Pandemie – vermittelt über ihre offensichtlichen Ungleichheitseffekte – eine Reflexion über die eigene privilegierte Position gegenüber anderen Berufen in der sozioökonomischen Ordnung nahe.

4.1 Das Arbeitsleiden in der Pandemie als Kollektiverfahrung: die unteren Klassen

Weit verbreitet unter den besonders von den Folgen der Pandemie betroffenen Arbeitenden aus den unteren Klassen ist eine kollektive Rahmung der arbeitsbezogenen Pandemieerfahrungen. Das Arbeitsleiden in und an der Pandemie – die Infektionsrisiken, die Verdiensteinbußen, Zukunftsunsicherheit und auch der begrenzte Zugang zum mobilen Arbeiten – erleben viele aus den unteren Klassen als wesentlich mit der eigenen beruflichen Position verbunden. Exemplarisch kann das Erleben der Pandemiefolgen als klassenspezifische Erwerbsarbeitsrisiken an dem folgenden Zitat eines LKW-Fahrers gezeigt werden, für den Corona vor allem steigende Arbeitsbelastungen und bei den Kundenunternehmen die Stigmatisierung als von der eigenen Belegschaft fernzuhaltender potenzieller Virusträger mit sich bringt. Die Pandemieeffekte knüpfen an seine Arbeitserfahrungen vor Corona an und verdeutlichen in seinen Augen die fehlende Wertschätzung der Gesellschaft für seinen Beruf:

„Wir wurden schon vorher von der Gesellschaft wie Abfall behandelt und sind jetzt noch weniger wert. Uns Berufskraftfahrer will keiner haben, aber ohne uns kann auch niemand online beim großen Amazon bestellen.“

Aus klassenanalytischer Perspektive sind an der verbreiteten kollektiven Rahmung der Pandemieeffekte und deren Wahrnehmung als klassenspezifische Erwerbsarbeitsrisiken vor allem zwei Aspekte interessant: Zum einen greifen die unteren Klassen – allen voran Dienstleistende und Produktionsarbeitende, aber auch Kleingewerbetreibende und Solo-Selbständige –, wenn sie in den Interviews von den Auswirkungen der Pandemie auf die eigene Arbeit berichten, immer wieder auf ein kollektives „Wir“ zurück, um auf gemeinsame Erfahrungen ihrer Berufsgruppen zu verweisen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Eine SupermarktkassiererIn betont, dass „wir“ im Unterschied zu „den Studierten im Betrieb [...] die Basisarbeit machen“ und sieht die einfachen Dienstleistenden im Handel und in anderen Dienstleistungsbranchen im

besonderen Maße von Infektionsrisiken und Arbeitsbelastungen betroffen. Eine Kinderbetreuerin aus einer KiTa weist darauf hin, dass „wir, die mit Menschen arbeiten“, besonders mit Infektionsrisiken konfrontiert sind, steigende Arbeitsbelastungen erleben und über wenig Einfluss auf die eigene Arbeitssituation verfügen. Und ein Produktionsarbeiter aus der Metall- und Elektroindustrie betont, dass „wir, die täglich in die Halle müssen“, im Unterschied zu denjenigen, die in den Büros arbeiten, nicht ins Homeoffice können und „wir uns deswegen auch nicht während der Arbeitszeit um unsere Kinder kümmern können“. Die meisten Arbeitenden aus nicht-akademischen Berufen nehmen die Auswirkungen der Pandemie nicht als individuelle oder idiosynkratische Phänomene wahr, sondern als strukturell an die eigene Berufsgruppe gekoppelt.

Zum anderen – und dies deutet sich in den Aussagen der Supermarktkassiererin und des Produktionsarbeiters bereits an – haben die Arbeitenden nicht nur die Auswirkungen der Pandemie auf die eigene Berufsgruppe im Blick. In fast allen Interviews wird deutlich, dass die Erwerbsarbeitenden die mit der eigenen sozioökonomischen Position verbundenen Betroffenheiten in Beziehung zu anderen Klassenlagen setzen. Dies geschieht einerseits in der vertikalen beruflichen Hierarchie. Weit verbreitet ist eine an das dichotome Gesellschaftsbild der klassischen Forschung zum Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein (Popitz et al. 1957) erinnernde Gegenüberstellung: „Wir an der Basis“, die das System am Laufen halten und die Negativfolgen der Pandemie ertragen müssen vs. „die da oben“, die häufig die Möglichkeit haben im Homeoffice zu arbeiten und deren Interessen gehört werden. Die Erwerbsarbeitenden der unteren Klassen wissen, dass ihnen ihre sozioökonomische Position (nicht nur) in der Pandemie multiple Nachteile beschert. Andererseits vergleichen die Arbeitenden das eigene, über den Pandemieverlauf anhaltende Arbeitsleiden mit der Pandemiesituation anderer Berufsgruppen, die sich in der vertikalen Hierarchie auf einem ähnlichen Rang befinden, die aber in anderen Arbeitslogiken verortet und deswegen mit anderen Pandemiefolgen konfrontiert sind.

Angesichts der besonderen Lasten der Pandemie kann es kaum verwundern, dass der Vergleich über die Klassengrenzen auch Spannungen unter den unteren Klassen hervorbringt. Dies wird deutlich an den Worten eines Briefsortierers aus einem Postverteilzentrum, der die unzureichenden Schutzmaßnahmen in der Sortierhalle scharf kritisiert und schon vor der Pandemie den Eindruck hatte, dass die Sorgen und Nöte der Hallenbeschäftigten von der Geschäftsführung weitestgehend ignoriert werden (im Unterschied zu den Interessen der Verwaltungsbeschäftigten):

„Es ist dann auch keine Überraschung, dass die Verwaltung, die von den Leuten in der einfachen Produktion sowieso immer ein bisschen argwöhnisch beobachtet wurde, negativ gesehen wurde. Durch das Homeoffice sind die dann in den Augen mancher Beschäftigten in eine ungerechtfertigt privilegierte Position geraten. Das ist natürlich auch so ein Faktor, der nicht unbedingt dazu beiträgt, den Zusammenhalt unter den Beschäftigten zu fördern.“

Das eigene Arbeitsleiden an und in der Pandemie konstituiert für viele Erwerbsarbeitende aus den unteren Klassen eine – in der Perspektive Ulrich Becks – Kollektiverfahrung, die Einheit zwischen ähnlich betroffenen Berufsgruppen erzeugt, aber auch bestehende horizontale Spannungen zwischen ungleich betroffenen Klassen akzentuiert.

4.2 Das Homeoffice als kollektive Erfahrung, aber nicht als Kollektiv- erfahrung: die oberen Klassen

Zwar leiden auch Erwerbsarbeitende aus den oberen Klassen an Ansteckungsorgen oder den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Allerdings sind die Negativfolgen der Pandemie in den akademischen Berufen weit weniger verbreitet als in den unteren Klassen. Die zentrale kollektive Arbeitserfahrung der oberen Klassen – insbesondere der Management- und Verwaltungsbereufe, der technischen Expert*innen und der soziokulturellen Professionen – bezieht sich auf das mobile Arbeiten. Anders als das Arbeitsleiden der unteren Klassen konstituiert das mobile Arbeiten zwar eine kollektive Erfahrung, weil sie von vielen gemacht wird, aber eben keine Kollektiv-erfahrung im engeren Sinne, in der sich die Erwerbsarbeitenden als Kollektiv reflektieren. Unsere Interviews deuten nämlich darauf hin, dass das sogenannte Homeoffice ein gewisses Individualisierungspotenzial besitzt. Im Grunde kann das kaum verwundern, löst das Zu-Hause-Arbeiten die Arbeitenden doch tendenziell aus betrieblichen – sozialen, organisatorischen und räumlichen – Zusammenhängen und verlagert den Arbeitsort in die eigene Wohnung, wodurch sich die Schnittstellen zwischen Erwerbsarbeit und Lebenswelt vervielfachen. Schon auf den ersten Blick fällt auf, dass die oberen Klassen deutlich seltener auf das kollektive „Wir“ zurückgreifen, um die eigenen Arbeitserfahrungen zu beschreiben. Stattdessen werden die Folgen des mobilen Arbeitens häufig aus der Ich-Perspektive beschrieben und die lebensweltliche Situation sowie Implikationen in den Blick genommen. Um nur einige Beispiele aus unseren Interviews zu nennen: Eine Pressesprecherin einer entwicklungspolitischen Organisation, die zum Zeitpunkt des Interviews pandemiebedingt nur einen Tag pro Woche im Büro arbeitet, betont, dass sie mit dem Homeoffice „viel mehr meinen eigenen Rhythmus leben“ kann. Ein pharmazeutischer Angestellter berichtet, dass er „zwischen den Meetings jetzt mal etwas anderes machen kann“ und ihm „das Nicht-Reisen-Müssen Lebenszeit erspart“.

Dass dem Homeoffice strukturell ein gewisses Individualisierungspotenzial innewohnt, zeigt sich ebenso an den Konsequenzen, die von den Arbeitenden thematisiert werden. Da, wo das mobile Arbeiten für die Erwerbstätigen funktioniert, verbessert es die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Die positiven Auswirkungen des mobilen Arbeitens werden von den meisten Interviewten als individuelle Vorteile gerahmt, und weniger als Effekte einer kollektiven sozioökonomischen Lage. Ein IT-Experte betont die positiven Effekte, die das Homeoffice auf seine Lebensumstände hat:

„Dadurch, dass ich nicht mehr pendeln muss und auch noch auf 70 Prozent reduziert habe, habe ich natürlich wesentlich mehr Freizeit. Also ich arbeite in der Regel jetzt von 7 bis 12:30 Uhr ungefähr. Vorher war ich [...] zehn, elf Stunden außer Haus. Von 6 Uhr bis 16:30 Uhr war ich außer Haus, zehneinhalb Stunden und jetzt sind es genau fünfeinhalb. Weil ich jetzt gerade mal zu meinem Computer gehe und nachher wieder weggehe. Ich habe dadurch natürlich viel, viel mehr Freizeit gewonnen.“

Und auch in den Fällen, in denen das Homeoffice aus Beschäftigtensicht ein Vehikel der Entgrenzung darstellt und erhebliche Belastungen mit sich bringt, werden die Auswirkungen des Arbeitens von Zuhause von den Erwerbstätigen auffällig stärker individualisiert als das Arbeitsleiden der unteren Klassen. In den Worten einer leitenden Angestellten der Deutschen Bahn: „Das [die Entgrenzung im pandemiebedingten Homeoffice] ist mein Problem. Ich muss da Grenzen setzen.“

Obwohl die Arbeitserfahrungen in der Pandemie in den oberen Erwerbsklassen häufig keine dem in den unteren Klassen verbreiteten Leiden vergleichbare Kollektiverfahrung darstellen und die Ausweitung des Homeoffice zudem ein erhebliches Individualisierungspotenzial besitzt: Auch in den oberen Klassen schärft die Pandemie über ihre Ungleichheitseffekte bei vielen das Bewusstsein für die eigene – im Vergleich zu den unteren Klassen privilegierte – sozioökonomische Position. Die oben kurz zitierte Pressesprecherin reflektiert über die Ungerechtigkeit der ungleichen Betroffenheiten in der Pandemie:

„Ich bin in einer komfortablen Situation [...]. Schwierig ist es aber für kleinere Selbstständige, Restaurants, Cafés, Hotels, Friseure. Alle die, die sowieso schon nicht üppig viel Geld haben, die schwer so eine Zeit überbrücken können. Schwer ist es auch in Pflegeheimen... Das Pflegepersonal war auch vorher schon in einer schwierigen Situation: [...] Leute überlastet, wenig Zeit für die Menschen. Die ganzen sozialen Berufe haben schwere Arbeitsbedingungen und werden überhaupt nicht angemessen bezahlt. Es wird ja nur da gut bezahlt, wo viel Geld erwirtschaftet wird und das ist in den sozialen Berufen nicht der Fall. Es geht ja immer darum, möglichst viel zu produzieren und Gewinne zu machen. [...] Corona wird da auch nichts ändern. Bin da pessimistisch. Nicht mehr Geld, nicht mehr Wertschätzung. Das wird alles wieder vergessen werden. Das sieht man ja auch an der Autoindustrie: Diese Dreistigkeit, dass da wieder Geld lockergemacht werden soll, damit mehr Autos gekauft werden, finde ich unglaublich.“

Zwar deuten sich in unseren Interviews auffällige Differenzen in den Arbeitserfahrungen der oberen und der unteren Erwerbsklassen an: Während das verbreitete Arbeitsleiden in den unteren Klassen eine Kollektiverfahrung im engeren Sinne darstellt, beinhaltet die in den oberen Klassen verbreitete kollektive Erfahrung des pandemiebedingten Homeoffice ein spürbares Individualisierungspotenzial. Trotzdem schärft die Pandemie auch in den oberen Klassen das Bewusstsein für berufliche Ungleichheiten und die sozioökonomische Ordnung der Gesellschaft.

5 Fazit

Ausgehend von den Überlegungen, die Ulrich Beck in den 1980er Jahren zum Niedergang der Klassengesellschaft anstellte, wurde die These entwickelt, dass die Corona-Pandemie von einer besonderen arbeitsweltlichen Klassendynamik charakterisiert wird, die dem seit einigen Jahren beobachtbaren Aufschwung an Klassenanalysen in der soziologischen Forschung erheblichen Nachdruck verleiht. Zum einen sind die pandemiebedingten Erwerbsarbeitsrisiken alles andere als generalisiert. Subjektive Infektionsrisiken, wirtschaftliche Lasten und die Möglichkeit des mobilen Arbeitens weisen beachtliche sowie über den Pandemieverlauf stabile – vertikale und horizontale – Klassenungleichheiten auf. Einerseits erleben Erwerbsarbeitende aus verschiedenen horizontalen Segmenten die Pandemie auf unterschiedliche Art und Weise. In den Dienstleistungsberufen der interpersonellen Klassen dominiert die Erfahrung der Gesundheitsgefährdung, in den technischen und den selbständigen Klassen wird die Pandemie stärker als Wirtschaftskrise erlebt und in den bürokratischen Berufen nehmen viele Erwerbsarbeitende Corona als Treiber mobilen Arbeitens wahr. Andererseits weisen die arbeitsweltlichen Pandemieeffekte ausgeprägte vertikale Ungleichheiten auf. Innerhalb der vier Arbeitslogiken sind jeweils die nicht-akademischen Berufe der unteren Klassen stärker von subjektiven Infek-

tionsrisiken und wirtschaftlichen Lasten der Pandemie betroffen und haben ebenfalls deutlich weniger Zugang zum mobilen Arbeiten.

Zum anderen stellen die Klassenungleichheiten in der Pandemie kein rein analytisches Phänomen dar. Vielmehr sind die eigenen Betroffenheiten und die Ungleichheiten in den Auswirkungen der Pandemie den Arbeitenden im Arbeitsalltag präsent. Die Kategorie „Klasse“ gewinnt für viele Erwerbsarbeitende – in den Begrifflichkeiten von Ulrich Beck (1983: 36) – an „Realitätsgehalt“. In weiten Teilen der unteren Klassen konstituiert das Arbeitsleiden in und an der Pandemie eine Kollektiverfahrung im engeren Sinne. Die Auswirkungen der Pandemie auf die eigene Arbeit führen viele auf die eigene – mit multiplen Benachteiligungen verbundene – sozioökonomische Position zurück. Obwohl sich in den oberen Klassen keine vergleichbare, auf strukturelle Benachteiligungen fokussierte Kollektiverfahrung findet und das in diesen Berufen verbreitete Homeoffice ein erhebliches Individualisierungspotenzial beinhaltet, verbreitet sich auch in den akademischen Berufen ein Bewusstsein für die eigene – im Vergleich zu den unteren Klassen privilegierte – Position in der sozioökonomischen Ordnung. Über die im Arbeitsalltag sichtbaren Ungleichheitseffekte in den Corona-Auswirkungen erleben Erwerbstätige, wo sie sich – in Relation zu anderen Berufsgruppen – im vertikal und horizontal strukturierten sozioökonomischen Positiongefüge befinden und welche relativen Benachteiligungen und Privilegien ihrer beruflichen Stellung in der Pandemie strukturell anhaften.

Damit wirkt die Corona-Pandemie in einem doppelten Sinne als Brennglas, in dem die Relevanz der Kategorie „Klasse“ in den kapitalistischen Gegenwartsgesellschaften sichtbar wird: Auf der einen Seite zeigt sich in den Ungleichheiten der arbeitsweltlichen Auswirkungen der Pandemie die anhaltende Relevanz der Klasse für die gesellschaftliche Verteilung von Erwerbsarbeitsrisiken. In der eingangs rekonstruierten Logik Ulrich Becks zählt Sars-CoV-2 zu den generalisierten Umweltrisiken, die alle Menschen in gleichem Maße betreffen. Dass die mit dem Virus verbundenen arbeitsweltlichen Risiken und Lasten trotzdem von Beginn an starke Klassenungleichheiten aufweisen, die zudem über den bisherigen Pandemieverlauf bemerkenswert stabil sind, spricht für den ungebrochenen strukturellen Einfluss des sozioökonomischen Positiongefüges auf die Verteilung von Lebenschancen in der kapitalistischen Gegenwartsgesellschaft. Auf der anderen Seite stellt die Pandemie nicht nur für die Forschung, sondern auch für die Erwerbsarbeitenden selbst ein Brennglas dar. Viele vergleichen die Auswirkungen auf die eigene Arbeit laufend mit der Situation anderer Berufsgruppen, was ihnen zugleich die eigene, vertikale und horizontale Position in der sozioökonomischen Ordnung vor Augen führt. Die Pandemie bildet für alle eine neue Situation von existenzieller Reichweite, die sich mit rasanter Geschwindigkeit ausgebreitet hat und damit die gesamte Arbeitswelt gleichzeitig betrifft – wenn auch auf sehr ungleiche Weise. Während die Arbeits- und Beschäftigungssituationen verschiedener Berufsgruppen ansonsten aufgrund ihrer Unterschiedlichkeit in einer Vielzahl von Dimensionen nur schwer zu vergleichen sind, gibt die Pandemie den Erwerbsarbeitenden eine begrenzte Anzahl von Fragen an die Hand, um ihre Auswirkungen auf die eigene Arbeitssituation und die Arbeit anderer zu bewerten: Werde ich in der Arbeit angemessen vor einer Ansteckung geschützt? Werden meine Arbeitserfahrungen in der Pandemie ernst genommen? Hat Corona existenzielle – gesundheitliche, wirtschaftliche oder sozi-

ale – Auswirkungen auf meine Arbeit? Diese Fragen berühren allgemeine Aspekte der Bewertung von Arbeit. Durch den Fokus auf die Pandemieauswirkungen werden für die Arbeitenden ansonsten kaum vergleichbare Arbeitssituationen kommensurabel gemacht.

Literatur

- Beck, U. (1983): Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In: Kreckel, R. (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Schwartz & Co., 35–74.
- Bourdieu, P. (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht. In: Steinrück, M. (Hg.): Schriften zu Politik & Kultur. Hamburg: VSA-Verlag.
- Eribon, D. (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Fessler, A.; Holst, H.; Niehoff, S. (2021): Pandemie, Erwerbsarbeit und Mitbestimmung – Anhaltende Klassenungleichheiten in der Arbeitswelt. In: Schmitz, C.; Urban, H.-J. (Hg.): Jahrbuch Gute Arbeit 2022: Arbeitspolitik nach Corona. Probleme, Konflikte, Perspektiven. i. E.
- Groh-Samberg, O. (2009): Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hochschild, A. R. (2016): Strangers in Their Own Land: Anger and Mourning on the American Right. New York: The Free Press.
- Holst, H.; Fessler, A.; Niehoff, S. (2020): Covid-19, social class and work experience in Germany: inequalities in work-related health and economic risks. *European Societies* 23 (1): 495–512.
- Holst, H.; Fessler, A.; Niehoff, S. (2021): Arbeiten in der Pandemie – Klassenungleichheiten und fragmentierte Corona-Erfahrungen. In: Ludwig, C.; Simon, H.; Wagner, A. (Hg.): Entgrenzte Arbeit, (un-)begrenzte Solidarität? – Bedingungen und Strategien gewerkschaftlichen Handelns im flexiblen Kapitalismus. Münster: Dampfboot.
- Hugree, C.; Penissat, E.; Spire, A. (2020): Social Class in Europe. *New Inequalities in the Old World*. London: Penguin.
- Kern, H.; Schumann, M. (1970): Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Oesch, D. (2006): Redrawing the Class Map. Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Piketty, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C. H. Beck.
- Popitz, H.; Bahr, H. P.; Jüres, E. A.; Kesting, H. (1957): Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Reckwitz, A. (2019): Das Ende der Illusionen: Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Sachweh, P. (2021): Klassen und Klassenkonflikte in der postindustriellen Gesellschaft. Soziale Spaltungen und soziokulturelle Polarisierung in den Mittelklassen. *Leviathan* 49 (2): 181–188.
- Therborn, G. (2013): *The Killing Fields of Inequality*. Polity: Cambridge.
- Thompson, E. P. (1966): *The making of the English working class*. New York: Vintage Books.
- Weber, M. (1980) [1922]: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Wright, E. O. (2015): *Understanding Class*. London: Verso.

Wie mit arbeitssoziologischer Forschung Praxis gestalten?

Die arbeitssoziologische Forschung im Kontext der aktuellen Kontroverse um trans-
formative Wissenschaft¹

*Eva-Maria Walker*²

Zusammenfassung: Die arbeitssoziologische Forschung bewegt sich in ihrer Rolle als kritische Aufklärerin seit jeher an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis und ist in der Folge nie nur Beobachterin, sondern immer auch (Mit-)Gestalterin betrieblicher Praxis – und damit normativ. Obwohl in aktuellen Beiträgen Fragen der Gestaltung breit revitalisiert werden, bleibt eine genauere Klärung dessen, was unter „Gestaltung“ zu verstehen ist, in der Arbeits- und Industriesoziologie (AIS) überraschenderweise bislang noch aus. Der Beitrag nimmt sich genau dieser Leerstelle an und entwickelt dabei die *These*, dass die AIS *nicht nur mit einem aufklärerischen Verständnis* von Gestaltung operiert, sondern mit einem *normativ-aktivierenden*. Gerade weil aber wissenschaftliche Resonanz auch davon abhängig ist, wie Wissenschaftskommunikation gegenüber jenen Adressat:innen gelingen kann, die nicht mit den eigenen Wertvorstellungen übereinstimmen, schließt sich hieran die Frage nach möglichen Weiterentwicklungen des bestehenden Verständnisses von Gestaltung an.

Abstract: In its role as enlightener, research in the sociology of work (AIS) has always moved at the interface between science and practice and, as a consequence, is never merely an observer but always also a (co-)shaper of workplace – and thus normative. Although questions of social shaping of technology are widely revitalized in recent contributions, a more precise clarification of what is to be understood by “shaping” has surprisingly been lacking in AIS so far. This article addresses precisely this void, developing the *thesis* that AIS operates not only

¹ Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die Verschriftlichung eines Vortrags, den ich im Rahmen der AIS-Frühjahrstagung 2021 zum Thema „Norm und Wissen“ gehalten habe. Dem Beitrag schließt sich die kritische Kommentierung von Jürgen Howaldt im kommenden Heft an (AIS 01/2022).

Ich danke meinem Reviewer, Wolfgang Dunkel, für seine wertvollen Hinweise und konstruktiven Anregungen sowie den beiden Kommentatoren des Vortrags, Jürgen Howaldt und Norbert Huchler, für ihre kritischen Rückfragen zu einer früheren Fassung des Beitrags.

² Prof. Dr. Eva-Maria Walker, Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft in Alfter bei Bonn, E-Mail: eva-maria.walker@alanus.edu

with an *enlightenment understanding of shaping*, but with a *normative-activist* one. Precisely because scientific resonance also depends on how science communication can succeed with regard to those addressees who do not agree with one's own values, the question of possible further developments of the existing understanding of shaping follows.

1 Einleitung

Die arbeitssoziologische Forschung zeichnet sich in ihrer Rolle als kritische Beobachterin gesellschaftlicher Arbeitsbedingungen seit jeher dadurch aus, dass sie sich an der Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher Aufklärung und normativen Gestaltungsvorschlägen für die arbeitspolitische Praxis bewegt. Damit ist arbeitssoziologische Forschung nie nur Beobachterin, sondern immer auch (Mit-)Gestalterin betrieblicher Praxis (Hirsch-Kreinsen 2003; Howaldt 2003; Lutz/Schultz-Wild 1986; Mayer-Ahuja 2014, 2021). Gerade diese Frage nach der Gestaltung betrieblicher Praxis als *einer* Zielsetzung arbeitssoziologischer Forschung erfährt in aktuellen Beiträgen nunmehr gleich in doppelter Hinsicht eine Revitalisierung.

Diese geschieht zum einen im Kontext empirisch orientierter Arbeiten zur Digitalisierung der Arbeitswelt, in denen die Gestaltungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten des digitalen Wandels betont werden (u.a. Hoffmann/Bogedan 2015; Hirsch-Kreinsen 2015; Huchler 2018; Schröder/Urban 2016) und zum anderen in theoretisch-konzeptionellen Beiträgen zur Selbstreflexion der AIS (u.a. Mayer-Ahuja 2014, 2021; Menz 2021; Voswinkel 2021), wenn der Arbeitssoziologie die Aufgabe zugeschrieben wird, für eine „Erweiterung der Souveränität von Beschäftigten [zu] streiten“ (Mayer-Ahuja 2021: 15) – und ihr damit ganz dezidiert ein Gestaltungsauftrag erteilt wird.

Diesem disziplinären Selbstanspruch, Arbeitswelt(en) nicht „nur“ wissenschaftlich zu beschreiben bzw. zu erklären, sondern sie in einem zweiten Schritt auch zu gestalten, ist zweifelsohne zuzustimmen. Überraschend an dieser Debatte ist nur, dass eine intensivere Beschäftigung mit dem zugrunde liegenden Verständnis von Gestaltung sowie eine Reflexion und Transparenz ihrer eigenen wissenschaftlichen Normativitäten gegenüber jenen der betrieblichen Praxis bislang ausbleibt. Das verwundert zunächst vor dem Hintergrund der „alten“ Debatte um eine „Aufklärung als Gestaltung“ (Lutz/Schultz-Wild 1986), in der das Verhältnis zwischen wissenschaftlichen Normativitäten und jenen der betrieblichen Praxis ganz offen zum Thema gemacht wird. Zum anderen verwundert diese fehlende Reflexion eigener Normativitäten aber auch im Kontext der aktuellen kritischen Debatte um die sogenannte transformative Wissenschaft (Schneidewind 2015; vgl. kritisch dazu u.a. Strunz/Gawel 2017). Diese macht es sich zur Aufgabe, als Gesellschaftswissenschaft Gesellschaft nicht nur wertfrei zu beschreiben, sondern diese auch aktiv zu gestalten und neigt in der Folge dazu, ihre eigenen wissenschaftlichen Normativitäten über jene der Praxis zu stellen. Problematisch ist dieses Selbstverständnis vor allem deshalb, so die Kritik an der transformativen Wissenschaft (u.a. Strohschneider 2014), da auf diese Weise die Grenze zwischen wissenschaftlicher Expertise und demokratischen Entscheidungsprozessen verwischt und gesellschaftliche Kontroversen zwischen *unterschiedlichen normativen* Wertvorstellungen – insbesondere, wenn sie jenen der sozial-ökologischen Transformation widersprechen – massiv erschweren. Zu vermuten ist, dass

diese Herausforderung auch auf den Gestaltungsanspruch der Arbeits- und Industriosociologie zutrifft, insbesondere dann, wenn man sich vor Augen hält, dass sich die normativen Wertvorstellungen der Arbeitnehmer:innen in einem Wandel befinden (vgl. Abschnitt 4) und damit nicht mehr zwangsläufig jenen der Arbeitssoziologie über die Bedingungen „guter Arbeit“ entsprechen müssen.

Im Folgenden wird nunmehr zunächst aufgezeigt, wie die Frage nach der Gestaltung betrieblicher Praxis in aktuellen arbeits- und industriosociologischen Arbeiten adressiert (Abschnitt 2) und welches Verständnis von „Gestaltung“ zugrunde gelegt wird. Dabei wird im Beitrag die *These* entwickelt, dass die Arbeitssoziologie – ähnlich zur transformativen Wissenschaft – *nicht nur mit einem aufklärerischen Verständnis* von Gestaltung operiert, sondern mit einem *normativ-aktivierenden*, strebt sie doch nicht nur eine Aufklärung über entfremdete Arbeitsverhältnisse an, sondern hegt zumindest implizit die Erwartung, die Beschäftigten mögen das sie befähigende Wissen dazu nutzen, sich aus entfremdeten Arbeitsverhältnissen zu befreien. Damit werden nicht nur mögliche Handlungsalternativen zum Bestehenden benannt, sondern als konkrete Handlungsaufforderung auch *normativ* bewertet. Gerade weil aber normative Bewertungen von Handlungspraxis eine *breite* wissenschaftliche Resonanz erschweren können (u.a. Bogner 2021a; Nullmeier 2019), insbesondere dann, wenn sich wissenschaftliche Wertvorstellungen von jenen der Praxis unterscheiden, bleibt abschließend zu klären, wie es der AIS angesichts sich wandelnder Wertvorstellungen der Arbeitnehmer:innen gelingen kann, ihren Gestaltungsanspruch auch in Zukunft einzulösen. *Eine* Möglichkeit hierfür könnte darin bestehen, auf ein normatives Verständnis von Gestaltung zu verzichten und zwar zu einer Reflexion der „Grundstrukturen [der] alltäglichen Lebenswelt“ (Schütz, im Anschluss an Lüdke, 2017: 115) anzuregen und zu befähigen, *allerdings ohne* die von den Beschäftigten bzw. den betrieblichen Akteuren tatsächlich gewählten Handlungsalternativen normativ zu bewerten.

2 Arbeitssoziologische Positionsbestimmungen im Kontext der Kontroverse um den Gestaltungsanspruch transformativer Wissenschaft

Auffällig an aktuellen arbeits- und industriosociologischen Arbeiten ist es, dass sie gleich in zweifacher Hinsicht eine Debatte revitalisieren, die in der AIS eine lange Tradition hat, nämlich die Debatte um die Gestaltungsmöglichkeit und *-notwendigkeit* betrieblicher Praxis (u.a. Hirsch-Kreinsen 2003; Howaldt 2003; Lutz/Schultz-Wild 1986; Schumann 2014), ohne allerdings die in den „klassischen“ Arbeiten adressierten Fragen erneut aufzugreifen.

Diese Revitalisierung erfolgt nunmehr zum einen ganz praktisch im Kontext empirisch orientierter Arbeiten zur Gestaltung des digitalen Wandels in der Arbeitswelt, um einseitige Optimierungs- und Kontrollvisionen seitens der Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften zu begrenzen. So wird in diesen Arbeiten betont (u.a. Hirsch-Kreinsen 2015; Huchler 2018), dass sich die Potentialität digitaler Technologien eben nicht bruchlos in die betriebliche Realität übersetzen lässt, sondern sich die Implementierung digitaler Technologien durch Zonen der Ungewissheit und Grenzen der Technisierbarkeit auszeichnet. Gerade hierin liegt sowohl

die betriebliche und überbetriebliche Notwendigkeit als auch die *Möglichkeit* zur arbeitspolitischen Gestaltung „guter“ digitaler Arbeit (u.a. Hoffmann/Bogedan 2015; Hirsch-Kreinsen 2015; Schröder/Urban 2016). Zum anderen erfolgt diese Revitalisierung im Kontext der aktuellen arbeits- und industriesoziologischen Selbstreflexion über ihre Perspektiven, Methoden und Zielsetzungen auf ihren Gegenstandsbereich „Arbeit“ (u.a. Mayer-Ahuja 2014, 2021; Menz 2021; Voswinkel 2021). Auch hier wird das Verhältnis zwischen arbeitssoziologischer Analyse einerseits und arbeitspolitischem Gestaltungsanspruch betrieblicher Praxis andererseits aufgeworfen und gefragt, wofür und für wen eigentlich geforscht wird (Mayer-Ahuja 2021; vgl. auch Mayer-Ahuja 2014). Tenor ist hier, dass sich Arbeitssoziolog:innen heute – anders als in den ökonomisch prosperierenden 1970er Jahren – zunehmend entscheiden müssen, welche Rolle sie im Verteilungskonflikt zwischen Kapital und Arbeit einnehmen wollen, um nicht versehentlich zu ‚billigen Beratern‘ (Dörre 2018, zit. nach ebd.: 14) degradiert zu werden. Anders als in der ökonomischen Win-Win-Situation der 70er Jahre, so Mayer-Ahuja (2021), in der eine Parteinahme für die Interessen der Arbeitnehmer:innen nicht zwingend erforderlich war, steht nunmehr zu befürchten, dass ebendiese verraten werden, wenn sich die arbeitssoziologische Grundlagenforschung ihrer nicht annimmt. Daraus folgt das Plädoyer, dass die Zielsetzung der AIS – wenngleich auf schmalen Grat zwischen wissenschaftlicher Analyse und gesellschaftspolitischem Engagement – darin besteht, für eine „Erweiterung der Souveränität von Beschäftigten [zu] streiten“ (ebd.: 15) und deren „aufrechten Gang“ zu ermöglichen.

Auffällig an dieser Debatte ist, dass hier die Frage nach dem Gestaltungsauftrag der Arbeitssoziologie aufgeworfen wird, ohne dass allerdings das Verhältnis zwischen ihrer Rolle als analytischer Beobachterin und jener der arbeitspolitischen Gestalterin genauer geklärt wird. So wäre doch zu klären, was unter „Gestaltung“ eigentlich zu verstehen ist und in welchem Verhältnis die eigenen (wissenschaftlichen) Normativitäten der AIS zu jenen der Praxis stehen.

Diese Leerstelle ist überraschend und zwar zunächst vor dem Hintergrund der „alten“ Debatte um eine „Aufklärung als Gestaltung“ im Anschluss an Lutz und Schultz-Wild (1986). So werfen die Autoren hier in kritischer Auseinandersetzung mit der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung des HdA-Programms die Frage nach der Positionierung sozialwissenschaftlicher Forschung an der Schnittstelle zwischen universalistischer, wissenschaftlicher Forschung und normativer (interessengeleiteter) Gestaltung betrieblicher Praxis auf und sprechen sich dabei zwar klar für eine Gestaltungsverantwortung der Sozialwissenschaften aus, plädieren dabei aber *gleichzeitig* für ein analytisch-diagnostisches Verständnis von Sozialwissenschaften. Instrukтив ist diese Position für die heutige Debatte deshalb, da die Autoren für die arbeits- und industriesoziologische Forschung den Anspruch erheben, über entfremdete – damals vor allem: tayloristische – Arbeitsverhältnisse aufzuklären und der AIS die Verantwortung für die Gestaltung „guter Arbeitsbedingungen“ zuschreiben, gleichwohl aber von einer normativen Interessenpolitik abraten. So sehen die Autoren die Rolle der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung zum einen darin, multiperspektivisch die Interessen des Betriebs als auch der Arbeitnehmer:innen gleichwertig zu berücksichtigen und zum anderen als „aufklärende Gestalter“ über die intendierten und nicht-intendierten sozialen Folgen technisch-organisatorischer Innovationsvorhaben (u.a. die Arbeitsorganisation, die Arbeitssituation, aber auch die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten) aufzuklären, *ohne* aber die in diesem Aufklärungsprozess

gewählten Handlungsalternativen der betrieblichen Akteure normativ zu bewerten. Mit dieser Position gerieten die Autoren bereits damals in ein Spannungsverhältnis, das einer auf „blo-ße[r] Objektivität und Neutralität“ (ebd.: 671) ausgelegten Sozialwissenschaft den Vorwurf einbrachte, sie stärke lediglich die Position des Mächtigeren – die der Unternehmensleitung – und entziehe sich ihrer Verantwortung für die schwächere Position. Aufgabe der Sozialwissenschaften sei es aber – so die damalige Kritik an den Autoren seitens politischer Akteure als auch einer „sehr dezidierten Position innerhalb der Sozialwissenschaften“³ –, sich vielmehr „aktiv aufseiten der Schwächeren, der Arbeitnehmer, zu engagieren und diesen seine wissenschaftliche Kompetenz gestaltend dienstbar zu machen.“ (ebd.: 671) Das Plädoyer der Autoren für eine analytisch-diagnostische Sozialwissenschaft gab es offenbar also auch damals nur um den „Preis“ des Vorwurfs, die Position des Schwächeren zu verraten. Damit adressieren Lutz und Schultz-Wild Fragen, die in der aktuellen Debatte der AIS bislang kaum Berücksichtigung finden, wenn sie in einer „Aufklärung als Gestaltung“ die Antwort auf die Frage nach der Positionsbestimmung der AIS zwischen analytischer Beobachterin und arbeitspolitischer Gestalterin sehen.

Die aktuelle inhaltliche Leerstelle um ein genaueres Verständnis von „Gestaltung“ überrascht allerdings auch aus einem weiteren Grund und zwar im Hinblick auf die derzeitige Kontroverse um die Rolle der transformativen Wissenschaft in der sozio-ökologischen Transformation (Grunwald 2018; Schneidewind et al. 2016; Strunz/Gawel 2017). So macht es sich die transformative Wissenschaft zur Aufgabe (Schneidewind 2015; Schneidewind et al. 2016), die Nachhaltigkeitstransformation nicht nur zu erforschen, sondern sie vielmehr aktiv an[zu]stoßen, zu begleiten und als Katalysator für Transformationsprozesse zu fungieren (Strunz/Gawel 2017). Die Rolle der transformativen Wissenschaft besteht folglich – ganz ähnlich dem Selbstverständnis der AIS – nicht nur in der Analyse des gesellschaftlichen Wandels, sondern in der aktiven gesellschaftlichen Positionierung in politischen Kontroversen, vorliegend: jenen der Nachhaltigkeitstransformation. Die Kernforderungen der transformativen Wissenschaft sehen nun erstens vor, gesellschaftliche Akteure intensiv am wissenschaftlichen Wissensproduktionsprozess teilhaben zu lassen, zweitens, sich des Wertbezugs wissenschaftlichen Handelns bewusst zu werden, denn „Wissenschaft ist „kein Selbstzweck, sondern dient auch dazu, heute und in Zukunft den Menschen im Einklang mit ihren natürlichen Lebensbedingungen und in einem solidarischen Miteinander ein gelingendes Leben zu ermöglichen“ (Schneidewind et al. 2016: 32) und drittens, sich über die Performativität wissenschaftlichen Wissens innerhalb der Gesellschaft bewusst zu sein und sich damit zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den Folgewirkungen wissenschaftlicher Arbeit zu bekennen (ebd.). Zweifelsohne: Der transformativen Wissenschaft kommt das Verdienst zu, infolge ihres Anspruchs nach Partizipation und Transparenz, eine breite Öffnung wissenschaftlicher Expertise zu ermöglichen und gesellschaftlich bedeutsame Entwicklungsprozesse wissenschaftlich (mit) zu gestalten. Gleichwohl wird das hier zugrunde liegende Verständnis von „Gestaltung“ wissenschaftlich kontrovers diskutiert. Diese Kritik kommt zum einen von wissenschaftstheoretischer Seite (u.a. Strohschneider 2014), die die Unabhängigkeit des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses in Gefahr sieht; eine Kritik, der sich zwar zustimmen lässt, die an dieser

³ Die Autoren Lutz und Schultz-Wild (1986) nehmen die Kritik seitens der genannten Positionen an ihrem Beitrag bereits in ihrer eigenen Argumentation vorweg (ebd.: 671).

Stelle aber nur sekundär ist. Viel entscheidender scheint mir eine zweite Kritiklinie, die die Unabhängigkeit politischer bzw. demokratischer Prozesse in Gefahr sieht, wenn die transformative Wissenschaft politische Entscheidungsprozesse lediglich als ein „Instrument der Normativitätsverwirklichung“ auffasst (Strohschneider 2014: 176). Grundtenor der Kritik ist also, dass normative Argumentationen auf einer wissenschaftlich-diskursiven Ebene bruchlos auf die politische Ebene übertragen werden, ohne allerdings zwischen normativen Argumenten und normativen Interessen zu unterscheiden. Dann aber, so die Kritik, bleibt für gesellschaftliche bzw. politische Werte- und Normenkonflikte kein Raum mehr, da diese gerade nicht wissenschaftlich entscheidbar sind (ebd.: 186). Dass gerade hierin eine massive Gefahr für Prozesse der politischen Willensbildung besteht, befürchtet nicht nur Bogner (2021a), wenn er in der „Macht des Wissens“ eine Gefahr für eine Politik der Depolitisierung sieht. Auch die Autor:innen Blättel-Mink u.a. (2021) warnen auf der jüngsten DGS-Tagung davor, dass wissenschaftliche Expertise ohne ihre demokratische Legitimation zu einer „undemokratischen Expertokratie“ werden kann (ebd.). Ich komme auf diese Kritiklinie in Abschnitt 4 noch ausführlicher zu sprechen; zu prüfen ist diese Kritik auf alle Fälle auch für das Gestaltungsverständnis der AIS, stellt sich doch hier ebenfalls die Frage nach dem Verhältnis zwischen wissenschaftlicher Expertise und dem Handlungswissen der arbeitspolitischen Praxis. Gerade wenn der transformativen Wissenschaft der Vorwurf gemacht wird, sie gefährde aufgrund ihres Gestaltungsanspruchs den demokratischen Willensbildungsprozess, stellt sich ja auch für die arbeits- und industriesoziologische Forschung die Frage, welche Konsequenz ihr normativ-aktivierendes Verständnis von Gestaltung gegenüber gesellschaftlichen bzw. betrieblichen Entscheidungsprozessen hat.

Im Folgenden wird daher zunächst das Verständnis von „Gestaltung“ innerhalb der AIS näher herausgearbeitet, um im Anschluss zu diskutieren, ob die an die transformative Wissenschaft adressierten kritischen Rückfragen mit Blick auf die Normativitäten im Gestaltungsprozess auch auf die AIS zutreffen (Abschnitt 3) und wenn ja, wie damit umgegangen werden könnte (Abschnitt 4).

3 Arbeitssoziologische(s) Verständnis(se) von „Gestaltung“: Befähigung zur Emanzipation aus entfremdeten Arbeitsverhältnissen?

Wenn in aktuellen Beiträgen der arbeits- und industriesoziologischen Forschung die Debatte um die Gestaltungsmöglichkeit und -notwendigkeit betrieblicher Praxis gleich in zweifacher Hinsicht wieder aufgegriffen wird und sowohl empirisch als auch konzeptionell-theoretisch der arbeitspolitische Gestaltungsauftrag für die AIS als programmatisch angesehen wird, ist es umso überraschender, dass die Frage nach dem zugrunde liegenden Verständnis von „Gestaltung“ bislang kaum adressiert wird. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass in Teilen der arbeitssoziologischen Forschung die unhinterfragte Annahme zu bestehen scheint, dass sich die eigenen Wertvorstellungen „guter Arbeit“ von jenen der betrieblichen Praxis gar nicht unterscheiden und man ohnehin ein gemeinsames Ziel verfolgt, nämlich: die Kritik an entfremdeten Arbeitsbedingungen in Form des kollektiven Widerstands. Damit stellt sich jedoch o.g.

Frage erst gar nicht. Diese Erklärung ist zumindest dann naheliegend, wenn Mayer-Ahujas Einschätzung von 2014 auch für die aktuelle Arbeitssoziologie noch gültig ist und „jede individuelle Sturheit von Arbeitern [...] als widerständigen Akt, als (notfalls unbewussten) Kampf um Autonomie interpretiert“ (ebd.: 354) und damit das Interesse der Beschäftigten am „widerständigen Akt“ normativ gesetzt wird.

Wie kommt es nunmehr aber dazu, dass sich zumindest Teile der arbeitssoziologischen Forschung zu einer normativen Bewertung von Handlungsalternativen verpflichtet sehen? Oder anders formuliert: Wie kommt es dazu, dass sie ihre Aufgabe eben nicht „nur“ in einer analytisch-diagnostischen Aufklärung (Lutz/Schultz-Wild 1986) über die sozialen Folgen und Nebenfolgen betrieblichen Handelns sehen, sondern sie ihre eigenen (wissenschaftlichen) Normativitäten gegenüber jenen der Handlungspraxis priorisieren?

Diese Perspektive begründet sich in dem zugrunde liegenden theoretischen Zugriff: der Kritischen Theorie. Diese verfolgt mit Blick auf den Gegenstand „Arbeit“ den Anspruch, Aufklärung über die der kapitalistischen Arbeitsorganisation innewohnenden Widersprüche zu betreiben und Beschäftigte dazu zu befähigen, sich aus entfremdeten Arbeitsbedingungen zu befreien; sich also aus ihrem Leiden zu lösen. Gerade weil sich dieses Leiden aber, anders als in individualistischen Disziplinen wie z.B. der Psychologie, *nicht primär individuell* begründet, sondern als Folge kapitalistischer Machtasymmetrien *strukturelle* Ursachen hat, setzt eine Befreiung aus diesem Leiden nicht nur eine individuelle Befähigung voraus, sondern immer auch die Fähigkeit zu und die Bereitschaft an *kollektiver* Gestaltung. Aus dieser Perspektive ist das normativ-aktivierende Selbstverständnis einer kritischen Arbeitssoziologie dann aber nur folgerichtig und eine Priorisierung der eigenen (Wert-)Maßstäbe „guter Arbeit“ gegenüber jenen der Handlungspraxis naheliegend, um auf diese Weise den Rahmen für kollektive Formen der Gestaltung – und des Widerstands – zu schaffen.

Gleichwohl gerät dieses Selbstverständnis in die Gefahr eines Dilemmas, so Vobruba Grundsatzkritik an der Kritischen Theorie (Vobruba 2009, 2014, 2017, 2021), denn einerseits strebt eine kritische (Arbeits-)Soziologie eine Demokratisierung der Gesellschaft an, beruft sich aber gleichzeitig auf ihr „besseres kritisches Theoriewissen über die Gesellschaft“ (Vobruba 2014: 267) und stellt sich damit *über* die Bewertungs- und Handlungspraktiken „der Leute“ (ebd.). Damit bringt sich die (Arbeits-)Soziologie in einen massiven Rollenkonflikt zwischen ihrem Anspruch zur Befähigung und ihrer normativen Bewertung von subjektiven Handlungspraktiken. Dieses Dilemma lässt sich, so Vobruba (2014) weiter, nur durch eine radikale Reflexion der Struktur der Kritischen Theorie und ihres Verhältnisses zur Praxis bewältigen, das Theorie und Praxis auf eine *gleichberechtigte* Stufe stellt. Die „Lösung“ des Dilemmas sieht Vobruba in der französischen „Soziologie der Kritik“ (Boltanski/Chiapello 2003/1999; Boltanski/Thévenot 2007/1991; Dubet 2008). Diese fordert, das kritische Bewusstsein der Beschäftigten selbst ernst zu nehmen und Kritik nicht lediglich als Ideologiekritik aus der (überlegenen) „Außenperspektive“ des Forschenden zu betreiben, im Sinne eines „Ich sehe was, was du nicht siehst“ (Wolf 2012: 70). Vielmehr, so Dubet (2008), reicht die „Kritikfähigkeit der Individuen völlig aus; wir müssen sie nicht durch unsere eigene Kritik ersetzen und die Arbeitenden für verblendet und entfremdet erklären, wenn sie nicht unseren Erwartungen entsprechen“ (ebd.: 47). Der „Soziologie der Kritik“ geht es also gerade nicht darum, die Wert-

vorstellungen der Arbeitenden normativ zu bewerten und diese ideologiekritisch als Verblendung bzw. Verzerrung zu interpretieren, sondern den Arbeitenden selbst *gleichberechtigte* Kritikpraktiken und -kompetenzen zuzugestehen.

Auch in der arbeits- und industriesoziologischen Forschung selbst findet nunmehr in zweifacher Hinsicht eine Hinwendung zu den subjektiven Handlungs- und Bewertungspraktiken der Beschäftigten statt. Dies sind zum einen Arbeiten, die die o.g. Kritik an der Kritischen Theorie aufgreifen und eine Analyse der *empirischen* Gerechtigkeitsansprüche der Beschäftigten einfordern (Kratzer et al. 2019/¹2015). So lautet das zentrale Argument der Autoren Kratzer u.a., dass eine Analyse der *subjektiven* Arbeits- und Wertorientierungen der Beschäftigten eine empirische – anstatt normativ-theoretische – Gerechtigkeitsforschung notwendig macht und auf normative Sollens-Vorstellungen aus der Perspektive des arbeitssoziologisch Forschenden zu verzichten ist. Dieser Verzicht auf normative Soll-Vorstellungen einer idealen (Arbeits-)Gesellschaft und die Hinwendung auf subjektive Vorstellungen von Gerechtigkeit findet sich zum anderen in der subjektorientierten Arbeitssoziologie, in der die Perspektive der Beschäftigten schon lange an zentraler Stelle steht (im Überblick: Kleemann 2012; Kleemann et al. 2019; Hardering et al. 2015). So betont erst jüngst Menz (2021), dass es einer subjektorientierten Arbeitssoziologie gerade „nicht darum [gehe], generalisierende Befunde für ‚die‘ abhängig Beschäftigten generell zu formulieren“ (ebd.: 27), sondern vielmehr nach deren subjektiven Ansprüchen und Sinn an und in ihre/r Arbeit zu fragen (vgl. dazu auch Böhle/Senghaas-Knobloch 2019; Nies 2019).

Damit stellt sich die Frage, inwiefern o.g. Dilemma der Kritischen Theorie für die heutige arbeits- und industriesoziologische Forschung überhaupt noch zutreffend ist. Und in der Tat geht es sowohl der empirischen Gerechtigkeitsforschung als auch einer subjektorientierten Arbeitssoziologie nicht mehr darum, „von außen“ und „oben“ Widersprüche zwischen objektiven Sollens-Vorstellungen „guter Arbeit“ und tatsächlichem betrieblichen Alltag herauszuarbeiten. Ganz im Gegenteil fragen die Autoren Kratzer u.a. (2015) in ihrer o.g. Studie zu den empirischen Gerechtigkeitsansprüchen von Beschäftigten anhand *konkreter* Arbeitserfahrungen wie Entgelt, Arbeitszeit, Leistungs- oder Belastungsfragen nach den normativen Erwartungen der Beschäftigten im Kontext ihrer betrieblichen Konstellationen und die subjektorientierte Arbeitssoziologie interessiert sich für die subjektiven Sinn- bzw. arbeitsinhaltlichen Ansprüche an Arbeit (u.a. Matuschek et al. 2018; Menz/Nies 2019; Nies 2015, 2019). Tatsächlich wird mit dieser Hinwendung zu subjektiven Handlungs- und Bewertungspraktiken in der arbeitssoziologischen Forschung das von Vobruba (2009, 2014, 2017, 2021) für die Kritische Theorie konstatierte Dilemma deutlich relativiert und gleichwohl scheint m.E. die Annahme oftmals auch weiterhin zu bestehen, der/die Beschäftigte möge entfremdete Arbeitsverhältnisse nicht nur für sich erkennen, sondern sich aus diesem Leiden auch entlang kollektivierender Norm- und Wertvorstellungen befreien.

Diese Position zeigt sich beispielsweise an der von Voswinkel (2019) adressierten Frage, *wie und von wem* entfremdete Arbeitsverhältnisse überhaupt zu diagnostizieren sind: Ist es der/die arbeitssoziologische Beobachter:in, der/die „objektiv“ über entfremdete Arbeitsverhältnisse aufklärt – dann besteht die Gefahr eines „Paternalismus der SoziologInnen“ (ebd.: 193) – oder ist es vielmehr die subjektive Perspektive der Beschäftigten selbst, aus der dann Arbeitsverhältnisse ggf. als entfremdet wahrgenommen werden; freilich auf die Gefahr hin, dass sie

diese infolge des „Verblendungszusammenhangs“ (Adorno 2000, zit. nach ebd.) gar nicht als solche erkennen können. Obgleich Voswinkel damit für eine doppelte Perspektive plädiert und ganz explizit eine bloße Aufklärung über Widersprüche zwischen *objektiven* Soll-Vorstellungen einer idealen Arbeitsgesellschaft und den tatsächlichen Arbeitsbedingungen *durch den arbeitssoziologischen Experten* kritisiert, bleibt für ihn der Befund, dass Subjekte den „Verblendungszusammenhang“ trotz arbeitssoziologischer Aufklärung nicht zwangsläufig eigenständig erkennen können, geschweige denn, sich gemäß den für sie subjektiv passenden Handlungsalternativen aus ihrem Leiden befreien können. So kommt Voswinkel trotz seines Plädoyers, die subjektive Perspektive der Beschäftigten ernst zu nehmen, zu dem Schluss, dass es letztendlich doch die – analog zur psychischen oder physischen Diagnose in der Medizin – Analyse der Soziolog:innen ist, die entscheidet, ob eine entfremdete Arbeitserfahrung vorliegt oder nicht, auch wenn diese subjektiv gar nicht als solche leidend empfunden wird (ebd.).

Gerade wenn man sich nunmehr vor Augen hält, dass sich die normativen Wertvorstellungen der Arbeitnehmer:innen in einem Wandel befinden (vgl. Abschnitt 4), resultiert aus dieser – wenngleich arbeitspolitisch gut nachvollziehbaren – normativen Setzung „guter Arbeit“ die Herausforderung, wie eine *breite* Resonanz arbeitssoziologischer Expertise auch bei jenen Adressat:innen gewährleistet werden kann, die sich in ihren Wertvorstellungen von jenen der AIS unterscheiden (vgl. u.a. Reckwitz 2019). Genau darin besteht aber doch die Voraussetzung, um auch in Zukunft als wissenschaftliche Disziplin arbeitsweltliche Praxis mitgestalten zu können. Dieser Frage widmet sich folgender Abschnitt.

4 Nicht-normatives Verständnis von Gestaltung als Voraussetzung eines zukunftsfähigen Gestaltungsanspruchs der AIS

Im Laufe des Beitrags wurde die Notwendigkeit einer genaueren Klärung dessen, was in der arbeitssoziologischen Forschung unter „Gestaltung“ zu verstehen ist, damit begründet, dass sich die normativen Wertvorstellungen der Arbeitnehmer:innen in einem Wandel befinden und sich daraus für die Arbeitssoziologie die Frage ableitet, wie sie auch in Zukunft eine breite Resonanz ihrer Expertise sichern kann.

Die nachfolgend benannten Befunde sich wandelnder Wertvorstellungen von Beschäftigten sind nicht neu, sollen an dieser Stelle aber nochmals mit Blick auf die Frage nach dem Gestaltungsanspruch der Arbeits- und Industriesoziologie zugespitzt zusammengefasst werden. Nimmt man dazu die (nicht neue) These einer Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile ernst – Reckwitz (2019) spricht von einer „Gesellschaft der Singularitäten“ –, steht einer kollektiven Gestaltungsmacht aufseiten der Beschäftigten zunächst einmal die *strukturelle* Herausforderung einer Zunahme an Beschäftigungsformen mit geringem gewerkschaftlichen Organisationsgrad entgegen. Diese sind im Kern bedingt durch: veränderte Arbeitsmarkt- und Beschäftigtenstrukturen (u.a. Zunahme des tertiären Sektors, Zunahme hochqualifizierter Angestellter), Veränderungen in der Arbeitsorganisation (u.a. Crowdfunding, Leiharbeit) sowie einer abnehmenden Bedeutung des Normalarbeitsverhältnisses (Hassel/Schroeder 2018;

Schroeder et al. 2011: 16). Ohne nunmehr an dieser Stelle gängigen Zeitdiagnosen der Individualisierung und Entsolidarisierung das Wort zu reden, steht dieser kollektiven Gestaltungsmacht zweitens aber eben auch ein schwindendes Gestaltungs*interesse* aufseiten der Beschäftigten entgegen, die sich in den Idealen individueller Selbstverwirklichung und Leistung begründen.⁴ So hat das Ideal individueller Selbstverwirklichung einerseits zur Konsequenz, den Wettbewerb zwischen den Beschäftigten zu verstärken. Reckwitz (2019) spricht daher auch von „*kompetitiven Singularitäten*“ (Hervorhebung EMW). Andererseits werden auf diese Weise kollektive Formen der Interessenvertretung normativ delegitimiert – ganz nach dem Motto: „Du bist für Deine soziale Position selbst verantwortlich“.⁵ Beides hat freilich Auswirkungen für das subjektive Interesse und die Bereitschaft, sich an kollektiven Formen der Interessenvertretung zu beteiligen.⁶

Nimmt man diesen Wandel in den Wert- und Selbsteinstellungen der Beschäftigten ernst (vgl. dazu auch Hassel/Schroeder 2018), kann eine arbeitssoziologische Gestaltung der betrieblichen Praxis nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich in ihrer Wissenschaftskommunikation nicht lediglich auf ihre bisherigen Adressat:innen beschränkt (v.a. Betriebsräte, gewerkschaftlich organisierte Stammebelegschaft), sondern sich auch neue Zielgruppen erschließen kann (u.a. (hochqualifizierte) Angestellte, Beschäftigte jenseits des Normalarbeitsverhältnisses); insbesondere natürlich jene, die eben nicht zwangsläufig mit den normativen Wertvorstellungen „guter Arbeit“ übereinstimmen müssen. Damit wäre eine, ggf. auch kritische Selbst-Reflexion der eigenen Normativitäten kein Verrat an der Position der Schwächeren, sondern vielmehr *Voraussetzung* für eine auch in Zukunft erfolgreiche Möglichkeit zur Gestaltung einer „guten“ Arbeitswelt. Welche Hinweise könnten hierfür aus der aktuellen Kontroverse um die transformative Wissenschaft für die arbeits- und industriesoziologische Positionierung fruchtbar sein?

Es sind m.E. hauptsächlich zwei Argumente, die mit Blick auf ihren möglichen Ertrag für die AIS diskutiert werden können. Dies ist zum einen das demokratietheoretische Argument, das die Gefahr einer „undemokratischen Expertokratie“ (Blättel-Mink et al. 2021; vgl. auch Bogner 2021a; Nullmeier 2019) befürchtet. Gemeint ist damit, dass die transformative Wissenschaft dazu neigt, politische Entscheidungsprozesse lediglich als ein „Instrument der Normativitätsverwirklichung“ (Strohschneider 2014: 176) zu verstehen und damit eben nicht mehr zwischen normativen *Argumenten* auf einer analytischen Ebene und normativen *Interessen* auf einer Praxisebene unterscheidet. Während aber normative Argumente diskursiv (und damit: interessens- und machtfrei) ausgehandelt werden können, geht es bei normativen Interessen in der Praxis um unterschiedliche Machtverhältnisse, Wert- und Weltvorstellungen, die eben nicht einfach weargumentiert werden können – oder wie es Strohschneider (2014) formuliert:

⁴ Freilich lässt sich die eher *strukturell* begründete sinkende Gestaltungsmacht von dem sich eher *sinnhaft* begründeten Gestaltungs*interesse* nur analytisch, nicht aber empirisch unterscheiden. Zentral erscheint mir diese Differenzierung aber gleichwohl, um für die Frage der Mitgliederkrise der Gewerkschaften *eben auch* veränderte Werte- und Selbsteinstellungen der Beschäftigten in den Blick nehmen zu können (Hassel/Schroeder 2018).

⁵ Die Idee zu diesem zweiten Argument verdanke ich Konstantin Krueger.

⁶ Um an dieser Stelle einem Missverständnis vorzubeugen: Es geht hier nicht darum, die „moderne Arbeitsmoral der Beschäftigten“ (Tullius/Wolf 2016) *en detail* auszuarbeiten. Dazu ist die Debatte zu umfangreich und natürlich gibt es weder „das“ sinkende Gestaltungsinteresse noch „die“ Entsolidarisierung der Beschäftigten (ebd.). Vielmehr sollen im Allgemeinen die Folgen für kollektive Formen der Gestaltung und Solidarität aufgezeigt werden.

Wert- oder Normenkonflikte sind wissenschaftlich nicht entscheidbar (ebd.: 186). Bogner (2021a) führt dieses Argument weiter und zeigt, wie eine „Epistemisierung des Politischen“ die Demokratie gefährden kann. Er weist darauf hin, dass in der Wissensgesellschaft das universalistische Prinzip des Wissens zunehmend an die Stelle partikularer Interessen getreten ist; eine Entwicklung, die auf den ersten Blick verlockend ist, zeichnet sich diese doch durch eine zunehmende Vernunft und Gemeinwohlorientierung aus (ebd.). Gleichwohl liegt dieser Entwicklung für gesellschaftliche Konsensbildungsprozesse eine zentrale Gefahr inne, denn allein aus der Expertise resultiert ja noch nicht *die* eine Antwort, wie gesellschaftlich „richtig“ zu handeln ist⁷; ganz im Gegenteil: es gibt divergierende gesellschaftliche Interessen, Wertvorstellungen und Weltbilder, wie das Expertenwissen gesellschaftlich bzw. politisch umzusetzen ist, die nicht alleine dadurch verschwinden, dass sie politisch keinen Raum mehr haben. Gerade weil diese Entwicklung die Gefahr birgt, Verschwörungstheorien und anti-demokratischen Entwicklungen Vorschub zu leisten, plädiert Bogner dafür, dass in der Debatte wissenschaftlicher Expertisen auch „widerstreitenden Meinungen, Wertüberzeugungen und Interessen Raum [gegeben] – sozusagen: mehr Politik gewagt [wird].“ (Bogner 2021b: 113)

Dieses Plädoyer einer Selbstbegrenzung wissenschaftlicher (Mit-)Gestaltung als *Ermöglicher* demokratischer Entscheidungen erinnert (vgl. dazu auch Nullmeier 2019) an das bereits skizzierte Dilemma der Kritischen Theorie. Gerade weil diese zur Emanzipation befähigen will und es – konkret für die Arbeits- und Industriesoziologie – darum geht, es Arbeitnehmer:innen zu ermöglichen, sich aus entfremdeten Arbeitsverhältnissen zu emanzipieren, kann sie sich umgekehrt – so Vobruba (2014) Kritik an der Kritischen Theorie – nicht *über* „die Leute“ stellen und eine „Politik [betreiben], die über die Köpfe der Leute hinweg [geht]“ (ebd.: 277) bzw. ihre eigenen (wissenschaftlichen) Normativitäten gegenüber jenen der Praxis priorisiert. Vielmehr muss es darum gehen, ein *gleichberechtigtes* Rollenverständnis zwischen Wissenschaft und gesellschaftskritischer Praxis anzustreben. Folgt man nunmehr Grunwald (2018) in seiner kritischen Auseinandersetzung mit der transformativen Wissenschaft, lässt sich hieraus ein Verständnis von „Gestaltung“ ableiten, das konzeptionell dem Plädoyer nach einer „Aufklärung als Gestaltung“ (Lutz/Schultz-Wild 1986) sehr nahe steht. So sieht es Grunwald nämlich durchaus als Aufgabe und Zielsetzung von Wissenschaft, sich in normative gesellschaftliche Debatten einzumischen, jedoch eben gerade nicht auf der Ebene normativer *Interessen*, sondern durch das „In-die-Welt-Setzen“ normativer *Argumente*. Dadurch werden neue, ggf. dem bestehenden Diskurs widersprechende Handlungsoptionen in die Welt gesetzt und Handlungskonstellationen verändert, ohne allerdings – und das erscheint mir zentral – die „legitime Pluralität der Interessen zu gefährden“ (Grunwald 2018: 114). Mit diesem Plädoyer für eine „*tätige* Weltveränderung“ (ebd.: 115; Hervorhebung EMW) ließe sich, konzeptionell sehr nahe an den Autoren Lutz und Schultz-Wild (1986), für das Gestaltungsverständnis einer kritischer Arbeitssoziologie die Rolle herausdestillieren, über die Handlungsfolgen und möglichen Nebenfolgen gewählter Handlungsstrategien aufzuklären, betriebliche (und machtvolle) Interessenkonstellationen zu verdeutlichen und mögliche *Alternativen* in der Arbeitsgestaltung zu benennen, aber eben gerade *nicht* diese Alternativen zu bewerten und damit die Annahme zu unterstellen,

⁷ Das zeigt sich aktuell ganz plastisch an der „objektiv“ richtigen Expertise zu Fallzahlen der Corona-Pandemie oder aber auch der Erderwärmung, aus der aber noch keine gesellschaftliche Antwort resultiert, *wie* mit dieser Herausforderung umzugehen ist.

dass Subjekte das sie befähigende Wissen doch auch dazu nutzen sollten, ein nicht-entfremdetes Arbeitsverhältnis anzustreben; diese Entscheidung bleibt ganz alleine bei den handelnden Subjekten.

Mit diesem Plädoyer für eine Selbstreflexion der eigenen wissenschaftlichen Normativitäten gegenüber jenen der Praxis ist implizit ein zweiter Punkt angesprochen, nämlich die Frage, wie eine gesellschaftliche Resonanz wissenschaftlicher Expertise hergestellt werden kann (u.a. Rosa 2019). Diese Frage wird derzeit v.a. im Kontext von Fragen der Wissenschaftskommunikation diskutiert (u.a. Blättel-Mink et al. 2021; Franzen/Hilbrich 2015) und soll abschließend im Hinblick darauf aufgegriffen werden, wie es der Arbeits- und Industriosozologie gelingen könnte, sich in ihrer Wissenschaftskommunikation nicht lediglich auf ihre bisherigen Adressat:innen zu beschränken, sondern sich auch neue Zielgruppen zu erschließen; insbesondere natürlich jene, die eben nicht zwangsläufig mit den normativen Wertvorstellungen „guter Arbeit“ übereinstimmen.

Voraussetzung hierfür ist es, so lautet der Tenor in der Diskussion um erfolgreiche Formen der Wissenschaftskommunikation, den die Vizepräsidentin der DFG Julika Griem jüngst zusammenfasste, dass es im Kontext von Gestaltungsfragen von Praxis einer „Reflexivität [bedarf], die auch *affektiv* ansprechend ist“ (Blättel-Mink et al. 2021: 10; Hervorhebung EMW). Gerade wenn aber Emotionen – respektive Wertvorstellungen – und eben nicht „nur“ Wissen im Wissenstransfer eine entscheidende Rolle spielen, sind *divergierende* Wertvorstellungen zwischen (arbeitssoziologischen) Forscher:innen und Rezipient:innen der Praxis besonders herausforderungsvoll. Es stellt sich damit die Frage, wie eine Resonanz zwischen Expert:innen, die Gesellschaft respektive betriebliche Praxis gestalten wollen, und den Rezipient:innen von Wissen hergestellt werden kann, wenn diese gleichzeitig zu „eigensinnig Handelnden“ befähigt werden sollen. Entscheidend ist hierfür eine „Lebensweltorientierung“ sozialwissenschaftlicher Forschung (Famulla et al. 2011; Zurstrassen 2021), die v.a. in den Bildungswissenschaften stark gemacht wird, und es sich zur Aufgabe macht, an den subjektiven Relevanzen, Wissensvorräten, Wertvorstellungen und Interessen der Subjekte anzusetzen. Dabei soll zu einer Reflexion der „Grundstrukturen [ihrer] alltäglichen Lebenswelt“ (Schütz, im Anschluss an Lüdke 2017: 115) angeregt und befähigt, allerdings die von den Subjekten sodann tatsächlich gewählte Handlungsalternative normativ nicht bewertet werden (ebd.).

Aus der Zusammenschau der beiden Argumente in der Kontroverse um die Herausforderungen transformativer Wissenschaft – dem demokratiethoretischen Argument (1) und dem bildungstheoretischen Argument (2) – lässt sich abschließend für die Arbeits- und Industriosozologie Folgendes resümieren: Eine Selbstreflexion ihrer Wertvorstellungen von Solidarität, Gemeinsinn und kollektivem Gestaltungsinteresse wird nicht zum gesellschaftlichen Untergang dieser Werte führen – nach dem Motto, wenn die AIS nicht mehr nach diesen Werten ruft, ruft keiner mehr danach –, sondern sie ist umgekehrt geradezu Voraussetzung dafür, als wissenschaftliche Disziplin betriebliche Praxis auch weiterhin mitgestalten zu können.

Literatur

- Blättel-Mink, Birgit; Bogner, Alexander; Fecher, Benedikt; Griem, Julia; Rinsdorf, Lars; Villa Braslavsky, Paula Irene (2021): Herausforderungen und Chancen von Wissenschaftskommunikation in den Gesellschaftswissenschaften. *Soziologie* 50 (1): 7–25.
- Bogner, Alexander (2021a): Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet. Stuttgart: Reclam.
- Bogner, Alexander (2021b): Macht der Evidenz. *Der Spiegel*, Nr. 6: 112–113.
- Böhle, Fritz; Senghaas-Knobloch, Eva (2019) (Hg.): *Andere Sichtweisen auf Subjektivität. Impulse für kritische Arbeitsforschung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Boltanski, Luc; Chiapello, Ève (2003/¹1999): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Boltanski, Luc; Thévenot, Laurent (2007/¹1991): *Über die Rechtfertigung. Eine Soziologie der kritischen Urteilskraft*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Dubet, François (2008): *Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Famulla, Gerd E.; Fischer, Andreas; Hedtke, Reinhold; Weber, Birgit; Zurstrassen, Bettina (2011): *Bessere ökonomische Bildung: problemorientiert, pluralistisch, multidisziplinär*. APuZ, Heft 12: 48–54.
- Franzen, Martina; Hilbrich, Iris (2015): *Forschen in Gesellschaft. Citizen Science als Modell für die Sozialwissenschaften*. WZB Mitteilungen, Heft 150: 26–29.
- Grunwald, Armin (2018): *Transformative Wissenschaft als honest broker? Das passt! GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society* 27 (1): 113–116.
- Hardering, Frederike; Will-Zocholl, Mascha; Hofmeister, Heather (2015): *Sinn der Arbeit und sinnvolle Arbeit: Zur Einführung*. *Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik* 24 (1): 3–12.
- Hassel, Anke; Schroeder, Wolfgang (2018): *Gewerkschaften 2030*. WSI-Report, Nr. 44. Düsseldorf.
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut (2003): *Ein neuer Modus sozialwissenschaftlicher Wissensproduktion? In: Franz, Hans-Werner; Howaldt, Jürgen; Jacobsen, Heike; Kopp, Ralf (Hg.): Forschen – lernen – beraten. Der Wandel von Wissensproduktion und -transfer in den Sozialwissenschaften*. Berlin: Edition Sigma, 257–268.
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut (2015): *Einleitung: Digitalisierung industrieller Arbeit. In: Hirsch-Kreinsen, Hartmut; Ittermann, Peter; Niehaus, Jonathan (Hg.): Digitalisierung industrieller Arbeit. Die Vision Industrie 4.0 und ihre sozialen Herausforderungen*. Baden-Baden: Edition Sigma, 9–30.
- Hoffmann, Reiner; Bogedan, Claudia (2015) (Hg.): *Arbeit der Zukunft. Möglichkeiten nutzen – Grenzen setzen*. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag.
- Howaldt, Jürgen (2003): *Sozialwissenschaftliche Wissensproduktion in der Wissensgesellschaft. Von der Notwendigkeit der Verschränkung von Wissensproduktion und gesellschaftlicher Praxis. In: Franz, Hans-Werner; Howaldt, Jürgen; Jacobsen, Heike; Kopp, Ralf (Hg.): Forschen – lernen – beraten. Der Wandel von Wissensproduktion und -transfer in den Sozialwissenschaften*. Berlin: Edition Sigma, 239–255.
- Huchler, Norbert (2018): *Die Grenzen der Digitalisierung. Begründung einer Arbeitsteilung zwischen Mensch und Technik und Implikationen für eine humane Technikgestaltung. In: Hofmann, Josefine (Hg.): Arbeit 4.0 – Digitalisierung, IT und Arbeit. IT als Treiber der digitalen Transformation*. Wiesbaden: Springer Vieweg, 143–162.

- Kleemann, Frank (2012): Subjektivierung von Arbeit – Eine Reflexion zum Stand des Diskurses. AIS. Arbeits- und Industriesoziologische Studien 5 (2): 6–20.
- Kleemann, Frank; Westerheide, Jule; Matuschek, Ingo (2019): Arbeit und Subjekt. Aktuelle Debatten der Arbeitssoziologie. Wiesbaden: Springer VS.
- Kratzer, Nick; Menz, Wolfgang; Tullius, Knut; Wolf, Harald (2019/2015): Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit. Gerechtigkeitsansprüche und Handlungsorientierungen in Arbeit und Betrieb. Berlin: Edition Sigma.
- Lüdke, Alf (2017): Lebenswelt: verriegelte Welt? Überlegungen zu einem Konzept und seinen Verwendungen. Werkstatt Geschichte, Heft 75: 115–124.
- Lutz, Burkhard; Schultz-Wild, Rainer (1986): Aufklärung als Gestaltung – Zur Rolle der Sozialwissenschaften bei technisch-organisatorischen Innovationsvorhaben. WSI-Mitteilungen 39 (10): 669–678.
- Matuschek, Ingo; Kleemann, Frank; Haipeter, Thomas (2018): Industrie 4.0 und die Arbeitsdispositionen der Beschäftigten. Zum Stellenwert der Arbeitenden im Prozess der Digitalisierung der industriellen Produktion. FGW-Studie Digitalisierung von Arbeit 11. Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2014): Forschung für wen? Arbeitssoziologie zwischen Beobachtung, Co-Management und Gesellschaftskritik. In: Jostmeier, Milena; Georg, Arno; Jacobsen, Heike (Hg.): Sozialen Wandel gestalten. Zum gesellschaftlichen Innovationspotenzial von Arbeits- und Organisationsforschung. Wiesbaden: Springer VS, 353–362.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2021): Arbeitssoziologie – wie weiter? In: Mayer-Ahuja, Nicole; Menz, Wolfgang (Hg.): Arbeitssoziologie und Zeitdiagnose. IfS Working Paper, Heft 13. Perspektiven der Arbeitssoziologie 1. Frankfurt a. M.: Institut für Sozialforschung.
- Menz, Wolfgang (2021): Arbeitsanalyse und Zeitdiagnose. Perspektiven einer subjektorientierten Arbeitssoziologie mit gesellschaftsdiagnostischem Anspruch. In: Mayer-Ahuja, Nicole; Menz, Wolfgang (Hg.): Arbeitssoziologie und Zeitdiagnose. IfS Working Paper, Heft 13. Perspektiven der Arbeitssoziologie 1. Frankfurt a. M.: Institut für Sozialforschung.
- Menz, Wolfgang; Nies, Sarah (2019): Autorität, Markt und Subjektivität. Ergebnisse einer sekundäranalytischen Längsschnittstudie vom Spät-Taylorismus bis zur Digitalisierung der Arbeit. In: Dunkel, Wolfgang; Hanekop, Heidemarie; Mayer-Ahuja, Nicole (Hg.): Blick zurück nach vorn. Sekundäranalysen zum Wandel von Arbeit nach dem Fordismus. Frankfurt: Campus, 175–217.
- Nies, Sarah (2015): Nützlichkeit und Nutzung von Arbeit. Beschäftigte im Konflikt zwischen Unternehmenszielen und eigenen Ansprüchen. Baden-Baden: Nomos.
- Nies, Sarah (2019): Kritik oder Affirmation? Zum anhaltenden Kritikpotenzial subjektiver Ansprüche an Arbeit. In: Kannler, Kim; Klug, Valeska; Petzold, Kristina, Schaaf, Franziska (Hg.): Kritische Kreativität. Perspektiven auf Arbeit, Bildung, Lifestyle und Kunst. Bielefeld: transcript: 103–119.
- Nullmeier, Frank (2019): Welche Aufgaben haben sozialwissenschaftliche Forschung und Politikberatung in Zeiten gefährdeter liberaler Demokratien? Vortrag im Rahmen des NRW-Dialogforums 2019 „Freiheit der Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung“, 12.09.2019, Düsseldorf.
- Reckwitz, Andreas (2019): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Schneidewind, Uwe (2015): Transformative Wissenschaft – Motor für gute Wissenschaft und lebendige Demokratie. GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society 24 (1): 17–20.
- Rosa, Hartmut (2019): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin: Suhrkamp.

- Schneidewind, Uwe; Pfriem, Reinhard; Barth, Jonathan; Beschorner, Thomas; Binswanger, Mathias; Diefenbacher, Hans; Eisenack, Klaus; Elsen, Susanne; Goldschmidt, Nils; Graupe, Silja u.a. (2016): Transformative Wirtschaftswissenschaft im Kontext nachhaltiger Entwicklung. Für einen neuen Vertrag zwischen Wirtschaftswissenschaft und Gesellschaft. *Ökologisches Wirtschaften* 31 (2): 30–34.
- Schroeder, Wolfgang; Kalass, Viktoria; Greef, Samuel (2011): *Berufsgewerkschaften in der Offensive. Vom Wandel des deutschen Gewerkschaftsmodells*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Schröder, Lothar; Urban, Hans-Jürgen (2016): *Gute Arbeit, Ausgabe 2016. Digitale Arbeitswelt – Trends und Anforderungen*. Frankfurt a. M.
- Schumann, Michael (2014): *Praxisorientierte Industriosozologie. Eine kritische Bilanz in eigener Sache*. In: Wetzels, Detlef; Hofmann, Jörg; Hans-Jürgen Urban (Hg.): *Industriearbeit und Arbeitspolitik. Kooperationsfelder von Wissenschaft und Gewerkschaften*. Hamburg: VSA-Verlag, 20–31.
- Strohschneider, Peter (2014): *Zur Politik der Transformativen Wissenschaft*. In: Brodacz, André; Herrmann, Dietrich; Schmidt, Rainer; Schulz, Daniel; Schulze-Wessel, Julia (Hg.): *Die Verfassung des Politischen*. Wiesbaden: Springer VS, 175–192.
- Strunz, Sebastian; Gawel, Erik (2017): *Transformative Wissenschaft: eine kritische Bestandsaufnahme der Debatte*. *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society* 26 (4): 321–325.
- Tullius, Knut; Wolf, Harald (2016): *Moderne Arbeitsmoral: Gerechtigkeits- und Rationalitätsansprüche von Erwerbstätigen heute*. *WSI-Mitteilungen* 69 (7): 493–502.
- Vobruba, Georg (2009): *Die Gesellschaft der Leute. Kritik und Gestaltung der sozialen Verhältnisse*. Wiesbaden: Springer VS.
- Vobruba, Georg (2014): *Autonomiegewinne und Gesellschaftskritik*. In: Fehmel, Thilo; Lessenich, Stefan; Preunkert, Jenny (Hg.): *Systemzwang und Akteurswissen: Theorie und Empirie von Autonomiegewinnen*. Frankfurt: Campus, 265–281.
- Vobruba, Georg (2017): *Die Kritikkontroverse. Probleme der Unterscheidung von Praxis und Theorie*. *Soziologie* 46 (2): 173–190.
- Vobruba, Georg (2021): *Spannungsabbau. Zum Verhältnis von Kritischer Theorie und Soziologie der Kritik*. *Soziologie* 50 (2): 137–149.
- Voswinkel, Stephan (2019): *Entfremdung und Aneignung in der Arbeit*. In: Böhle, Fritz; Senghaas-Knobloch, Eva (Hg.): *Andere Sichtweisen auf Subjektivität. Impulse für kritische Arbeitsforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 167–197.
- Voswinkel, Stephan (2021): *Arbeitssoziologie und Gesellschaftstheorie. IfS Working Paper, Heft 14. Perspektiven der Arbeitssoziologie 2*. Frankfurt a. M.: Institut für Sozialforschung.
- Wolf, Harald (2012): *Gerechtigkeitsansprüche an Erwerbsarbeit in der „Vielfachkrise“*. *AIS. Arbeits- und Industriosociologische Studien* 5 (2): 68–79.
- Zurstrassen, Bettina (2021): *Lebensweltorientierung*. In: Engartner, Tim; Hedtke, Reinhold; Zurstrassen, Bettina (Hg.): *Sozialwissenschaftliche Bildung. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft*. Stuttgart: utb.